

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 34.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 29. August 1916.

Inhalt: Inland. Was Rußland vom Kaiser lernen soll, S. 897. — Der Reichskanzler in Wien, S. 897, 899. — Die polnische Frage und die Wiener Besprechungen, S. 898, 899. — Wochenübersicht, „Dziennik Berlinski“, S. 899. — Von der Wiedererrichtung Polens, S. 900, 902. — über des Reichskanzlers Gegnerschaft, S. 901. — Zur Rede Heydebrandts, S. 901. — „Kurjer Poznański“ über die „Grundlagen“ der polnischen Politik, S. 902. — „Kraj“ gegen Nationaldemokratie, S. 905. — Verband der Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, S. 907–909. — Die Gewerkschaften und der künftige Frieden. „Plaudereien“ aus „Głos Lubawski“, S. 910, 911. — Polnische Bibliothek in deutscher Sprache, S. 912. — Beseitztes Gebiet. „Auf dornigem Wege“, S. 912. — Das Staatswesen Polen, S. 913. — Neue Aufgaben, S. 914. — Vor der Erklärung der Centralmächte, S. 915. — Ein schwaches oder starkes Polen?, S. 916. — Prof. Jaworski in Petrikau und Warschau, S. 917, 918. — „Im Rebel“, von den Parteien, S. 919. — „Ohne Illusionen“, „Godzina Polski“, S. 920. — Aus Lodz, S. 921, 922. — Zur litauischen Frage, S. 922. — Ausland. Die polnische Frage in der Gegenwart. „Roma Reforma“, S. 923–925. — Vor der Gefahr der Teilung, S. 925. — Zwei Jahre Legionen, S. 926, 927. — Von der Zeitschrift „Polen“, S. 927. — Die Zeitschrift des Graem. Vilz, S. 928. — Die Autonomie nach dem Kadetten-Plan, S. 930. — Russische Regierung und polnische Frage, S. 930. — Die polnische Frage in Rußland und in der russischen Presse, S. 931–933. — Gebrochene Hoffnungen, zum Grabschriftlichen Artikel, S. 933. — Die polnische Frage und die Entente, S. 934. — Streit der polnischen und amerikanischen Sozialisten, S. 934.

Betrifft die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 76 des Kraj (Wissa i. P.)

vom 19. August 1916.

Was Rußland von Kaiser Wilhelm II. lernen soll.

Unter dieser Epigmarke telegraphiert man aus Stockholm über die Ausführungen des nationalistischen Dumaabgeordneten Szulgin im „Riejewlanin“: „Wenn wir auch Politik nach dem Testament Peter des Großen betreiben, so können wir doch von Kaiser Wilhelm II. viel lernen. Das Geheimnis seiner Erfolge liegt darin, daß er zur richtigen Zeit zu handeln versteht. Rechtzeitig hat er sich auf den Krieg vorbereitet, in der richtigen Zeit hat er ihn angefangen, und zur rechten Zeit änderte er den Kurs der inneren Politik. Zur rechten Zeit selbst einigte er sich mit seinen Feinden, nämlich den Sozialdemokraten; zur rechten Zeit einigte er alle Parteien zum Kampfe, und zur rechten Zeit hat er alles versprochen, was in seinen Kräften stand. Und schließlich hat er nach der Eroberung Polens zur rechten Zeit die Universität in Warschau eröffnet. Wieviel traurige Vernachlässigungen waren dagegen bei uns zu verzeichnen! Wir verspäteten uns mit der Fabrikation von Munition, mit der Versorgung der Flüchtlinge und mit der Leerung der bedrohten Gebiete!... Die Eisenbahnschwierigkeiten sind bis heute noch nicht beseitigt und ebenso die inneren Schwierigkeiten...“

Aus den obigen Ausführungen Szulgins geht hervor, daß ihm die Leerung der östlichen Teile Kongreßpolens nicht genügt. Anscheinend wünschte er die Vertreibung der ganzen polnischen Nation aus ihren uralten Sitten... 10 bis 12 Millionen polnischen Volkes würden zur Bevölkerung der sibirischen Steppen gut sein, wohin an sich über eine Million Menschen getrieben wurden... Wie viele starben von ihnen unterwegs — und wieviel werden von dort her zurückkehren?! Die russische Leerung ist ja bekannt... Frankreich entrüstet sich darüber, daß die Bevölkerung der Städte Lille, Roubaix und Tourcoing zum Teil aufs Land befördert wurde, damit sie sich dort durch das Helfen bei der Ernte ihr Brot verdienen könnte. Die französische Bevölkerung müßte sich eigentlich darüber freuen,

daß sie zu gesunder Arbeit und zu Verdienst für den Unterhalt Gelegenheit hat. Auf dem Lande wird sie der Hunger nicht plagen... Es läßt sich natürlich die Leerung der französischen Bevölkerung mit der unsrer polnischen Bevölkerung durch die Russen nicht im mindesten vergleichen.

Außerdem — und das ist das Wichtigste, Erfreulichste für das ganze Land und für uns, auch für die Zukunft verheißungsvoll — verhält es sich tatsächlich so, wie Szulgin von der Tätigkeit des Monarchen, Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. schreibt.

Aus Nr. 98 der Gazeta Poznańska (Posen)

vom 15. August 1916.

Der Reichskanzler ist aus Wien zurückgekehrt.

Aus Wien teilt das österreichische Telegraphenbureau mit:

„Der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär von Jagow haben am Sonnabend mit dem Abendzuge Wien verlassen. Die zweitägigen Verhandlungen zwischen den Leitern der Auslands politik der beiden Mächte haben zu einem vollen Einvernehmen über alle zur Erörterung gelangten Gegenstände geführt.“

Soviel die Nachricht über die Konferenz, die in polnischen Kreisen größtes Interesse deshalb erregte, weil in halbamtlichen Blättern darauf hingewiesen worden war, daß hierbei auch über die polnische Frage endgültig beschlossen werden würde. Aus der obigen Mitteilung geht keineswegs hervor, welcher Art die Beschlüsse sind, die in der Konferenz gefaßt wurden. Sie bestätigt nur, daß zwischen den verantwortlichen Leitern der beiden beteiligten Staaten gegenwärtig keine entgegengesetzten Anschauungen bestehen.

Mit Rücksicht darauf, daß man in der Presse aus den Stimmen verschiedener Politiker auf deutscher und österreichischer Seite hinsichtlich der künftigen Gestaltung des Schicksals Polens bisweilen eine ganz entgegengesetzte Meinung herausfühlen konnte, kann man die Bestätigung dessen, daß in den einzig verantwortlichen Kreisen nach dieser Richtung hin ein Einvernehmen erzielt worden ist, als einen gewissen Fortschritt in der polnischen Frage ansehen. Es ist aber nicht be-

7

kannt, ob dieser Fortschritt auch nach Außen hin durch die Verkündung eines gemeinsamen Aktes — ähnlich dem, den die immer noch außerhalb der Grenzen des Königreichs Polen stehenden Russen für den 12. August angekündigt haben — in Erscheinung treten wird. Von dem angekündigten Manifest des Zaren wissen wir bisher nichts. Auch die gestrigen dänischen Blätter, die wir heute erhalten haben, enthalten darüber nichts. Man kann mithin annehmen, daß das fragliche Manifest bisher noch nicht erlassen worden ist.

Was die Wiener Konferenz anbetrifft, so muß betont werden, daß sich in breiten deutschen Kreisen eine gewisse Unzufriedenheit über die Art und Weise bemerkbar macht, in welcher dort die in höchstem Maße die deutsche Volksgemeinschaft interessierende Frage erörtert wurde. Dieser Unzufriedenheit gibt auch die „Kreuzzeitung“ Ausdruck, indem sie schreibt:

„Entscheidend kann man sicherlich diese Verhandlungen nennen, da sie wahrscheinlich die endgültige Regelung der polnischen Frage bringen werden. Wir haben schon wiederholt unsere Zweifel geäußert bezüglich der Art und Weise dieses Verhaltens, das das deutsche Volk in einem der wichtigsten Punkte der politischen Gestaltung der Zukunft ohne vorherige erschöpfende Aussprache in dieser komplizierten Frage vor vollzogene Tatsachen stellen wird. Das entspricht nicht den gegebenen Versprechungen.“

Ähnliche Zweifel äußert auch der sozialdemokratische „Vorwärts“. Er gibt aber zu verstehen, daß seine Anschauungen ganz andere, als die des konservativen Organs sind. Was uns anbetrifft, so wollen wir uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß das, worüber in Wien verhandelt worden ist, schon die endgültige Regelung der polnischen Frage im Sinne der weitgehendsten Wünsche und Bestrebungen des polnischen Herzens und des polnisch-politischen Verständnisses bedeuten sollte. Wir müssen weiter geduldig warten bis der Augenblick kommt, in welchem unsere Ungewißheit ein Ende nimmt. Dieser Augenblick kann, nach allem zu schließen, nicht mehr allzu fern sein.

Aus Nr. 99 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 17. August 1916.

Die polnische Frage.

Es fällt schwer, schon heute zu sagen, ob die polnische Frage durch die letzte Konferenz der deutschen und österreichischen Politiker in Wien in ein neues Stadium der Entwicklung getreten ist. Erst über kurz oder lang wird sich das zeigen.

Es ist eben Tatsache, daß dank dieser Konferenz das Interesse für die polnische Frage riesig zugenommen hat. So veröffentlichte die „Vossische Ztg.“ einen von einem gewissen G. Bernhard verfaßten Artikel, in welchem der Verfasser eingangs betont, daß die Frage der künftigen Gestaltung Polens in Wien während der Anwesenheit des Reichskanzlers endgültig geregelt worden sei. Diese Frage — so bemerkt Bernhard — ist augenblicklich die wichtigste aller Fragen. Nicht nur wegen der großen Bedeutung, die das endgültige Schicksal Polens für die ganze Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber den Polen und dadurch für die innere Politik der beiden Staaten hat und auch nicht deshalb, weil auf das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und seinem größten Verbündeten, die Art und Weise der Lösung dieser Frage, einen großen Einfluß ausüben wird, sondern — und das ist das wichtigste — weil von der mehr oder weniger glücklichen Lösung — oder vielleicht von der Nichtlösung — dieser Frage die Dauer und das Ergebnis des ganzen Krieges abhängt.“

Herr Bernhard bedauert ferner, daß in einer so wichtigen Frage die Regierung völliges Schweigen bewahre, was nach seinem Dafürhalten ganz und gar unverständlich sei. Es gingen verschiedene Gerüchte um, aber es bestehe keine Gewißheit. Man könne doch nicht annehmen, daß die Leiter der Staatspolitik nicht ein ganz klar gestecktes Ziel vor Augen haben sollten. „Wozu schweigen sie also?“ — fragt der Verfasser. „Wir hoffen, daß nach der Rückkehr des Kanzlers und des Staatssekretärs das Schweigen endlich gebrochen werden wird. Heute können wir wenigstens die Tatsache feststellen, daß über die polnische Frage in Wien völliges Einvernehmen erzielt worden ist.“

Die Wiener Konferenz hat auch im Auslande einen lebhaften Widerhall gefunden. Aus London sendet der Kopenhagener Korrespondent der „Berlingske Tidende“ seinem Blatte nachstehendes Telegramm: „Über Amsterdam ist aus Wien die Nachricht eingegangen, daß das Ergebnis der Konferenz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg mit den österreichischen Politikern ein die Verkündung der Unabhängigkeit des Königreichs Polen betreffender Beschluß ist. Eine diesbezügliche Proklamation ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Gleichzeitig sollen die Polen aufgefordert werden, ein eigenes nationales Heer zum Schutze ihrer wiedererlangten Unabhängigkeit zu bilden.“ Ein Telegramm aus Budapest an „De Tijd“ berichtet, daß die Proklamation den Polen das Recht einräumen wird, sich eine Konstitution zu wählen, wie sie sie selbst wünschen. Sie sollen ferner unter gewissen Garantien die Selbstverwaltung erhalten.

Soviel das Telegramm aus London.

Gleichzeitig gibt der Pariser Korrespondent der „Berlingske Tidende“ den Inhalt eines Artikels wieder, den aus Anlaß der Wiener Konferenz der „Temps“ veröffentlicht hat. Die Tendenz dieses Artikels kennzeichnet die Ansicht, daß Polen nur dann bestehen könne, wenn Preußen vernichtet werden würde! Der „Temps“ hat anscheinend im Kriege noch nichts gelernt.

Wie die Wiener Konferenz auf Rußland eingewirkt hat, ist bisher noch nicht bekannt. Auf jeden Fall hat das Gespenst der Lösung der polnischen Frage durch Berlin und Wien die Petersburger Kreise schon in eine gewisse Erregung versetzt. Dies beweist wenn auch nur die nachstehende Notiz in der Petersburger „Riecz“: „Wie mitgeteilt wird, erörtert man in amtlichen Kreisen und insbesondere im Ministerium des Innern gegenwärtig die Frage der Unterbringung der aus dem Königreich Polen evakuierten Beamten in gleichgestellten Ämtern des Zarums. Im Zusammenhang hiermit sollen die örtlichen Behörden ersucht werden, die Zahl der freien Stellen anzugeben, damit sie durch die evakuierten Beamten besetzt werden können. Diese Maßnahme ergibt sich aus dem Verhältnis der Regierung zu der künftigen Organisation des Königreichs Polen. Gegenüber den in Umlauf gesetzten Gerüchten, daß die russische Regierung nicht daran denke, die nationalen Wünsche der Polen zu befriedigen, beabsichtigt die russische Regierung, nach Maßgabe der von den russischen Truppen besetzten Teile des Königreichs Polen in den einzelnen Ortschaften eine militärische Verwaltung einzuführen, die sich auf besondere Grundlagen stützen wird. Auf diese Weise und in Anbetracht des unerschütterlichen Willens Rußlands, die berechtigten und in dem bekannten Aufruf des Großfürsten enthaltenen Wünsche des polnischen Volkes zu verwirklichen, würde sich die Rückkehr der russischen Zivilbehörden erübrigen.“

Gleichzeitig teilen die „Odeskja Nowosti“ folgendes mit: „Auf Anordnung des Ministerpräsidenten Stürmer ist im Ministerium des Innern damit begonnen worden, alle Rundschreiben, die in der pol-

nischen Frage erlassen worden sind, zu sammeln. Das-
selbe soll auch in den anderen Ausschüssen stattfinden.
Ferner soll in jedem Ausschuss eine besondere Kom-
mission gebildet werden, die alle bisher herausgege-
benen Rundschreiben zusammenstellen und über sie ein
Gutachten abgeben soll. Das letztere soll dem Staats-
kontrollleur und sodann einer besonderen, beim Minister-
rat bestehenden Kommission übersandt werden. Der
Kommission sollen außer den Ministern auch Mitglie-
der der einzelnen Ausschüsse angehören. Es ist aber
möglich, daß diese Angelegenheit einen anderen Gang
nehmen wird, da sich in unterrichteten Kreisen die
Überzeugung Bahn bricht, daß es notwendig sei, dem
Königreich Polen gewisse Rechte einzuräumen. Es ist
nicht ausgeschlossen, daß zu diesem Zweck eine oberste
Kommission für die polnische Frage eingesetzt werden
wird."

Aus diesen Stimmen ist zu ersehen, daß dank
der Initiative der Mittelmächte die polnische
Frage als eine durchaus internationale Frage immer
mehr an Bedeutung gewinnt. Heute — wir wieder-
holen es — ist es noch schwer, vorauszu sehen, welches
Ergebnis alles das, was man über die polnische Frage
schreibt und spricht, zeitigen wird. Wir können aber
die Hoffnung haben, daß sich vor uns eine hellere
Zukunft aufhüt.

Aus Nr. 186 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 15. August 1916.

Nach den Verhandlungen in Wien.

Der Reichskanzler hat am Sonnabend abend Wien
verlassen. Wie das amtliche Wiener Korrespondenz-
bureau mitteilt, ist in allen Fragen, über die in Wien die
Diplomaten der beiden verbündeten Staaten verhandelt
haben, eine Verständigung erzielt worden. Nach den
Bemerkungen, die in der Presse über die Reise des
Kanzlers gemacht wurden, bildete die polnische Frage
den Hauptgegenstand der Beratungen in Wien. An
den Beratungen nahm auch der ungarische Minister-
präsident Graf Tizza teil. Es muß abgewartet werden,
ob in nächster Zeit über die Beratungen etwas
Näheres mitgeteilt werden wird. Daß der Schleier
des Geheimnisses, der die Verhandlungen umgibt, sich
recht bald lüften wird, ist um so mehr anzunehmen, als
die Stimmen verschiedener Blätter nach dieser Richtung
hin diese oder jene Lösung der polnischen Frage an-
kündigen. Der Berliner „Vorwärts“ bemerkt, daß es
nicht richtig sei, daß in einer so wichtigen Frage, wie
die polnische, endgültige Beschlüsse ohne Mitwirkung
der beteiligten Völker gefaßt werden. Wir haben
schon in unserem Sonnabendartikel darauf hingewiesen,
daß die betreffenden Staaten nicht eher mit ihren
Plänen vor die Öffentlichkeit treten können, bis sie
nicht unter sich einig sind. Wenn es mithin in Wien
zu einer Verständigung gekommen ist — und die pol-
nische Frage war dort Gegenstand der Verhand-
lungen — so muß angenommen werden, daß jetzt
binnen kurzem die polnische Volksgemeinschaft (wir haben
hier vor allem das Königreich Polen im Sinne) als
ein nicht minder maßgebender Faktor wird hervor-
treten müssen. Wir wollen aber den Ereignissen, die
ihren eigenen Gang gehen, nicht zuvorkommen.

Aus Nr. 186 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 17. August 1916.

Der Aufenthalt des Kanzlers in Wien.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt das Blatt
unter anderem folgendes:

Über das Ergebnis der zweitägigen Beratungen
in der Hauptstadt Österreichs ist bis jetzt nichts Kon-
kretes bekannt geworden. Das offizielle Wiener
Korrespondenzbureau beschränkt sich auf eine kurze Mit-

teilung folgenden Wortlauts: „In den zweitägigen
Konferenzen der Leiter der auswärtigen Politik beider
Mächte konnte man ein völliges Einvernehmen hin-
sichtlich aller besprochenen Gegenstände feststellen.“ —
Daraus ist zu schließen, daß auch die Verhandlungen
in der polnischen Frage zu einer Verständigung
zwischen der deutschen und österreich-ungarischen Re-
gierung geführt haben. Bisher hat es eine solche
Verständigung nicht gegeben. Ob nun gegenwärtig
eine Einigung erzielt worden ist, das läßt sich schwer
sagen.

Was uns anlangt, so meinen wir, daß man
ruhig abwarten muß, bis eventuelle Entscheidungen
bekanntgegeben werden; dem Königreich müssen Mittel
und Wege gegeben werden, die Arbeit und die natio-
nale Politik den neuen Verhältnissen anzupassen.

Aus Nr. 185 der Gazeta Ludowa (Rattowitz)
vom 16. August 1916.

In Sachen der Verhandlungen bezüglich der
Lösung der polnischen Frage schreibt die „Gazeta Lu-
dowa“ folgendes:

Wir sind der Meinung, daß die endgültige Ent-
scheidung über die Lösung der polnischen Frage jetzt
nicht in Wien fallen wird, und zwar deshalb, weil die
Regierung wiederholt von der Tribüne des Reichs-
tages erklärt hat, daß die Regelung des Verhält-
nisses des preussischen Staates und des deutschen
Reiches zu den Polen mit Rücksicht auf den „Burg-
frieden“ erst nach dem Kriege erfolgen werde. Aus
diesem Grunde ist bis jetzt nicht ein einziges Gesetz
geändert worden. Der Bundesrat hat des Burgfrie-
dens wegen nicht einmal den Sprachenparagraphen
aufgehoben, trotzdem der Reichstag dies während des
Krieges schon zweimal verlangt hatte. Das alles soll
erst nach dem Kriege geschehen.

Aus Nr. 191 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. August 1916.

Wochenüberblick.

Die Wiener Beratungen der leitenden Staats-
männer Deutschlands und Österreich-Ungarns über die
polnische Frage sind beendet. Der Verlauf
dieser Beratungen und ihr Ergebnis sind mit einem
geheimnisvollen Schleier umgeben. Man kann mithin
darüber nichts sagen, auch, was dieses Thema anbe-
trifft, keine Horoskope stellen, denn das wäre sinn- und
zwecklos. Die kurzen amtlichen Mitteilungen besagten
nur im allgemeinen, daß in allen Fragen, die während
des Aufenthalts der Herren v. Bethmann Hollweg und
v. Jagow in Berlin berührt worden sind, völliges
Einvernehmen erzielt worden sei.

Die Haltung des offiziellen Rußlands gegenüber
der polnischen Frage — wiewohl vorläufig nur theo-
retisch — ist ebenfalls noch nicht bekannt. Die pol-
nische Frage hat dort mächtige und einflussreiche Gegner
in der Person des russischen Ministerpräsidenten
Stürmer und in der Mehrheit der Kabinetts-
mitglieder gefunden. Nach den Nachrichten, die
aus Rußland zu uns gelangt sind, fand Anfang dieses
Monats ein Ministerrat über die polnische Frage
statt, wobei sehr leidenschaftlich über das Projekt der
Einrichtung Polens, das von dem ehemaligen Minister
des Äußeren Sazanow aufgestellt worden war, beraten
wurde. Dieses Projekt wurde mit Stimmenmehrheit
abgelehnt. Der Ministerpräsident begab sich darauf
nach dem Hauptquartier, um hier dem Zaren Vortrag
zu halten und von ihm die endgültige Entscheidung zu
erlangen.

Außerst bezeichnend ist der Umstand, daß sowohl
in Deutschland als auch in Rußland die Regelung der
polnischen Frage im liberalen Geiste und die Ge-
währung irgend welcher, wenn auch nur kleiner natio-

nalere Freiheiten an die Polen, am leidenschaftlichsten die nationalistisch-reaktionären Kreise bekämpfen.

In Rußland überschütteten diese Organisationen den Ministerpräsidenten Stürmer — der nebenbei gesagt ihr Vertrauensmann ist — förmlich mit Depeschen und Briefen, in welchen sie betonen, daß eine schnelle Lösung der polnischen Frage unzulässig sei. Sie schlagen vor, mit der Lösung der polnischen Frage bis nach Schluß des Krieges zu warten und bitten gleichzeitig um die Erlaubnis, eine allrussische Versammlung zum Zwecke der Lösung der polnischen Frage einzuberufen.

Den selben Standpunkt nehmen gegenüber der polnischen Frage und ihrer möglichen Lösung schon während des Krieges die alldeutschen und hafatistischen Kreise ein. Auch sie übersenden der Regierung Denkschriften, in welchen sie auf die Gefahr hinweisen, die den Deutschen drohe, wenn sie den Polen gewisse nationale und politische Freiheiten gewähren. Die Blätter dieser Richtung greifen scharf, soweit es die Zensurverhältnisse erlauben, die amtlichen Kreise an und verlangen entschieden eine Regelung der polnischen Frage nur unter Berücksichtigung der deutschen Interessen.

Aus Nr. 191 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. August 1916.

Betrifft die Wiedererrichtung Polens.

Aus den Kreisen unserer Leser erhalten wir nachstehenden Artikel:

In den letzten Wochen schrieben die Zeitungen, daß die Wiedererrichtung Polens nicht nur die deutschen, sondern auch die russischen Diplomaten beschäftigt. Daß sich die Deutschen und Österreicher mit der Einrichtung Polens beschäftigen, wundert uns nicht, weil sich das polnische Land seit über einem Jahre schon fast ganz in ihrer Hand befindet. Daß aber der Zar, seine Minister und sogar die russische Duma diese Frage erörtern, ist bezeichnend und verdient zum mindesten erwähnt zu werden. Aber das Interesse der Russen für die polnische Frage kommt zu spät. Sie hätten für Polen etwas tun oder ihm wenigstens gewisse Erleichterungen gewähren sollen, als sich noch der größte Teil des Landes unter ihrer Herrschaft befand. Damals konnten sie sich nicht einmal entschließen, den Städten die Selbstverwaltung zu geben. Jetzt, wo sie Polen nicht besitzen, wollen sie dem Lande die Autonomie — natürlich unter russischem Joch — verleihen. Nach der Eröffnung der polnischen Universität in Warschau und nach der Einführung der Selbstverwaltung in dieser Stadt, sind den Russen die Augen aufgegangen und sie haben beschlossen, für unser Vaterland auch etwas, wenn auch vorläufig ohne reale Folgen, zu tun. Die Russen haben, es sei dem wie ihm wolle, ihren Fehler eingesehen. Manche russische Politiker machen es sogar der Regierung zum Vorwurf, daß sie nicht vor dem Kriege im Königreich Polen die Selbstverwaltung eingeführt hatte. Um ihren guten Willen zu zeigen, verkündet jetzt die russische Regierung, daß sie die von ihr begangenen Fehler, sobald die besetzten Gouvernements vom Feinde frei sein würden, wieder gut machen würde. Wir werden also geduldig abwarten müssen, bis es den Russen gelingen wird, ihre Feinde aus dem Kongreßpolen zu vertreiben. Wird ihnen das aber gelingen? Tatsache ist, daß beide kriegsführenden Parteien zu der Überzeugung gekommen sind, daß man für Polen etwas tun müsse; nur hinsichtlich der künftigen polnischen Grenzen sind die Meinungen noch geteilt. Sowohl in Rußland als auch in Deutschland und Österreich-Ungarn wird gegenwärtig die Frage der künftigen Einrichtung Polens erörtert. Die Stimmen der berufenen und nichtberufenen Politiker, die in der deutschen Presse in der letzten Zeit das

Wort ergriffen haben, und die verschiedene und sogar sehr sonderbare Anschauungen zum Ausdruck brachten — wie z. B., daß die in Deutschland ansässigen Polen dafür, daß aus den russischen Gouvernements ein Königreich Polen entstehen wird, auf ihre Sprache und Nationalität verzichten, oder nach Polen übersiedeln sollen — übergehen wir, da diese sonderbare Anschauungen einzelner Personen weniger wichtig sind. Es wundert uns nur, daß bisher keiner von den hervorragenden Polen das Wort ergriffen und zum Ausdruck gebracht hat, was für ein Polen wir uns wünschen. Vor allem sollte dies eine von unseren nationalen Vertreterschaften tun, damit ihnen nicht später der Vorwurf gemacht werden könnte, daß sie sich gegenüber unserer wichtigsten Frage gleichgültig verhalten haben. Man hört zwar, daß Graf Wielopolski in Petersburg, Paris und London mit den dortigen Diplomaten über das künftige Königreich Polen konferiert hat und daß Sienkiewicz in Rom und Paderewski in Washington nach dieser Richtung hin Schritte unternehmen, aber das sind nur Gerüchte.

Auf dem Wiener Kongreß ist ein Königreich Polen ohne uns geschaffen worden; es konnte sich mithin nicht halten. Jetzt sollte ein Königreich Polen, ohne daß wir vorher nicht gehört werden, entstehen. Auch unser Blut fließt in Strömen in dem gegenwärtigen Kriege. In dem Dorfe Rosko bei Wielun allein fielen ungefähr 50 Polen. Unser Land hat am meisten gelitten und daher müssen über sein Schicksal auch wir entscheiden.

Wir sind doch nicht nur dazu da, um ewig Fremden Dienste zu leisten. Es kann sein, daß sich bisher niemand von uns über das künftige Polen ausgesprochen hat, weil die Zeit hierzu noch nicht gekommen ist. Auf jeden Fall müssen wir aber für alles was nach dieser Richtung hin unternommen wird, ein wachsames Auge haben, damit man uns nicht später unvorbereitet antrifft.

Studieren wir mithin unsere Geschichte und vor allem die Abschnitte über den Wiener Kongreß, auf den sich die Diplomaten bei den Friedensverhandlungen zweifellos berufen werden. Für dieses Studium eignet sich am besten das von dem Geistlichen Nowak erschienene Werk „Der Wiener Kongreß und der Novemberrückstand“, das entweder bei ihm selbst in Neukölln, Jägerstraße 3, oder auch in der Schriftleitung des „Dziennik Berliński“ erhältlich ist.

Aus Nr. 187 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. August 1916.

Die Zukunft Polens und die deutsche Presse.

Im Anschluß an die Beratungen, die vor einigen Tagen in Wien zwischen den Leitern der Politik Deutschlands und Österreichs stattgefunden haben, erscheinen in den deutschen Zeitungen aller Schattierungen, besonders aber in konservativen und alldeutschen, Kommentare zu der polnischen Frage. Es ergreift unter anderen auch das hiesige „Tageblatt“ in einem Artikel unter dem Titel „Die Zukunft Polens“ das Wort. (Der Inhalt des Artikels wird wiedergegeben.)

Noch energischer als das hiesige „Tageblatt“ äußern andere konservative und alldeutsche Blätter ihre Unzufriedenheit über die Art und Weise, in der die maßgebenden deutschen Kreise die polnische Frage gelöst haben, namentlich die „Kreuz-Zeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Post“.

Es ist also derselbe Teil der Presse, der von einem anderen Gesichtspunkte aus den Reichskanzler bekämpft, der auch hier seine Unzufriedenheit über die Art und Weise äußert, in der die polnische Frage angeblich gelöst worden ist. Diese Unzufriedenheit kann trotzdem verfrüht sein. Denn bis jetzt fehlt von deutscher amtlicher Seite die Bestätigung der Nachricht, daß bei

den Wiener Beratungen eine endgültige Entscheidung in der Angelegenheit der zukünftigen Regelung der politischen Verhältnisse im Königreich Polen gefallen sei.

Aus Nr. 183 der Gazeta Ludowa (Katowitz)
vom 13. August 1916.

Die Beseitigung des Kanzlers aus dem Amte — das allernotwendigste Kriegsziel.

„Der Reichsbote“, das Organ der Pastoren, gibt seinen Lesern die wichtigsten Gedanken der Schrift „Junius alter“ und der Broschüre des Direktors Rapp bekannt, gegen die f. Zt. der Kanzler im Reichstage so scharf aufgetreten war. Wie die Zeitung berichtet, wird diese Broschüre wiederum von „drei Deutschen“ in großen Mengen verbreitet.

Aus der Broschüre „Junius alter“ gibt der „Reichsbote“ nachstehenden Abschnitt wieder:

Von allen Kriegszielforderungen, die im Verlaufe des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beseitigung dieses Kanzlers als die allerdringlichste, denn von keinem äußeren Feinde droht uns in den nächsten Jahren eine auch nur annähernd so ernste Gefahr, wie sie eine weitere Kanzlerschaft von Bethmann-Hollwegs bedeutet. Mag er auch persönlich das Beste wollen — was nützt dem Reiche ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft?“

Aus der Rappschen Deutschschrift zitiert das Blatt die nachstehenden 5 Hauptursachen, in denen heute das Mißtrauen in „weiten getreuen Kreisen des Volkes“ gegenüber der politischen Leitung seine Begründung findet. (Es folgt der Wortlaut der 5 Hauptursachen.)

Auch wir sind — so schreibt der „Reichsbote“ — der Ansicht, daß in unserer äußeren Politik nicht wenige und nicht kleine Fehler gemacht worden sind, freilich nicht erst und nicht allein unter Bethmann-Hollweg.

Diese Versöhnungsbestrebungen und offenbar nicht sehr geschickt geführten Verständigungsverhandlungen haben wohl mehr geschadet als genützt... Auch unser Auftreten gegen Amerika hätte von Anfang des Krieges an ein anderes, entschiedneres sein müssen. Vielleicht hätte sich dann manches leichter gemacht, hätte Wilson sich nicht in so anmaßender Weise in unsere Angelegenheiten einzumischen gewagt, hätten wir uns die Demütigung sparen und den U-Bootkrieg unbehinderter führen können. Weiter liegt auch darin ein berechtigtes Moment der Kritiker, daß es besser gewesen wäre, die Kriegsziele nach Westen mindestens ebenso scharf und bestimmt zu umgrenzen als nach Osten, zu betonen, daß das Deutschtum sich nur wird erhalten und durchsetzen können, wenn wir aus diesem Kriege mit einer starken festen Stellung dem Anglo-Amerikanertum gegenüber hervorgehen. „Wir erlangen diese Stellung, wenn nicht England, sondern wir die Vormacht von Flandern werden.“ So hat es Groß-Admiral von Tirpitz erst dieser Tage wieder ausgedrückt.

So kritisieren die Politik des ersten Beamten des Reiches und des Vertrauten des Kaisers Leute, die von sich selbst sagen, daß sie die treuesten Diener des Kaisers und Königs und die eifrigsten deutschen Patrioten seien.

Im Deutschen Reiche hängt die Stellung des Kanzlers nicht, wie in Ländern mit parlamentarischer Regierung, vom Reichstage, sondern ausschließlich vom Willen des Kaisers ab. Der deutsche Kanzler kann sich auf seinem Posten nur dann behaupten, wenn er das Vertrauen des Kaisers besitzt und dieser seine Politik teilt. Von Bethmann-Hollweg besitzt dieses Vertrauen des Kaisers offenbar. Die Politik des Kanzlers ist mittelbar auch eine Kritik der Politik des Kaisers.

Aus Nr. 190 des Dziennik Kujawski (Hohenjaßa)
vom 19. August 1916.

Die Rede Heydebrandt 13.

„Für uns als deutsche Bürger ist es schließlich von größerer Bedeutung, die baltischen Länder als Polen zu besitzen“.

Eine solche Ansicht äußerte Herr v. Heydebrandt in bezug auf die polnische Frage. Zweifellos besagen diese Worte nicht viel. Sie beweisen im Gegenteil, daß man sich in den Kreisen um Heydebrandt nicht ganz klar darüber ist, welchen Standpunkt man gegenüber der polnischen Frage einnehmen soll. Diese Unklarheit wird noch größer durch das Fehlen jedweder Fingerzeige von Seiten der Regierung. In den konservativen Kreisen und Blättern wird betont, daß die Regelung der polnischen Frage zu den Kriegszielen gehöre. Über die Absichten der Regierung sollte die deutsche öffentliche Meinung — wie daran nicht nur die konservative Presse erinnert — so rechtzeitig unterrichtet werden, daß sie zu ihnen Stellung nehmen konnte. Indessen ist die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben und die polnische Frage wird — so heißt es in den konservativen Blättern — in den Kabinetten von Wien und Berlin erledigt, ohne von dem Ergebnis der Verhandlungen irgend wie Mitteilung zu machen. Deshalb besteht auch namentlich in diesen Kreisen die Befürchtung, daß in der polnischen Frage das deutsche Volk vor eine schon vollendete Tatsache gestellt werden könnte.

Sonderbar ist in dieser Diskussion oder in der Befürchtung, die zum Ausdruck gebracht wird, eins. Man überfieht nach unserem Dafürhalten dabei ein außergeröhrliches Moment und insbesondere den Umstand, ob die angekündigte Regelung der polnischen Frage einen endgültigen Charakter hat, oder ob sie nur ein Akt der Kriegstaktik ist. Im ersteren Falle würde man zweifellos die Regelung dieser Frage als eins der Kriegsziele, mit denen nach dem Willen der Mittelmächte der Krieg enden soll, unterstreichen müssen. Im anderen Falle ist die polnische Frage — vom Gesichtspunkt der Kriegstaktik aus betrachtet, — nur ein Akt der vorläufigen Regelung, der augenblicklich noch nicht in die Rubrik der endgültigen Kriegsziele gehört. Ob in dieser Differenzierung nicht der Grund für die Haltung der Regierung liegt, wollen wir dahingestellt bleiben lassen. Wir sind aber der Ansicht, daß dies ein zu wichtiges Moment ist, um es nicht zu betonen, ehe die erwartete amtliche Erklärung Klarheit bringen wird.

Nach diesen Bemerkungen scheint es uns, daß es zur Klärung beitragen wird, wenn wir darauf hinweisen, daß, insoweit hier von der Regelung der polnischen Frage die Rede ist, nur die den Russen abgenommenen polnischen Länder in Frage kommen.

Wir haben schon oben daran erinnert, daß sich insbesondere die konservative Presse nicht ganz klar darüber ist, welchen Standpunkt sie gegenüber den Absichten der Regierung in der polnischen Frage einnehmen soll. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Entscheidend kann man sicherlich diese Verhandlungen nennen, da sie wahrscheinlich die endgültige Regelung der polnischen Frage bringen werden. Wir haben schon wiederholt unsere Zweifel geäußert bezüglich der Art und Weise dieses Verhaltens, daß das deutsche Volk in einem der wichtigsten Punkte der politischen Gestaltung der Zukunft — ohne vorherige erschöpfende Aussprache in dieser komplizierten Frage — vor vollgezogene Tatsachen stellt. Das entspricht nicht den gegebenen Versprechungen.“

Noch deutlicher ist die „Post“. Das Blatt schreibt: „Hier kann nur ein schneller Entschluß helfen: Lösung des politischen Benjurnebels, Befreiung von allen Hemmungen, damit das deutsche Volk an seinem Geschick mit beraten kann. Einen Vormund braucht

unser Volk wahrhaftig nicht mehr, es hat durch seine Taten während zweier Kriegsjahre das Recht erworben, gehört zu werden, wenn über seine Zukunft entschieden werden soll. Fort also mit allen Hindernissen, fort vor allem, was einen freien Meinungsaustausch unterdrückt, ehe es zu spät wird!"

Diese Stimmen kann man dreist als eine Ergänzung der allgemein gehaltenen Ausführungen des Herrn v. Heydebrandt ansehen. Herr v. Heydebrandt begnügte sich als verantwortlicher Leiter der konservativen Politik mit einer allgemeinen Betonung. Die Erklärung hierzu finden wir in den vorhergehenden Bemerkungen.

Der Standpunkt der konservativen Presse ist um so interessanter, als hier nicht nur die Unzufriedenheit über die Regierungstaktik, sondern mittelbar auch die Befürchtung, in welcher Weise die Regierung die polnische Frage regeln wird, in die Erscheinung tritt.

Nach unserem Dafürhalten liegt in dieser Befürchtung eine schwere Beleidigung des Reichskanzlers. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die maßgebenden deutschen Kreise, die die polnische Frage regeln, sie im gegebenen Augenblick so lösen werden, daß deutsche Interessen daraus Nutzen ziehen wird. Die Betonung dieser Notwendigkeit, sei es durch die „Kreuzzeitung“ oder durch das „Posener Tageblatt“, halten wir für überflüssig. Dieser Betonung stehen die Reden des Reichskanzlers entgegen, in welchen ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, daß die polnische Frage so geregelt werden müsse, daß die Interessen des Reiches sichergestellt werden. In solchen Verhältnissen versteht es sich von selbst, daß sich der verantwortliche Leiter des Deutschen Reiches ausschließlich vom deutschen Interesse leiten läßt. Deshalb klingt auch die von dem „Posener Tageblatt“ zum Ausdruck gebrachte rücksichtslose Hoffnung anmaßend. Allerdings legen sowohl die „Kreuzzeitung“ als auch das „Posener Tageblatt“ besonders Gewicht darauf, daß es sich hier um den Einfluß der Regelung der Verhältnisse im Königreich Polen auf die Verhältnisse in den polnischen Ländern im preußischen Anteil handelt. Aber sicherlich beunruhigen sich diese beiden Blätter auch hier unnötig. Die Regierung wird auch nach dieser Richtung hin nichts unbeachtet gelassen haben.

So sehen wir mithin, daß die Rede Heydebrandts, obwohl sie nur mit einigen Worten die polnische Frage streifte, einen lauten Widerhall in der Presse findet, die ein Spiegelbild der Anschauungen des Herrn v. Heydebrandt und seiner Parteirichtung ist. Aus dieser Presse kann man mehr darüber erfahren, in welchem Geiste die Konservativen die polnische Frage regeln wollen. Zweifellos würde die Haltung dieser Presse eine noch deutlichere sein, wenn nach dieser Richtung hin die Zensur beseitigt oder das Regierungsprojekt einer öffentlichen Kritik unterzogen werden würde. So bewegt auch sie sich in Gemeinplätzen. Es scheint aber, daß sie nicht mehr lange auf einen günstigeren Augenblick warten brauchen. Nach einem Telegramm, das nach dem „Posener Tageblatt“ eins der süddeutschen Blätter aus Warschau veröffentlicht hat, herrscht dort die feste Überzeugung, daß binnen kurzem die Regelung der polnischen Frage erfolgen wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in den besetzten Gebieten Polens die Verwaltung eine polnische Zivilbehörde übernehmen wird, und daß der Bevölkerung gewisse Freiheiten und Rechte eingeräumt werden.

So viel der Inhalt des Telegramms. Wir bringen es hiermit zur Kenntnis unserer Leser und erinnern daran, daß sein Wortlaut lebhaft an die Erklärung des Kanzlers vom 20. August 1915 erinnert. Damals sagte der Kanzler: „Wir werden das Land gerecht und unter möglichster Einziehung der eigenen Bevölkerung verwalten.“

So sprach der Kanzler vor einem Jahre. Die Verhältnisse haben sich seit dieser Zeit von Grund auf geändert und wäre es auch nur dadurch, daß die deutschen Truppen die Russen aus allen polnischen Gebieten verdrängt haben. Später am 4. August hielt der Kanzler seine zweite bezeichnende Rede über die Regelung der polnischen Frage durch Deutschland und Österreich-Ungarn.

Gegenwärtig gilt es positive Ergebnisse abzuwarten. Zweifellos gerechtfertigt ist hier die Meinung der „Kölnischen Volkszeitung“, welche schreibt:

„Bis zur Erfüllung der Versprechungen (Freigabe der Erörterung der Kriegsziele — Red.) liegt es im Interesse der weiteren Entwicklung, daß alle unnötigen und überflüssigen Erörterungen in der Presse unterbleiben, umso mehr, als sie sich nur auf Annahmen stützen können.“ Diese Bemerkungen, die vom ausdrücklichen Vertrauen zum Kanzler und Wohlwollen für die Regierung diktiert sind, sollen sicherlich gleichzeitig ein Fingerzeig des Zentrums für die konservative Presse sein.

Aus Nr. 139 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 23. August 1916.

An die teilweise Wiedergabe des Gerlach'schen Artikels in der „Welt am Montag“ überschrieben: „Polens Erwachen“, knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

Wir sind uns darüber ganz klar, daß die Stimme des Herrn Gerlach ohne Bedeutung für diejenigen Kreise ist, die über die polnische Frage entscheiden. Aber es ist immerhin gut, daß das, was ein großer Teil der Polen denkt und fühlt, seinen Landsleuten ein ehrlicher, vom Geiste des nationalistischen Chauvinismus nicht durchdrungener Deutscher gesagt hat, und daß er es deutlicher und besser gesagt hat, als verschiedene — um hier den von uns sonst nicht gebrauchten, weil völlig falschen, Ausdruck zu gebrauchen — „deutsch- oder österreichfreundliche“ Polen, die, anstatt sich in die Psychologie ihrer Landsleute, die im Grunde genommen daselbe was sie wünschen, hineinzudenken und -fühlen und anstatt Nachsicht zu üben und in brüderlicher, mit dem Geiste der Liebe zur gemeinsamen Sache durchdrungenen Weise Vorstellungen zu machen, nur demunziatorische, beleidigende und obendrein noch ganz falsche Argumente der „Russensfreunde“ und Verräter der nationalen Sache hatten. Um wieviel höher steht in dieser Hinsicht dieser ehrliche Deutsche als sie.

Aus Nr. 188, 189 und 190 des Kurjer Poznański Posen
vom 19., 21. und 22. August 1916.

Unsere Grundlagen.

Die verhältnismäßig starken politischen Einflüsse unseres Lagers, die jedenfalls stärker sind, als die Zahlenmäßigkeit, die persönlichen Verhältnisse oder die materiellen Mittel der in ihm gruppierten Persönlichkeiten, waren schon vor dem Kriege für so manchen ein Rätsel, für unsere Gegner eine nagende, keine Ruhe lassende Sorge. Man schrieb sie bald der agitatorischen Fertigkeit, bald wiederum der organisatorischen Geschicklichkeit, kühner Eroberungsfähigkeit oder listigen Intrigen zu. Diese Ansichten trafen nicht den Kern der Sache. Die Grundlage unserer starken politischen Existenz war nichts anderes, als das, daß wir sie auf die elementarsten, einfachsten und gesündesten Instinkte der nationalen Energie und des Nationalbewußtseins in unserer Volksgemeinschaft stützten. Wir konstruierten keine künstlichen Programme und Formeln; wir strengten uns nicht zu mehr oder weniger erfinderischen Experimenten an; wir erkannten

keine neuen Doktrinen. Wir suchten vielmehr nur den Kräften, Bestrebungen und Aspirationen, die in der Seele der Volksgemeinschaft tatsächlich lebten und sich entwickelten, dementsprechenden äußeren politischen Ausdruck zu geben, indem wir das, was anfangs eine Reflexbewegung, ein Instinkt war, immer mehr aufklärten und immer konkreter formulierten.

Es könnte jemand unsere Politik wenig schöpferisch nennen, und in der Tat konnte sie Geistern, die nach Reiz und Blendwerk begierig sind, grau, durchschnittlich scheinen. Wer jedoch auf dem Boden des politischen Realismus stand, der mußte zugeben, daß es keinen anderen Weg gab. Die unerhört einfachen, nicht komplizierten politischen Verhältnisse in unseren Landesteilen erheischten eine einfache, nicht komplizierte Politik, und jeder, der unter der Losung des aufrichtig aufgefaßten nationalen Interesses handelte, mußte uns früher oder später begegnen. Es blieben nicht viele abseits.

Tatsächlich hatte auch der nicht recht, der dieser Politik vorwarf, sie sei nicht schöpferisch gewesen. Im Gegenteil, sie schuf, vertiefte das Nationalbewußtsein, schärfte das Gefühl für nationale Ethik, erweiterte schließlich die Horizonte des politischen Denkens über die engen Grenzen der provinziellen Rassen- und Roteriehscheidewände, über die Teilgebietsgrenzen.

In ihrem tiefsten Wesen war diese Politik konservativ — erhaltend — in dem Sinne, daß sie sich auf die polnischen Traditionen stützte und unter Hochhaltung unseres geschichtlichen, kulturell-sozialen Erwerbs, sowie der durch denselben bedingten inneren Verbindung des nationalen Organismus nicht Neuerungen huldigte, die diese Verbindung schwächen und lösen könnten. Der so oft gegen uns erhobene Vorwurf des „Radikalismus“ ändert das, was wir gesagt haben, in nichts. Dieser Vorwurf entsprang entweder dem Ubelwollen der Gegner, die ihn als sehr wohlfeiles und leichtes Mittel im Kampfe gegen uns anwendeten, oder Kleinmütigen, welche jede energische Verteidigung unsers nationalen Besitzstandes „Radikalismus“ nannten. Tatsache ist, daß sich in ganz Europa keine Volksgemeinschaft findet, die in den Grundsätzen sowie in den Mitteln des Handelns konservativer und maßvoller wäre, als die polnische Volksgemeinschaft im preußischen Teilgebiet. So konnte und kann denn auch eine Politik, welche ihre prinzipiellen Prämissen aus der Seele dieser Volksgemeinschaft herleitet, niemals radikal sein in dem von der politischen Terminologie aufgefaßten Sinne.

Es gab auch bei uns Versuche, unter das Volk radikale, demagogische Losungen zu werfen; sie stammten von der Seite gerade der Persönlichkeiten her, die sich gegenwärtig in die Toga von Staatsmännern drapieren und die Volksgemeinschaft „politische Weisheit“ lehren. Gegen diese übrigens vereinzelt Symptome eines tatsächlichen Radikalismus haben wir uns stets sehr entschieden gewendet, und wir sind auch Stimmen aus dem eigenen Lager, die sich solchen Methoden zuneigten, manchmal kräftig und wirksam entgegengetreten. Natürlich konnten in dieser Hauptrichtlinie Abweichungen und Abirrungen vorkommen, und sie sind auch vorgekommen. Keine aktive und praktische Politik ist von Fehlern frei. Aber unsere grundsätzliche politische Richtung ist dadurch nicht verwischt worden. Sie beruhte und beruht bis heute auf dem positiven Zusammenhängen und Vermehren der moralischen und materiellen Kräfte der Nation, darauf, daß wir allen von außen oder innen herkommenden Versuchungen entgegengetreten, welche die Eigenart und das Gefüge des nationalen Organismus schwächen könnten.

Im Verhältnis zur Regierung resultierte hieraus der Kampf um die volle Gleichberechtigung der Polen im preußischen Teilgebiet, um die Schaffung gleicher Entwicklungsbedingungen für die Polen und Deut-

schen und darum, daß man den schließlich Sieg der einen oder der anderen Seite dem freien Spiel der Kräfte überlassen solle. Unser Standpunkt muß ein oppositioneller sein, nicht aus Doktrin oder Vorliebe, sondern deshalb, weil sich die Verhältnisse so und nicht anders gestaltet haben. Wir waren grundsätzlich dagegen, daß in diese Politik negativ-gefühlsmäßige Elemente hineingetragen würden; denn das vereinbarte sich nicht mit dem realpolitischen Charakter unserer Richtung. Wenn ungeachtet dessen in hiesigen Momenten die Wogen des Gefühls überflossen und auch ein nüchterner Politiker sie nicht ignorieren konnte, so war das wiederum das Resultat von Umständen und Bedingungen, die stärker waren, als wir.

Es brach der Krieg aus, und dieser epochemachende Moment erwies am besten, daß ungeachtet der ganzen Rücksichtslosigkeit der vorherigen Kämpfe die Volksgemeinschaft nicht aus dem Gleichgewicht gebracht worden war und sich nicht hatte von falschen Regungen hinreißen lassen. Wir haben auch uns nach dieser Richtung hin ein gewisses Verdienst zuzuschreiben, welches übrigens niemand ableugnen kann, wer nicht mit Gewalt die Augen verschließt gegenüber dem tatsächlichen Einfluß, den unser Lager auf die öffentliche Meinung im preußischen Teilgebiet ausübte und ausübt. Die Volksgemeinschaft hat alle staatlichen Pflichten erfüllt, die durch die Kriegsnotwendigkeit diktiert wurden. Die Opfer an Menschen, die der Krieg aus unseren Reihen gerissen hat, werden bestimmt, relativ genommen, nicht geringer sein, als die Verluste des deutschen Volkes, das für seine eigene Größe kämpft. Wohin wir blicken, sehen wir schmerzliche Lücken, sehen wir, wie manchmal die Besten unter uns fallen, hingemäht im erbarmungslosen Kampfe. Es kann in den Augen von sich über unsere Verhältnisse nicht Rechenschaft ablegenden Deutschen scheinen, daß dies eine selbstverständliche Untertanenpflicht sei. Es wäre das ein rein formalistischer, oberflächlicher Standpunkt. Wer irgend in unsere Lage tiefer eindringt, der muß zugeben, daß diese Kriegstragödie für uns eine Stärkung unserer nationalen Stellung auch gegenüber dem Staate werden muß. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir zu einer um so stärkeren Unterstreichung derjenigen gerechtfertigten Rechte und Aspirationen gelangen, die aus unserer nationalen Existenz sich ergeben. In dieser Hinsicht hat der Krieg unsere Lage tatsächlich nicht geändert. Aber er hat uns vor neue Aufgaben und Bedingungen des Handelns gestellt.

In den unmittelbaren Beziehungen der Volksgemeinschaft im preußischen Teilgebiet zu der Regierung und zum Deutschen Reiche hat der Krieg ein Übergangsstadium geschaffen. Der politische Kampf, der vor dem Kriege der Situation das Hauptmerkmal verlieh, hat aufgehört. Die Polen würden auch ohne den Druck der Zensur sowie anderer Kriegsbeschränkungen die inneren politischen Abrechnungen in der Schwebe verharren lassen. Wir wissen die Größe des Augenblicks und die Wichtigkeit der in der Vorbereitung begriffenen geschichtlichen Entscheidungen zu würdigen, um zu verstehen, daß jetzt nicht die entsprechende Zeit ist, um Konflikte fortzusetzen, selbst wenn sie nach unserer Meinung noch so gerechtfertigt wären. Die grundsätzlichen Ursachen jedoch, die uns vor dem Kriege zum Kampfe gezwungen haben, sind nicht beseitigt worden. Die Regierung mußte anerkennen, daß die Polen, die durch die eiserne Kraft des Krieges diktierten Pflichten gegenüber dem Staate voll und ganz erfüllt haben, ohne Einschränkung. So haben denn auch die Vertreter der Regierung sowohl in der polnischen Frage, als auch auf anderen Gebieten — z. B. den Sozialisten gegenüber — von der Land- und Reichstagstribüne her mehrfach die Notwendigkeit der sogenannten „Neuorientierung“ anerkannt. Aber dieselben Regierungsvertreter haben entschieden erklärt, daß die Verwirk-

lichung jener Neuorientierung erst nach dem Kriege eintreten könne. Gewiß, vom Gesichtspunkt der Regierungspolitik aus könnte man gewisse Argumente für das Aufschieben grundsätzlicher Reformen und Entscheidungen in der inneren Politik auf die Zeit nach dem Kriege anführen. Aber man muß darauf hinweisen, daß in manchen Punkten, so z. B. gegenüber den Forderungen der Sozialisten betreffend das Vereinsgesetz, die Regierung schon jetzt ansehnliche Zugeständnisse gemacht hat, welche die Ankündigung weiterer demokratischer Reformen in der Zukunft sind. Indessen in der polnischen Frage hat dieselbe Regierung ungeachtet sich bietender Gelegenheit bisher keinen tatsächlichen Schritt getan, welcher die Verwirklichung der Neuorientierung vorbereiten würde. Natürlich darf man auf Grund dessen nicht die Aufrichtigkeit der Absichten und Versprechungen der Regierung in Zweifel setzen. Aber die elementarste politische Klugheit gebietet, abzuwarten, in welcher Ausdehnung und Form jene künftige Neuorientierung ins Leben treten wird. Bis dies eintreten wird, kann niemand eine grundsätzliche Änderung in der Stellung von denen verlangen, denen gegenüber die Politik der Regierung sich nach neuen Grundsätzen orientieren soll.

Daraus entsprang auch die Politik unserer Landtags- und Reichstagsfraktion. Sie haben dem Staate nicht die grundsätzlichen Erfordernisse versagt, die der Krieg mit sich gebracht hat, und gleichzeitig haben sie sich eine sehr weitgehende Zurückhaltung im öffentlichen Auftreten auferlegt, obgleich es nicht an Material fehlte, welches Anlaß bot zu berechtigten Beschwerden und Forderungen. Aber darüber hinaus konnten die Fraktionen nicht gehen; sie konnten vor allem gegenüber der Regierung nicht aus ihrer politischen Reserve heraustreten, die durch die völlige Unkenntnis hinsichtlich der künftigen regierungsseitigen Pläne gegenüber den Polen im preußischen Teilgebiet diktiert wurde. Die Mehrheit unserer Abgeordneten hat diese Richtlinie wohl begriffen und sie — abgesehen von gewissen Fehlern, über die wir in diesem Zusammenhange nicht zu sprechen brauchen, konsequent inne gehalten. Daß eine solche Politik nicht effektiv ist und nicht populär sein kann, das ist begreiflich. Die Fraktionen haben sich einer Kritik von zwei Seiten her ausgesetzt. Einerseits werfen an Zahl kleine, aber um so lautere Gruppen, die schon heute ein positives Sichengagieren der Volksgemeinschaft begehren, den Fraktionen vor, daß sie unter dem Einfluß der „radikalen“ Nationaldemokraten eine „schädliche Politik der Abstinenz“ betrieben und sich weigerten, „die vom Kanzler entgegengetreckte Hand“ anzunehmen. Andererseits ist es Tatsache, daß ziemlich breite nationale Kreise sich ein recht entschiedenes öffentliches Auftreten wünschen, durch welches unsere Rechte und Aspirationen betont würden. In diesen manchmal beachtenswerten Kreisen wird unseren parlamentarischen Vertretungen Schwäche und allzu große Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung vorgeworfen.

Was uns betrifft, so meinen wir, daß gerade die Tatsache, daß die Kritiken von der rechten und von der linken Seite laut werden, beweist, daß die Fraktionen im Prinzip den rechten Weg gewählt haben. Über Einzelheiten könnte man noch sprechen. Die Freiheit der Kritik gegenüber den Fraktionen erkennen wir an, und wir selbst erheben den Anspruch darauf. Wir sind jedoch der Meinung, daß die gegenwärtigen Zeiten auch nach dieser Richtung hin eine gewisse Zurückhaltung heischen. Selbst wenn die Unzufriedenheit hiesiger Elemente über die „Passivität“ der Fraktionen in gewissem Grade berechtigt wäre, — im Prinzip halten wir sie für ungerechtfertigt — so muß doch vor allem alles vermieden werden, was die Autorität unserer Fraktionen untergraben könnte, da dies nur hieße, Wasser auf die Mühle derjenigen

leiten, welche die Fraktionen vorbehaltlos in die Bahnen der Regierungspolitik drängen wollten.

So sieht unsere innere Politik im Verhältnis zur Regierung und ihrem Standpunkt uns gegenüber aus. Sie ist, wie wir sehen, ebenso weit entfernt von jedem „roten“ oppositionellen Radikalismus“ wie auch von jedem „weißen“ Radikalismus der Kreise, die Tag für Tag Kämpfe führen gegen die „Radikalen“, selbst aber durch die Rücksichtslosigkeit der Methoden und Mittel im Sichausdrängen gegenüber der Meinung der Volksgemeinschaft und in Engagieren der letzteren, ohne deren Wissen und Willen den klassischsten radikal agitatorischen Typus bilden. Und Ruhe und Selbstgewißheit in dem konsequenten Innehalten der einmal gewählten politischen Richtung verleiht uns vor allem die tiefe Überzeugung, daß wir uns auf das Vertrauen der riesigen Mehrheit der Volksgemeinschaft stützen. Dieses Vertrauen bildet ein schätzbares Kapital, das in den Jahren der gemeinsamen Arbeit und des gemeinsamen Kampfes vor dem Kriege angesammelt wurde. Hier stecken die dauerhaftesten Grundlagen dieser Tätigkeit. Diese Tatsache gestattet uns auch, die Polemik mit denjenigen zu vermeiden, welche um jeden Preis uns zu einer „Diskussion“ herausfordern möchten, um dadurch für sich, sei es auch nur den Schein einer Begründung für ihre Existenz zu gewinnen. Eine solche Polemik, der unsere Gegner die Form eines sachlichen Meinungsaustausches gar nicht zu geben bestrebt sind, würden wir für nicht ersprießlich halten, und sie ist angesichts dessen, daß wir um Einflüsse nicht zu kämpfen brauchen, tatsächlich überflüssig.

Im organischen und logischen Zusammenhange mit unserer grundsätzlichen Haltung gegenüber den innerpolitischen Problemen unserer Landesteile steht unsere Stellung gegenüber den unendlich wichtigeren Aufgaben der polnischen Politik auf dem internationalen Gebiet. Dieselbe Methode einer realpolitischen Würdigung der Tatsachen, die wir den inneren Erscheinungen gegenüber anzuwenden suchen, verpflichtet auch bei der Behandlung der äußeren Lage und bei den sich aus ihr ergebenden Möglichkeiten, unsere allgemein polnischen Ideale zu verwirklichen. Je stärker hier die Anregung ist, heißen Gefühlen die Zügel schießen zu lassen, um so nüchterner muß das Unterscheidungsmerkmal fühlen vernunftmäßigen Denkens angelegt werden, um die Folgen eines jeden Schrittes zu durchdringen. Diese Sache erheischt jedoch eine besondere Besprechung.

Der Krieg hat für die Lösung der polnischen Frage günstige Bedingungen geschaffen — einerseits darum, weil er seit den Teilungen des Königreichs Polen der erste Krieg zwischen den Teilungsmächten ist, andererseits deshalb, weil die Ausdehnung des Krieges und sein allgemein-europäischer — fast Weltcharakter — unabwendbar die Notwendigkeit eines gründlichen Umbaus der bisherigen internationalen Verhältnisse nach sich ziehen. Das Bewußtsein dessen, daß infolge der kriegerischen Verwicklung unsere uralten nationalen Aspirationen eine konkrete Form annehmen, drang von Anfang an die ganze polnische Nation. Die Entwicklung der Ereignisse hat diese Erwartungen bestätigt. Die Notwendigkeit der Lösung der polnischen Frage hat in dem Bewußtsein der europäischen Völker mit jedem Kriegsmonat immer breitere Grundlagen gewonnen. Als Gegenstand eines lebendigen und aufrichtigen Interesses der öffentlichen Meinung der politischen Welt war die Frage der Zukunft Polens seit Jahrzehnten nicht so aktuell und populär wie jetzt. Ihre eigentliche politische Bedeutung gaben ihr schließlich die Teilungsmächte selbst, die — solange der Frieden dauerte — alle Bestrebungen, der polnischen Frage einen internationalen Charakter zu verleihen, einmütig unterdrückten, gegenwärtig aber, da sie im kriegerischen Gegensatz zu ein-

ander stehen, sich bemühen, die polnische Sache im eigenen Interesse in dem diplomatisch-kriegerischen Spiel auszuspielen. Die Einnahme des Königreichs durch Deutschland und Österreich gab diesen Bestrebungen einen realen Boden, indem sie schon durch den bloßen Wechsel der Herrschaft, wenn auch einer rein militärischen, eine Grundlage zu der neuen Regelung der Geschichte des Königreichs bei den Friedensverhandlungen schufen.

Gegenüber einer solchen, für die Zukunft Polens grundsätzlich günstigen Situation mußte die polnische Nation keinen einheitlichen Standpunkt einzunehmen. Der Fluch der Teilung in drei Teile hat nie schwerer auf den Polen gelastet, wie während des gegenwärtigen Krieges. Anfangs machten sich am meisten zwei Orientierungen bemerkbar, das sind die, die sich am leichtesten in den polnischen Geistern kristallisieren konnten und sich gewissermaßen selbst aufdrängten. In Galizien entstand das Oberste Nationalkomitee mit österreichischer Orientierung, die in dem Programm zusammengefaßt war: das Königreich mit Galizien zu vereinigen und aus diesen beiden Ländern in Verbindung mit Österreich-Ungarn einen staatlichen Organismus zu bilden. Die österreichische Regierung unterstützte dieses Programm, indem sie ihre Genehmigung und materielle Hilfe zur Bildung von Legionen gab. Im Königreich überwog am Anfang des Krieges in der öffentlichen Meinung die Orientierung für den Vierverband, die sich im Verhältnis zu Rußland auf das Programm der Vereinigung der polnischen Länder und darauf stützte, ihnen eine breit aufgefaßte Autonomie zu verleihen, wie sie in dem bekannten Aufruf des Großfürsten Nikolaus versprochen worden ist.

In dem Maße, wie das Königreich zum größten Teile durch die Deutschen eingenommen wurde und die deutsche Regierung immer deutlicher die Absicht verriet, in der polnischen Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, zeichnete sich eine dritte Richtung der Lösung der Zukunft des Königreichs Polen ab. Ihr Leitgedanke ist der, aus dem Königreich einen selbstständigen Staat unter dem militärischen Protektorat Deutschlands zu schaffen, wobei dieser Staat — soweit dessen Bildung während des Krieges erfolgen sollte — sich mit einer eigenen bewaffneten Macht auf die Seite der Mittelmächte gegen Rußland stellen sollte.

Dieses Programm wurde bis jetzt durch die deutsche Regierung nicht bekannt gegeben; man stößt jedoch immer öfter auf Stimmen in der deutschen Presse, die in dieser Richtung sich bewegen. Außerdem dulden die Verwaltungsbehörden im Königreich das Propagieren dieser Lösungen durch den sogenannten „Klub des polnischen Staatswesens“. Diese Propaganda hat auch unzweifelhaft die „Gazeta Grudziowska“ im Sinne, wenn sie schreibt: „Mögen die Mittelmächte das Königreich Polen als selbstständigen und unabhängigen Staat anerkennen; in diesem Falle feimt in zahlreichen, heißen polnischen Seelen der Gedanke der Aufstellung einer polnischen Armee, die zusammen mit den Heeren der Mittelmächte die gemeinsamen Interessen, namentlich auch die erst frisch wiedererlangte staatliche Freiheit und Unabhängigkeit Rußland gegenüber verteidigen würde.“

Es gibt schließlich im Königreich ein zahlreiches Lager konservativer und nationaler Elemente, das vor allem die Lösung der positiven Arbeit an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes predigt und die gegenwärtigen kriegerischen Zeiten für zu unsicher hält zum Aufbau und zur Durchführung breit vorgezeichneter politischer Programme.

Die Erwartungen, daß die Wiener Konferenzen als unmittelbares Ergebnis die Bekanntmachung irgendeines Aktes seitens der Mittelmächte zu Gunsten des Königreichs bringen würden, haben enttäuscht. Es scheint, als wenn diese Sache noch nicht soweit

gereift wäre, und es ist schwer, vorauszusehen, wann der entsprechende Augenblick eintreten wird. Bekanntlich verlangt auch einstweilen in Rußland eine starke Strömung gleichfalls die Lösung der polnischen Frage. Man spricht von dem Erlass eines Zarenmanifestes mit der feierlichen Bestätigung des Aufrufs des Großfürsten Nikolaus; dazu werden sowohl in der Presse als auch in den Regierungskreisen verschiedene Projekte der Autonomie ventiliert. Aus den von dieser Seite her stammenden Informationen geht unzweifelhaft hervor, welchen großen Schwierigkeiten eine rationelle Erledigung der polnischen Sache infolge des Widerstandes der Bureaucratie und eines Teils der am meisten verblendeten Nationalisten begegnet. Sogar das Projekt der Kadettenpartei enthält, wie die Pilsz'sche Denkschrift zeigt, so bedeutende Einschränkungen der Rechte des zukünftigen autonomen Polens, daß es die staatlichen Aspirationen der polnischen Volksgemeinschaft nicht befriedigen kann. Um so sympathischer zeichnet sich die Entschiedenheit solcher Politiker, wie Pilsz und seiner Petersburger Anhänger ab, die jede halbe Behandlung der polnischen Frage durch Rußland ablehnen und einen innerlich selbstständigen staatlichen polnischen Organismus verlangen.

Indem wir diese Angelegenheiten vom preußischen Teilgebiete aus verfolgen, bekennen wir den Grundsatz, daß wir trotz aller Betonung der engen moralisch-nationalen Verbindung mit dem Königreich die Entscheidung bezüglich der Haltung gegenüber den aufleuchtenden Problemen dem Königreiche selbst überlassen müssen. Die Situation stellt sich heute so dar, daß weder wir die das Königreich betreffenden Absichten der Mittelmächte beeinflussen können, noch das Königreich auf die hiesigen Verhältnisse wird einwirken können. So muß denn auch jedes Teilgebiet für seine Politik die Verantwortung tragen. Da wir das Königreich als den Kern und das Herz Polens betrachten, so sind wir unzweifelhaft der Ansicht, daß die Interessen und die Zukunft dieses Landes in der polnischen Politik im Vordergrunde stehen müssen. Wenn die maßgebenden Kreise im Königreich aus dem gegenwärtigen Durcheinander der Verhältnisse einen Ausweg finden werden, der diesem Lande eine dauernde und bessere Zukunft sichert, so wird die polnische Allgemeinheit eine solche Politik annehmen ohne Rücksicht auf Doktrinen und Vorurteile. Eine nüchterne Prüfung der wirklichen Interessen der Nation ist allerdings die einzige Unterlage aller Entschlüsse. Deklamationen und Demonstrationen sind nur eine schädliche Selbstbetörung.

Wir brauchen Klarheit und müssen alle Konsequenzen durchdenken. Das Königreich hat soviel Beweise für die Fähigkeit, seine Geschichte zu lenken, erbracht, daß wir mit Ruhe in die Zukunft schauen können.

Aus Nr. 71 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 12. August 1916.

Überfalls-Politik.

Der „Dziennik Kijowski“ hat unter diesem Titel für die polnische Allgemeinheit im russischen Gebiete einen sehr verständigen Artikel gegen die Sucht des Übereinander-Herfallens in der Presse veröffentlicht. Er kritisiert darin diese Sucht, und zwar mit Recht. Die polnische Allgemeinheit in Preußen hat vielleicht am meisten unter dem Terror der Überfallsucht einer gewissen Gruppe der radikalen Presse gelitten, die niemanden außer den eigenen Anhängern und nur wenigen vom Glück begünstigten in Frieden ließ. Die Überfallsucht dieser Gruppe feierte bei uns wahre Orgien. Es gibt wohl wenig Volksgemeinschaften auf der Welt, in welchen, wie bei uns, eine

kleine Gruppe der Intelligenz es vermocht hätte, durch die Rücksichtslosigkeit ihrer Angriffe den ganzen übrigen Rest einzuschüchtern und zu terrorisieren, so daß schließlich niemand mehr wagte, ohne Erlaubnis etwas zu sagen. Es würde sich zum ewigen Gedächtnis lohnen, die direkt unerhörten Fälle der Behandlung ernsthaftester Menschen und Dinge seitens dieser Gruppe, wenn auch kurz, aufzuzählen.

Wie hat man doch die Bischöfe und die Kirchenbehörden angegriffen! Dem Herrn Erzbischof Witowski ist sogar ein Strich zugeschiedt worden! Den Fürsten Ferdinand Radziwill bewarf man direkt mit Schmutz. Was stellte man gegen den Adel auf, der im Jahre 1913 aus Poseners Schloß gegangen war! Den Kammerherrn v. Jackowski attackierte man in unerhörter Weise zu wiederholten Malen, als er z. B. in einer Versammlung in Pudelwitz sich für den König erklärte, und dann später wegen der Fahne auf dem „Bazar“. Ebenso den Grafen Ignaz Mielzynski! Wie boykottierte man den Präses Herrn Szuldrzynski! Was schrieb man nicht gegen Herrn Alfred von Chlapowski auf Bonikowo! Wie beschimpfte man rücksichtslos den „Nationalen Verband“! Was schrieb man gegen das „Bürgerliche Kasino“! Ein ganzes Buch könnte man schreiben über die jahrelangen maßlosen Angriffe auf Politiker aus anderen Gebiets teilen, wie z. B. Herrn Adam Napieralski, seine schlesischen Zeitungen und die Abgeordneten, und nicht minder gegen Herrn Viktor Kulerski! Was stellten manche Zeitungen gegen Herrn v. Lipski aus Gorko auf! Man griff den greisen Fraktionsvorsitzenden Herrn v. Czarlinski und den Arbeiterabgeordneten Herrn Nowicki an, weil sie sich im Parlamente nicht nach dem Kommando der Gruppe richteten. Man griff den Abgeordneten Geistlichen Brandys, den Prälaten v. Jazdzewski, den Herrn Leo v. Zoltowski aus Niechanowo an. Man verhinderte das Zustandekommen des „katholischen Tages“ in Posen im Jahre 1913 deshalb, weil der Vorsitzende des Komitees, Herr Kasimir v. Chlapowski aus Kopaszewo war, der auf dem Schloß gewesen ist. Man griff den Herrn Sigmund v. Chlapowski aus Turev an, als nicht er, sondern andere seine Kandidatur bei den Wahlen aufstellen wollten. Man griff so würdige und hervorragende Geistliche an, wie die Herren Prälat Hozakowski, Geppert und Kantak. In welcher Weise und wie oft griff man Herrn Stanislaus v. Turno an! Man griff den Kammerherrn Sigmund v. Kurnatowski und den greisen Grafen Mieczyslaus Kwilecki an.

Das war die Tradition der Überfallspolitik vor dem Kriege. Als der Krieg ausbrach, die polnische Frage auftauchte und die unabhängige Presse anfing, sich eifrig damit zu beschäftigen, verkündigte die Gruppe den Grundsatz, daß nicht polemisiert werden dürfe, wandte aber diesen Grundsatz nur gegen andere an. Sie selbst polemisierte, ohne Rücksicht auf die veränderte Sachlage, weiter. Was schrieb man nicht von Anfang des Krieges an gegen Herrn Napieralski, wie behandelte man Herrn Kulerski! Man wollte ihm sogar den Zutritt zur Fraktion verwehren! Man griff den „Goniec Wielkopolski“ und Herrn Grafen Kwilecki namentlich wegen seiner Broschüren an. Den Fürsten Lubiecki griff man an, als er eine Zeitung begründete, und zwar noch vor der Gründung, und später dafür, daß er nach Bulgarien gefahren war. Man begrüßte gehässig die noch nicht erscheinende „Gazeta Narodowa“ in Posen, wahrscheinlich deshalb, weil zu ihren Gründern der Kammerherr v. Jackowski und die Verfasser von Broschüren und Publikationen Fürst Olgierd Czartoryski, Graf Szuldrski und Graf Franz Kwilecki gehörten.

Manche Zeitungen der Gruppe griffen seit Beginn des Krieges die ganze polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses an und zeigten sich empört, als die von der Gruppe unabhängige Presse ihrerseits sich mit kritischen Hinweisen an die Fraktion wandte.

Noch vor Kurzem wurde unsere Zeitung in direkt unerhörter Weise durch ein früher sehr nützliches Volksblättchen in Posen angegriffen. Wir reagierten nicht auf diesen Angriff; da wir wußten, aus wessen Feder er stammt, hielten wir eine Antwort für unserer nicht würdig.

Die Gruppe versucht es, den Terrorismus aus der Zeit vor dem Kriege auch während des Krieges zu befestigen. Der Artikel des „Dziennik Rujawski“ ist demnach sehr zeitgemäß. Und doch muß auch er zu Angriffen gegen die von der Gruppe unabhängigen Blätter dienen. Der „Dziennik Berlinkski“ hat ihn in Nr. 177 abgedruckt, aber mit einem Kommentar versehen, der einen Angriff gegen Andersdenkende enthält. Eine traurige Erscheinung!

Wir können auch das große Geheimnis verraten, daß gerade diese Überfallsucht, die Rücksichtslosigkeit und dieser Terrorismus gegen die Majorität der Allgemeinheit in Schlesien, Westpreußen und Posen der Hauptgrund zur Gründung unserer Zeitung gewesen ist, und daß die bereits früher existierenden Zeitungen immer energischer auf ihre Rechte pochen. Angeblich wird gegenwärtig in der Schmiede der Gruppe an einer Schmähschrift gegen Andersdenkende gearbeitet.

An die ausländische Presse werden von Freunden der Gruppe schmähchriftartige Artikel gegen die Presse in Preußen versandt, die die Mehrheit bildet, aber auf das Kommando der Gruppe nicht hört. Dieser Terrorismus wird aber diejenigen, gegen die er gerichtet ist, nur zu weiterer Arbeit am Wohl der Allgemeinheit aneifern. Das nehmen gewiß auch diejenigen wahr, deren Augen bis jetzt geschlossen sind, wer die Solidarität zerschlägt, wer die polnische Fraktion terrorisiert, sogar dann, wenn es sich um die Verteidigung des Papstes handelt, wer jedes freie Wort in der Presse und in Broschüren bekämpft.

Wir wünschen keine Polemik. Wir würden ihr viel lieber aus dem Wege gehen; aber dem Terrorismus der Gruppe werden wir uns nicht ergeben, und auch andere werden sich nicht ergeben. Herr Kulerski hat ein anderes Kolorit als wir. Aber in der letzten Zeit hat er der Gruppe gezeigt, daß er sich vor ihr nicht fürchtet und hat ihre Bestrebungen, das Kommando über die Allgemeinheit an sich zu reißen, treffend charakterisiert. Ebenso der „Goniec“ und die schlesische Presse und verschiedene Lager.

Wir leben in einem demokratischen Zeitalter. Die Versuche der Beherrschung der Mehrheit durch die Minderheit werden nicht gelingen. Die Gruppe in Schlesien ist vollständig besiegt, die in Westpreußen ebenfalls. Sie tröstet sich damit, daß sie im Großherzogtum siegen wird, da sie einen Teil der Intelligenz für sich hat. Aber auch hier wird ihr Übergewicht nicht von Dauer sein. Immer mehr Faktoren gibt es, die von ihr unabhängig sind. Und schließlich wird es damit enden, was bereits längst hätte sein sollen: mit der Freiheit der Meinung und Solidarität in der Liebe zur öffentlichen Sache.

Unsere Zeitung wird sich gern auf das Terrain der Eintracht stellen. Wir haben dafür bereits Beweise darin gegeben, daß wir grundsätzlich das Recht der Existenz anderer politischer Gruppen, z. B. der Nationaldemokratie, anerkennen. Wir wollen keinen niederkämpfen, niemanden bekämpfen wir grundsätzlich. Wir behalten uns das Recht der Kritik vor, wenn es das Wohl der Allgemeinheit nach unserer Überzeugung verlangt. Wir verachten den verabscheuungswürdigen Opportunismus, der die öffentliche Sache dem Eigennutz, dem materiellen Vorteil opfert. Wir verachten das Streben nach Popularität und Abonnentenzugang und das Schmeicheln zugunsten der Richtung, von der man annehmen kann, daß sie weniger Opposition und weniger Angriffe hervorrufen wird. Wir gehen

unentwegt unseren Weg weiter, aber erkennen die Freiheit der Meinung auch bei anderen an. Die Gruppe bestreitet die Daseinsberechtigung allen denjenigen, die nicht auf sie hören. So bestreitet sie auch uns das Daseinsrecht, wie sie es mit der katholischen Volkspartei in Westpreußen und mit der schlesischen Volkspartei tut. Wir hingegen, getreu unseren Grundätzen, bestreiten der Nationaldemokratie nicht die Daseinsberechtigung. Wir wünschen nur, daß ihr Terrorismus aufhöre.

Über die verständigen und besonnenen Elemente der Nationaldemokratie haben wir uns wiederholt wohlwollend geäußert. Mit dem Vizepräsidenten der Reichstagsfraktion Herrn Vladislav Seyda sind wir gewiß nicht durch Parteizusammengehörigkeit verbunden. Aber wir erkennen die Aufrichtigkeit seines Charakters, seine oft bewiesene politische Besonnenheit und wahre und wirkliche Liebe zur Allgemeinheit an. Wir freuen uns herzlich, daß er vor einiger Zeit durch einen Titel ausgezeichnet worden ist, wie auch ein anderer Abgeordneter der Linken, Herr Dr. Dąbski aus Graudenz.

Wir konstatieren es ohne Reiz, daß in diesen und anderen Fällen Nationaldemokraten und ihr Nahestehende seit Ausbruch des Krieges von der Regierung durch Titel ausgezeichnet worden sind. Der Abgeordnete Herr Sigmund Seyda hat eine amtliche Stellung erhalten....

Dies alles ist für uns erfreulich, besonders aber, wenn wir Beweise der Besonnenheit und des politischen Sinnes auf der Seite der Linken sehen, die der Gruppe angehört oder ihr nahesteht.

Es geht uns um das Land und die öffentliche Sache. Je mehr gute Faktoren darin enthalten sind, desto besser ist es. Wenn die Nationaldemokratie eine solche Stellung einnehmen wird, daß man in Frieden mit ihr auskommen kann, dann werden wir gern mit ihr zusammengehen. Aber wir wünschen, daß der Friede auf dem Fundament der Gleichberechtigung aufgebaut wird und nicht auf dem eines einseitigen Terrorismus. In einer so großen, verschiedenartigen und verzweigten Allgemeinheit, wie bei uns in Preußen, müssen verschiedenartige Strömungen existieren. Es kann nicht anders sein. Diskussion muß sein. Aber Daseinsberechtigung haben alle. Der Anreiz und die Ursache der Diskussion darf nur die Liebe zur öffentlichen Sache sein. Es können nicht alle dieselbe Rolle spielen. Daher erfüllen uns solche Ausfälle, wie neulich der des „Dziennik Berlinski“ mit Trauer. Wir verlangen nicht von ihm, daß er im Sinne unserer Parole schreibt, aber möge er das Stimmrecht nicht anderen absprechen.

Aus Nr. 97 des Glos Lubawski Löbau
vom 15. August 1916.

An die aus ungewisse Wiedergabe des Artikels der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, in welchem die Lebensmittelfrage erörtert und anempfohlen wird, wenigstens einen Teil der Bevölkerung aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten auszusiedeln, knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

Soviel die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Es durchrieselt einen Kaktus, wenn man diese Art scheußliche Ideen liest, die auch die konservativ-alldeutsche Tageszeitung gutheißt.

Welcher Mut gehört dazu, solche Artikel zu schreiben! Ein Mensch, der solche Dinge schreibt, besitzt wenig Menschenliebe und noch weniger Verstand.

Es steht fest, daß das Ausland alle Ideen dieser Art eifrig notiert. Dem deutschen Volke hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ mit der Veröffentlichung ihres Artikels — einen Vörendienst erwiesen.

Aus Nr. 179 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. August 1916.

Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im zweiten Kriegsjahr.

I.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes teils im zweiten Kriegsjahr haben im allgemeinen keine große Änderung erfahren. Den Verlusten infolge Verwüstung durch den Krieg nicht unmittelbar ausgelegt, tragen wir doch mit dem Reste der Monarchie die Last des Krieges, und wir sind bemüht, in der allgemeinen Umgestaltung des sozialen, wirtschaftlichen Lebens uns mit möglichst wenigen Verlusten für uns einzurichten. Allmählich sind die Änderungen festgelegt, die durch die Umwälzung des Krieges hervorgerufen worden sind, und was im ersten Jahre des Krieges noch zu den Überraschungen und Experimenten gezählt wurde, beurteilen wir heute vom Standpunkt der zweijährigen Erfahrung aus. Der gegenwärtige Kriegszustand ist, um uns paradox auszudrücken, in den Abschnitt normaler Entwicklung eingetreten.

Diese allmähliche Evolution der Verhältnisse macht sich auch unserer großen wirtschaftlichen Organisation bemerkbar, dem Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Ein Zeugnis ist der unlängst herausgegebene Bericht des Verbandes, der 44. in der Reihe der Berichte.

Wenn wir ihn aufmerksam durchsehen, werden wir in den Zahlen alle diejenigen Merkmale ausgedrückt finden, die in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in die Augen springen, also ein Stillstand im Handel und Gewerbe, eine lebhafteste Bewegung in der Landwirtschaft, eine Anhäufung von Kapitalien in den Bankinstituten und ein prüfendes Abwarten, was die von einer undurchdringlichen Decke verhüllte Zukunft bringen wird.

Seit drei Jahren ist der Zuwachs neuer Genossenschaften im Verlande nur elf, nicht deshalb, weil man die Gründung neuer Genossenschaften nicht bewirken konnte und weil kein Platz für sie wäre, sondern natürlich aus dem Grunde, weil Kriegzeiten eine größere Vorsicht bei der Gründung neuer Institute empfehlen. Eine Verleijung der Arbeit in dem Verlande, die Notwendigkeit der Fürsorge über die 298 bestehenden Genossenschaften bot der Verbandsleitung ein genügendes Arbeitsfeld, zumal die Konfusse der Landgenossenschaft in Mogilno und der Volksbank in Thorn eine ernste Warnung bildeten.

Der Einfluß der spezifischen wirtschaftlichen durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse hat sich in der Tätigkeit des Zentralverbandesinstitutes, in der Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften bemerkbar gemacht. Die Verminderung der Umsätze, der laufenden Rechnungen mit den Genossenschaften und Privatpersonen, der Umsätze der Wechselkonten, der Effektenkonten usw. um nahezu 134 Millionen Mark, und im Gegensatz hierzu die Vergrößerung der Umsätze auf den Bankkonten um mehr als 46 Millionen Mark, dies alles ist die Folge des wirtschaftlichen Stillstands im Handel und Gewerbe, der mit dem Ausbruch des Krieges begann, und zugleich der unaufhörlichen Anhäufung von Kapitalien, welche in einer munteren und dreisten Unternehmung keine Anlage finden. Wenn demnach die Bilanzsummen der Bank um mehr als 36 Millionen größer sind, als im Vorjahre, so erklärt sich dies durch einen außerordentlichen Zufluß an Depositengeldern, welche um 80,16% gestiegen sind und im Dezember die Summe von 81 218 083,96 Mark erreicht haben. In dem Bericht der Direktion der Verbandsbank tritt die Sorge um die Erhaltung der Leistungsfähigkeit dieses Zentralinstituts für den Fall eines großen Bedarfs

an Kapitalien nach dem Kriege in Erscheinung. Man suchte dies dadurch zu erreichen, daß man es vermied, langfristige Darlehen zu gewähren, dagegen Kapitalien in den großen Berliner Banken zu einem zwar niedrigen Zinsfuß unterzubringen, aber in Banken, die jederzeit zur Verfügung stehen. Ein gewisses Wagnis bildet in Anbetracht dessen, daß nach dem Kriege alle Werte schwankend sind, die Unterbringung von Kapitalien in Effekten.

Bei dem Ankauf von Effekten ist die Verbandsbank nach der eigenen Versicherung vorsichtig verfahren, aber sie verhehlt die Tatsache nicht, daß „sogar so sichere Effekten, wie die unsrigen, unter denen sich kein einziges Spekulationspapier befindet, sondern die sich ausnahmslos nur aus auf die sichersten Grundlagen gestützten Wertpapieren zusammensetzen, beim Kauf- und Verkaufs-Angebot an der Börse einer stetigen Herabsetzung unterliegen“. Daher ließ sich auch die Verbandsbank bei der Beurteilung der Börsenwerte von Vorsicht leiten, um Überraschungen in der Zukunft zu vermeiden.

Die allgemeine Ziffer der Herabsetzung des Werts des Effektenportefeuilles im Verhältnis zu dem Effektenwert vom Dezember 1914 hat die Bank auf 346 097,43 Mark festgelegt. Nichts destoweniger verbleiben zur weiteren Verteilung 315 000 Mark, wovon die Direktion für die Dividende 4% vorschlug. Dies beweist die große Vorsicht der Personen, welche dieses Zentralinstitut leiten, das gleichzeitig anderen Genossenschaften als Beispiel dient, daß sie in den heutigen kritischen Zeiten ihre Gelder nicht unter die Genossen zerstreuen, sondern beständig darauf bedacht sind, die Grundlagen des Instituts durch sorgfältige Vermehrung der Reservefonds und durch Abschreibungen zu stärken. Beachtung verdient auch der Standpunkt, welchen die Direktion der Verbandsbank in der Frage der Unterbringung der Kapitalien im Interesse des Kredits eingenommen hat.

„Ein Bankinstitut, welches in den heutigen Zeiten sein überschüssiges Bargeld in mehr oder weniger nicht mobilen Kreditgeschäften unterbringt, um seine Deponenten höhere Zinsen zu zahlen, setzt sich und seine Klienten der Gefahr aus, daß sie beim Eintritt friedlicher Zeiten überhaupt nicht in der Lage sein wird, ihren Deponenten die bei ihr hinterlegten Kapitalien auszuzahlen, wenn sie ihre Rückzahlung fordern werden. Diejenigen Deponenten, welche heute nach einem höheren Prozentsatz jagen, haben daraus zwar eine höhere Einnahme, aber sie müssen ernstlich damit rechnen, daß sie später nur mit Schwierigkeiten ihre für längere Zeit immobil gemachten Kapitalien zurückerhalten werden“.

Das ist zweifellos die allgemeine Orientierungslinie, welche durch die ganze Verbandsorganisation geht, wenigstens im Sinne der Leiter der Organisation. Die Zentralverbandsbank illustriert besonders deutlich die Einflüsse der Kriegslage auf die ganze Organisation unserer Genossenschaften. Ein Blick auf das Ergebnis der Tätigkeit des ganzen Verbandes im verflossenen Jahre wird dies besser beleuchten.

II.

Als unzweifelhafte Erscheinung der Kriegsergebnisse fällt in dem Bericht des Verbandes der bedeutende Rückgang der Mitgliederzahl sehr auf. Noch im Jahre 1913 betrug der Zuwachs an Mitgliedern 5000, das folgende Jahr brachte nur noch 2700 neue Mitglieder. Im Berichtsjahr ist die Mitgliederzahl um 3000 zurückgegangen. Der Verband verlor Jahr für Jahr eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern infolge ihres Austritts, und in den Zeiten vor dem Kriege war dieser Rückgang sogar so, daß er sich von dem Berichtsjahr nicht allzusehr unterschied. Früher glich aber den Verlust der Zugang neuer Mitglieder aus, der gegenwärtig ausblieb. Dies erklärt den Mangel neuer

Kreditgeschäfte, was wiederum aus dem allgemeinen wirtschaftlichen Stillstand folgt. Falsch urteilen würde also, wer diese Erscheinung durch ein Mißtrauen gegen den Verband erklären wollte. Waren doch solche Fälle häufig, daß zahlreiche Mitglieder, besonders unter den Landwirten, nach Abzahlung ihrer Schuld aus der Genossenschaft hätten austreten können, es aber doch nicht taten. Die Mitgliederzahl ist auch zurückgegangen infolge größerer Sterblichkeit und infolge Ausschlusses solcher, welche die vorgeschriebenen Raten des Geschäftsanteils nicht zahlten.

Nach dem, was wir schon im ersten Artikel gesagt haben, braucht nicht erklärt zu werden, warum der Bericht einen großen Zufluß von Depositionskapitalien in die Genossenschaften aufweist. Im Jahre 1913 betrug dieser Zuwachs 22 Millionen, im nächsten Jahre etwas weniger, nämlich 15 Millionen, dagegen stieg er im Jahre 1915 auf 35 Millionen. Auf Grund des Berichtes, welcher diesen Zuwachs nach der Höhe der eingezahlten Summen darstellt, läßt sich leicht feststellen, daß die Zahl der kleinen Deponenten geringer geworden ist. Die nicht wohlhabenden Schichten sind in diesen schweren Zeiten gezwungen, vom ersparten Groschen zu leben, für ein Sparen sind also die Bedingungen für sie nicht gegeben. Was an bedeutenderen Summen eingeht, sind Ersparnisse der Landwirte, welche in Kriegszeiten die Erzeugnisse ihrer Arbeit verkaufen konnten und mußten, ohne zugleich die Möglichkeit zu haben, Gelder zu Meliorationszwecken zu verausgaben, insofern, als künstliche Düngemittel usw. schwer erhältlich sind. In diesen 35 Millionen steckt auch ein Kapital der kaufmännischen Kreise, welche Ware verkauften, die Bevölkerung daran gewöhnten, bar zu zahlen und die rückständigen Forderungen tatkräftiger einzogen als früher. Man darf sich jedoch trotz eines solchen ersparten Kapitals nicht rosigem Illusionen hingeben. Wir treiben gegenwärtig, drastisch ausgedrückt, „Raubwirtschaft“, der ersparte Groschen sind Werte, welche bis jetzt außerhalb der Wirtschaft, in den Ställen und auf den Feldern ruhten. Nach dem Kriege werden die Ersparnisse rascher verschwinden, als sie sich angehäuft haben.

Zum Glück ist, was der Bericht zum ersten Mal widerspiegelt, das Verhältnis der kurzfristigen Depositionen zu den langfristigen sehr günstig. Angelegt wurden nur 26½ Millionen bei kurzer Kündigung gegenüber 292½ Millionen Depositionen, welche eine längere Kündigung erfordern. Daher ist die Gefahr der Unmöglichkeit, den Verpflichtungen nach dem Kriege nachzukommen, für die ungeheure Mehrheit der Genossenschaften minimal.

Da infolge des Stillstands die Kreditbewegung nachgelassen hat, konnten die Umsatzzsummen der Wechsel, welche diese Bewegung wieder spiegeln, nicht wachsen. Im Jahre 1913 waren Wechsel für 273 Millionen, im folgenden Jahre für 282 Millionen, das Jahr 1915 weist die Summe von ungefähr 279 Millionen nach.

Zurückgegangen sind auch die Bankdarlehen, und zwar haben die Darlehensgenossenschaften die Schulden in den Banken fast ganz abbezahlt. In fast unveränderter Höhe sind die Geschäftsanteile geblieben, welche den Betrag von 29,3 Millionen Mark ausweisen; den gewöhnlichen Zuwachs stellen die Reservefonds dar in der Gesamtsumme von über 20 Millionen Mark. Trotz dieser Zunahme der Reserven verschlechterte sich das Verhältnis des eigenen Kapitals zum fremden bei den Kreditgenossenschaften erheblich infolge des unerheblichen Zuwachses der Geschäftsanteile.

Am besten stellte sich dieses Verhältnis im Jahre 1914 dar, nämlich wie 1 zu 6,73, im Berichtsjahre dagegen wie 1 zu 7,26. Es verschlechterte sich auch bei den Landgenossenschaften, dagegen verbesserte es sich bei den Rolniks und anderen Genossenschaften.

Der Gesamtumsatz ist trotz des Stillstandes bedeutend zurückgegangen, von 1,317 Milliarden auf 1,275 Milliarden Mark.

Wenn wir die Gewinn- und Verlustkonten der einzelnen Kategorien der Genossenschaften betrachten, muß man feststellen, daß die Landgenossenschaften deren es 16 gibt, sich immer noch in dem Zustand einer schweren Krise befinden, da sie Geldvorräte eben in nicht durchaus sichern Immobilien und Hypotheken besitzen. Langsam schreitet der Prozeß der Liquidation vor. Kolniks nennt der Bericht 63. Ihre Entwicklung hat gegenwärtig augenscheinlich günstige Bahnen betreten. Die kräftige Hand des Patronats hat allmählig das beieitigt, was bei ihnen ungesund war und Zerlegung schien. Der Kriegszustand hat für diese Kategorie von Genossenschaften eine reichliche Ernte gebracht und ihnen dauernde Grundlagen der Arbeit in der Zukunft gesichert. Es bestehen jedoch Genossenschaften, deren Vorstandsmitglieder sich die Art der Arbeit nach streng kaufmännischen Grundsätzen noch nicht angeeignet haben. Dies rührt überwiegend daher, weil dort Nichtfachleute arbeiten, die sich natürlich nicht rasch und rücksichtslos beseitigen lassen.

Der ganze Verband steht durch seine innere Geschlossenheit und Solidarität, steht durch Grundsätze da, die er sich auf den Verbandstagen selbst vorzeichnet hat und die von den einzelnen Genossenschaften besser oder schlechter ausgeführt werden. Es ist heute unbekannt, was uns die Zukunft bringen wird, wie namentlich die riesige, durch den Krieg hervorgerufene Umwälzung auf diesen unseren Stolz auf wirtschaftlichem Gebiete einwirken wird. Das ist jedoch sicher, daß nicht eine fruchtlose Erforschung der Geheimnisse der Zukunft, sondern harte, beständige und verständige Arbeit die beste Stütze für ihn sein wird.

Aus Nr. 96 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 10. August 1916.

Der Verband unserer Erwerbs- und Wirtschafts- Genossenschaften.

Vor uns liegt der 44. Jahresbericht des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften für die Provinz Posen und Westpreußen, ein umfangreicher Band, der 60 und einige Druckseiten umfaßt. Oberflächlich beurteilt hat sich bei uns nichts geändert. Das wirtschaftliche Leben, dessen kräftiger Ausdruck unsere Genossenschaften sind, geht seinen alten Gang. Das Verbandsinstitut arbeitet in normaler Weise.

Die letzte Ansicht ist richtig. Der Verband der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften arbeitet in normaler Weise, indem er sich den Änderungen anpaßt, die durch den Krieg hervorgerufen worden sind. Nach dieser Richtung hin sollte der Verband vielen polnischen Organisationen als Beispiel dienen, insbesondere aber denen, in welchen der Krieg eine solche Verwirrung angerichtet hat, daß monatelang jede Arbeit brach lag, so, daß sie heut noch kaum im Stande sind, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Für diese Ruhe, mit welcher die oberste Instanz im Verbande, das Patronat, mit sicherer Hand die Genossenschaften in einer Zeit zu leiten wußte, wo alles den Kopf zu verlieren schien, gebührt dem Patronat höchste Anerkennung. Dieser Ruhe und Sicherheit verdanken wir es, daß heute nach 2 Kriegsjahren der Bericht des Verbandes keine bedeutenden Verluste, sondern im Gegenteil in gewisser Hinsicht sogar Fortschritte aufweist.

Einer der wichtigsten Fortschritte ist die Zunahme der Reservefonds in den einzelnen Genossenschaften. Im Vergleich zum Jahre 1914 haben sich die Fonds

um annähernd 1,6 Millionen Mark erhöht, so daß sie am Ende 1915 über 20 Millionen Mark betrugen. Man muß berücksichtigen, daß vor 10 Jahren die Reservefonds unserer Genossenschaften kaum den vierten Teil der gegenwärtigen Summe ausmachten. (Im Jahre 1905 beliefen sich die Reserven auf 5 384 44 M.). Ein rascherer Fortschritt nach dieser Richtung hin ist erst seit 8 Jahren wahrzunehmen, und ungefähr gleichlaufend erhöhten sich seit dieser Zeit auch die Anteilziffern, die gleichfalls das eigene Grundkapital unserer Genossenschaften bilden. Die Höhe der Anteile betrug in unseren Genossenschaften im Jahre 1915 29 331 181 M. Ihre Zunahme ist im Verhältnis zum vorhergehenden Jahre allerdings nur klein, denn sie beträgt kaum 36 565 M. Man muß aber berücksichtigen, daß gleichzeitig auch die Zahl der Mitglieder um 3679 (von 149 141 auf 145 462) gesunken ist. Im Grunde genommen ist mithin die Zunahme der Anteile bei der durch den Krieg bedingten Abnahme von Mitgliedern ziemlich bedeutend.

Bedeutend zugenommen haben auch die Depositen, mithin also das Konto, das den Spargroschen unserer Volksgesamtheit darstellt. Es ist von 284 auf 319 Millionen, mithin um 35 Millionen gestiegen. Mit dieser Summe können wir uns allerdings nicht besonders rühmen. Der verstorbene Patron Wawrzyniak sagte auf einem Verbandstag, daß wir auf die Höhe der Depositen nur dann stolz sein könnten, wenn sie von kleinen Leuten herrührten, die ihre Spargroschen in die Bank tragen. Größere Kapitalien dagegen müßten in unseren Betrieben, mithin also in der Landwirtschaft oder in der Industrie angelegt werden, da sie dann dem Besitzer bedeutend größere Zinsen und der ganzen Volksgesamtheit bedeutend größere Vorteile bringen. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß an den oben angeführten 35 Millionen Mark kleine Sparer gewiß beteiligt sind. Sie sind vom Kriege am meisten betroffen und konnten nicht nur nicht sparen, sondern mußten im Gegenteil, soweit sie Ersparnisse besaßen, aus ihnen schöpfen. Diese 35 Millionen Mark sind ein Kapital, das die Kriegsverhältnisse nicht gestatteten in der Landwirtschaft, in Geräten usw. anzulegen und das die Besitzer, wenn normale Zeiten eintreten, notwendig gebrauchen werden, sei es für den Ankauf von künstlichen Düngen und Futtermitteln, von Inventar u. dergl. Dieses Geld befindet sich mithin nur vorübergehend in dem Besitz unserer Banken und wird nach dem Kriege aus ihnen zum größeren Nutzen der Besitzer spurlos verschwinden.

Im Zusammenhang mit der Zunahme dieser Art Depositen, mit welchen die Banken äußerst vorsichtig umgehen müssen, weil sie über sie nicht frei verfügen und sie in langfristigen Krediten nicht anlegen können, steht gleichfalls die Erhöhung der allgemeinen Bilanzsumme um über 29½ Millionen Mark auf 389½ Millionen Mark.

Die Zahl der Genossenschaften im Verbande hat sich nach dem Bericht nur um drei erhöht, die Kreditbank in Lissa und die Kolniks in Krotoschin und Schroda.) Da aber aus dem Verbande infolge Konkurses zwei Genossenschaften (Spółka Ziemska in Mogilno und Bank Ludowy in Thorn) ausgeschieden sind, zählt der Verband insgesamt 298 Genossenschaften, mithin also nur eine mehr, als im vorigen Jahre.

Soviel aus dem Bericht des ganzen Verbandes. Über sein Herz und Hirn, die Verbandsbank der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, werden wir einiges im nächsten Artikel schreiben.

Aus Nr. 15 des Glos Górnika (Bochum)
vom 10. August 1916.

Die Gewerkschaften und der künftige Frieden.

IV.

Eine der wichtigsten Reformen nach dem Kriege ist das Versicherungswesen. In den Vordergrund tritt hier die Krankenversicherung. Bekanntlich stehen die Kassen unter der Verwaltung der Ausschüsse und Vorstände, zu denen die Versicherten zwei, die Arbeitgeber ein drittel wählen. Augenscheinlich ist dies gerecht. Handelt es sich aber um wichtigere Beschlüsse, dann müssen beide Parteien für sich besonders stimmen. Daraus geht hervor, daß schon $\frac{1}{6}$ der Vorstandsmitglieder, d. i. die Hälfte der Arbeitgebervertreter die Beschlüsse der übrigen $\frac{5}{6}$ Mitglieder illusorisch machen kann. Diese Neuheit hat die Reichsversicherungsordnung eingeführt, sie sollte gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein. Alle politischen Nebenabsichten hemmen indes den Fortschritt. Die Bestimmungen über die getrennte Abstimmung müßten im Interesse der Versicherten, die allein über ihr Schicksal zu entscheiden hätten und die den Löwenanteil der Kosten tragen müssen, aufgehoben werden.

Weitere Zweifel lassen die Mängel der Reichsversicherungsordnung in bezug auf den Wöchnerinnenschutz aufkommen. Ehefrauen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben keinen Anspruch auf Beihilfen, ihre Gewährung hängt von den Beschlüssen und Satzungen der Ortskrankenkassen ab. Wenn wir bedenken, welche große Bedeutung der Schutz des menschlichen Lebens hat, dann müssen wir entschieden fordern, daß man bei den Säuglingen mit diesem Schutz den Anfang macht. Hier sollte man mit den Reformen beginnen.

Unsere dritte Forderung ist die freie Arztwahl. Die unfreiwillige Zuweisung der Ärzte durch die Kasse liegt weder im Interesse der Kranken noch in demjenigen der Ärzte selbst. Der Kranke kann sich nicht durch einen Menschen behandeln lassen, zu dem er kein Vertrauen hat. Andererseits steht der Arzt im Abhängigkeitsverhältnis zu den Krankenkassen, die sehr oft die Höhe der Preise für die Medikamente vorschreiben.

Über viele andere Übelstände wollen wir uns hier nicht verbreiten, denn das würde zu weit führen.

Bei der Altersversicherung hat man im Kriege eine Änderung infolgedessen eingeführt, als die Rente bereits vom 65. Lebensjahre ab zahlbar ist. Die Herabsetzung der Altersgrenze verdanken wir in erster Linie der zielbewußten Agitation der Berufsverbände. Es handelt sich um einen schönen Erfolg, mit dem sich die Verbände rühmen können. Die Arbeiter erstreben die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre, was selbstverständlich recht schwierig ist. Wir wollen jedoch hoffen, daß wir auch dies einmal erleben werden. Am schlimmsten ist es mit der Unfallversicherung bestellt. Besonders im Bergfach steht diese Versicherung im schlechten Ruf. Wenn der Arbeiter verunglückt, muß er mitunter jahrelang klagen, bis er eine Rente erhält. Viele Arbeiter verzichten wegen der langwierigen Prozesse und der Kosten freiwillig auf die Rente. Die Berufsgenossenschaften können, da sie über große Fonds verfügen, selbst die verwickeltesten Prozesse weiterführen. Anders der Arbeiter. Es wird oft darauf hingewiesen, daß wenn man die Renten allzuleicht bewilligen würde, es unter den Arbeitern zu einer wahren „Rentenhysterie“ käme. Diesen Ausdruck hat der bekannte Professor Ludwig Bernhard erfunden, der sich in sozialer Hinsicht zu den Reaktiönären zählt. Auch wir geben zu, daß wie überall, auch auf diesem Gebiete Mißbrauch getrieben werden kann. Das rechtfertigt aber nicht die Ausnahme-systeme.

Eine viel größere Bedeutung als die Arbeiterversicherung haben für uns die Maßregeln, welche den Arbeiter gegen Krankheit, Unfall und Not schützen. Die Vorbeugung hat mehr Wert, als die Krankheitsbehandlung, der Schutz gegen Unglücksfälle hat mehr Zweck, als die Zahlung der höchsten Rente. Das ist ein Grundsatz, dem unsere Gewerkschaft von Anfang an gehuldigt hat.

Kinder, Kranke und Erwerbsunfähige stellen in unserer sozialen Bilanz die Passiva dar. Jedes Kind, das frühzeitig stirbt, ist ein Verlust an nationalem Vermögen, jeder Invalide eine Last für das Gemeinwesen. Somit ist der gesundheitliche Schutz des Menschen die erste Aufgabe einer jeden Sozialpolitik. Der bekannte Sozialpolitiker Dr. Poßhoff hat festgestellt, daß in den letzten Jahren die Bergarbeiter zwei Jahre früher als sonst arbeitsunfähig waren. Was bedeutet das für die Sozialwirtschaft? Wir wollen annehmen, daß in Deutschland rund 300 000 Bergleute vorhanden sind. In zwei Jahren bedeutet dies $2\frac{1}{2}$ Milliarde veräumte Arbeitsstunden. Andererseits betragen die Kosten der Invalidenversorgung 400—500 Millionen Mark. Wenn man somit die Kraft des Arbeiters rücksichtslos ausbeutet, so ist dies ein Verbrechen gegen das eigene Gemeinwesen. Diesem Raub sollen die sozialen Gesetze ein Ziel setzen. Verkürzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Verbot der Nachtarbeit usw., dies alles setzt die Leistungsfähigkeit des Arbeiters nicht herab, sondern es erhöht sie. Die Sozialpolitik ist also keine zwecklose, sondern eine recht rentable Kapitalanlage, wie man sich eine bessere kaum vorstellen kann.

In Deutschland sterben jährlich 300 000 Säuglinge. Die Kosten für Wochenbett und Beerdigung allein betragen mindestens 100 Millionen Mark. Die Zahl der Kinder, die im Alter bis zu 5 Jahren sterben, beträgt 600 000, was ziffernmäßig einen Verlust von einer Milliarde Mark darstellt. Worauf ist nun diese erschreckende Kindersterblichkeit zurückzuführen? Nun, darauf, daß wir keinen genügenden Wöchnerinnenschutz haben, daß die Frau infolge der beruflichen Arbeit die Pflichten der Mutter vernachlässigt, weil sie Brot verdienen muß.

Vor dem Kriege war die Zahl der Unglücksfälle z. B. im Bergfach erschreckend hoch. Schuld daran waren die unzureichenden Vorsichtsmaßregeln und auch der Umstand, daß die bestehenden Schutzvorschriften nicht immer befolgt wurden. Nach der großen Katastrophe auf der Zeche Radbod entschloß man sich endlich dazu, das Institut der Sicherheitsmänner zu schaffen. Diese Einrichtung erwies sich aber als unzulänglich, da die Sicherheitsmänner von den Arbeitgebern zu sehr abhängig sind. Unsere Gewerkschaft hat Verbesserungsvorschläge immer warm unterstützt und stets energisch gefordert, daß die Regierung diese Einrichtung mit besonderen Rechten ausstattet und die gewählten Arbeitervertreter von der Gnade der Arbeitgeber befreit.

Es wurde darauf hingewiesen, daß besonders die polnischen Arbeiter die Gefahren im Bergbau heraufbeschwören, weil sie erstens die Verhältnisse nicht kennen, zweitens die Arbeit sehr oft wechseln und drittens, weil sie deutsche Sprache nicht genügend beherrschen und sich somit mit den Sicherheitsvorschriften nicht vertraut machen können. Und tatsächlich kann man nicht in Abrede stellen, daß der polnische Arbeiter Unglücksfällen leichter zugänglich ist, als der deutsche Arbeiter. Und weshalb? Nun, weil die Bergbehörden sich bis jetzt mit Händen und Füßen dagegen gesträubt haben, daß man die Schutzvorschriften in polnischer Sprache veröffentlicht. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß die den Gewerkschaften gegenwärtig regierungsfreundliche Politik diese Sachlage später doch ändern wird. Wenn

man sich früher gegen die Veröffentlichung der Vorsichtsmaßregeln in polnischer Sprache gesträubt hat, so hatte dies in politischen Rücksichten seinen Grund. Wir fordern, daß dort, wo das Leben und die Gesundheit des Menschen gefährdet sind, die Politik keine Rolle spielt. Soziale Reformen, die eine politische Färbung haben, werden wir leidenschaftlich bekämpfen, denn der Nationalitätenkampf gehört nicht in das Gebiet dieser Reformen. Wir fordern, daß auch die gleichen Vorschriften vom Jahre 1899 in bezug auf die „fremdsprachigen“ Arbeiter ein für allemal verschwinden. Der beste Beweis, daß gerade alle Arbeiter, sowohl die deutschen als auch die polnischen, den Mißbrauch der Sozialpolitik zu anderen Zwecken solidarisch bekämpfen, ist die Haltung der Gewerkschaften, die ähnlichen Gelüsten stets Widerstand geleistet haben.

Die Erzeugungskraft ist der Reichtum einer jeden Nation. Diese Kraft sind die Menschen. Der Mensch ist das größte Nationalvermögen. Sämtliches materielles Gute, Grund und Boden, Maschinen, Gebäude usw. sind nichts im Verhältnis zu dem sozialen Wert des Menschen. Wenn wir also unser materielles Gut auf jede Art und Weise schützen, um wie viel mehr sollten wir das menschliche Leben und die Gesundheit schonen! Daher auch haben wir immer gefordert, daß in schweren Berufen, wie auf Zechen, Fabriken, Kokereien die Arbeitszeit auf die Mindestgrenze herabgesetzt wird. Diese Herabsetzung braucht nicht schablonenartig, sie muß aber ausreichend sein. Die Nachtarbeit ist nur auf die dringendsten Arbeiten zu beschränken. Die Sonntagsruhe ist notwendig und sollte genau innegehalten werden. Die Einrichtung in Fabriken und Unternehmungen muß den hygienischen Anforderungen entsprechen. Es muß zugegeben werden, daß bezügliche Vorschriften schon früher erlassen worden sind. Wir haben auch Gewerbeinspektionen, die jedoch nach unserer Ansicht von Grund auf reformiert werden müßten, wobei natürlich die Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen wären.

Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften die Kinderarbeit stets bekämpfen werden. Jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren sollen noch mehr als bisher Vergünstigungen eingeräumt werden. Der Schutz der in der Industrie tätigen Frauen muß energisch und systematisch durchgeführt werden. Wir wiederholen noch einmal das, was wir eingangs gesagt haben: Der Schutz des Arbeiters hat hundertmal mehr Wert als die Rente und die Versicherung. Das ist der Kardinalgrundsatz aller Sozialpolitik.

Aus Nr. 96 des Glos Lubawski (Löbau)

vom 12. August 1916.

(Gefürzt.)

Plaudereien des Matthäus.

Jetzt will ich die Plaudereien über meinen Aufenthalt in Westfalen fortsetzen. Als ich eines Tages in der Stadt E. nach der Morgenmesse aus der Kirche heraustrat, bemerkte ich in der Ecke der Kirche dicht am Ausgang ein altes Mütterchen, das inbrünstig betete und sich die Tränen mit dem Taschentuche abtrocknete. Ich beschloß, auf sie zu warten, um sie nach dem Grunde ihres Weinens zu befragen. Als ich ein Weilchen wartete, tritt jenes Mütterchen aus der Kirche heraus, und da ich nach ihren Kleidern und dem Gesichtsausdruck zu erkennen glaubte, daß das eine Polin war, redete ich sie polnisch an. — „Warum weint ihr Mütterchen“, fragte ich sie? — Sie erwiderte mir: „Ich bin hierher gekommen, um meinen Sohn zu besuchen.“ — „Woher seid ihr denn gekommen?“ — „Aus der Gegend von Löbau“, antwortete sie. Nachdem ich das letzte Wort gehört hatte, freute ich

mich; ich sagte dem Mütterchen, daß auch ich aus dieser Gegend stamme. Sogleich sagte sie Mut und erzählte mir den Grund ihres Weinens. „Ich habe hier einen Sohn, der in den königlichen Werkstätten arbeitet, und weile nun hier, um ihn zu besuchen. Sicherlich wird dies wohl das letzte mal sein, denn der liebe Gott wird wohl auch mich bald von dieser Welt abberufen, so wie er meine beiden Söhne abberufen hat, von denen der eine in Rußland und der andere in Frankreich fiel. Ich hatte nämlich drei Söhne, und jetzt habe ich nur noch einen, und zwar den ältesten, den zu besuchen ich mir vorgenommen hatte. Ich bin vor zwei Tagen hierher gekommen.“ Ich tröstete sie und sagte ihr, daß sie sich glücklich fühlen und Gott dafür danken könne, daß er ihr wenigstens einen Sohn am Leben ließ. „Ich kenne Familien“ — sagte ich — „die nur einen einzigen Sohn besaßen und auch diesen im Kriege verloren haben.“ „Es waren dies aber“ — antwortete mir die alte Frau — „meine besten Söhne, die innigste Liebe ihren Eltern entgegenbrachten und auch ihrem Glauben und ihrer Sprache treu geblieben waren. Und der älteste ist nicht so. Er hat schon im 16. Lebensjahre seine Eltern und die Heimat verlassen und sich hierher in diese Stadt begeben. Seit dieser Zeit hält er sich auch hier auf und hat sich auch hier verheiratet. Es ist dies noch in seinen jungen Jahren geschehen, und er hat sich, was das schlimmste ist, eine Lutheranerin zur Frau genommen. Sie sind in keiner Kirche getraut worden. So wie sie ohne Glauben sind, so erziehen sie auch ihre Kinder, deren sie drei besitzen. Sie sind nicht einmal getauft worden. Jetzt kann ich mich weder mit seiner Frau noch mit seinen Kindern verständigen. Nur wenn er von der Arbeit zurückkehrt, dann können wir uns unterhalten. Aber auch ihm ist die polnische Sprache nicht mehr so geläufig.“

Um mich zu überzeugen, daß es wirklich so ist, bat mich jenes brave Mütterchen, mit ihr zusammen zu ihrem Sohne zu gehen. Er hatte Nachtschicht und würde wohl jetzt zu Hause sein.

Ich war damit einverstanden, und wir standen schließlich vor dem Hause, in welchem ihr Sohn wohnte. Ich trat ins Zimmer mit dem üblichen Gottesgruß. Darauf antwortete mir ihr Sohn „guten Tag“. Dem Mütterchen traten wieder Tränen in die Augen. Erst als ich mich vorstellte und ihm sagte, daß ich auch aus der Löbauer Gegend sei und hier zu Besuch weile, begann er mit mir polnisch zu reden. Wir sprachen über dies und jenes und hauptsächlich über unsere Heimat. Ich sprach hierbei meine Verwunderung darüber aus, daß er schon in so jungen Jahren seine Eltern verlassen und die Heimat und alle Sitten und Gebräuche vergessen hätte. Habe er denn nie Sehnsucht nach seinen Eltern und nach seiner Heimat empfunden? Habe er sich denn trotz der günstigen Lebensbedingungen unter Fremden glücklich gefühlt? Ein Herz aus Stein müßte ja der haben, der darüber niemals nachdenken würde. Und um so trauriger sei es, daß er sogar, wie man sehe, eine Frau mit einem anderen Glauben geheiratet hätte. Noch schlimmer sei es, daß sie an gar nichts glaube und auch so ihre Kinder erziehe. Welche große Verantwortung habe er doch vor Gott? Und welchen Kummer bereite er erst seinem alten Mütterchen, das er vielleicht zum letzten Male sehe, das gekommen sei, um Abschied von ihm zu nehmen. Sie empfinde schon ohnedies großes Leid, daß sie ihre zwei Söhne im Kriege verloren habe. Er möge wenigstens ihr dieses Leid ersparen und sich belehren, ehe sie der Grabhügel decke. Er möge sich in einer katholischen Kirche trauen lassen und seine Kinder im katholischen Glauben erziehen. Seine Mutter, — sagte ich ihm, — hätte mich darum gebeten, um ihn umso leichter dazu zu bewegen. Er gab mir keine Antwort, war aber beständig tief im

Nachdenken versunken, woraus ich schließe, daß es ihm weich im Herzen wurde. Vielleicht wollte er auch nicht, daß ich dies an seiner Stimme erkennen sollte. Übrigens, was würde alles Versprechen nützen, wenn er später dieses Versprechen doch nicht halten würde?

Es war immerhin ein gutes Zeichen, daß er nicht widersprach und über manche Ausführungen nachzudenken schien.

Deshalb nahm ich Abschied von ihm und sprach die Erwartung aus, daß er seinen Fehler wieder gut machen und dies schon mit Rücksicht auf seine alte Mutter tun würde. Zu seiner Mutter sagte ich beim Abschied, daß ich sie nach ihrer Rückkehr in die Obbauer Gegend besuchen werde, um zu erfahren, ob sich ihr Sohn geändert hätte. Darüber jedoch will ich später erzählen. So haben wir hier wieder ein neues Beispiel, wie so mancher aus unserer Gegend in Westfalen nicht nur germanisiert wird, sondern auch seinen heiligen Glauben einbüßt. Und das sind diejenigen, die in der Heimat keine polnische Zeitung gelesen und sie noch weniger in der Fremde in die Hand genommen haben. Sie sind später in eine andere Umgebung geraten, man hat sie in die sozialistischen Verbände hineingelockt und ihnen eine deutsche Zeitung gegeben. Auf diese Weise sind sie mit der Zeit vollständig germanisiert worden und haben ihren heiligen Glauben eingebüßt. Das soll den Eltern als Mahnung dienen. Mögen sie ihren Kindern fest die Grundsätze ihres Glaubens einprägen und sie im Hause polnisch lesen und schreiben lehren. Dazu eignet sich am besten eine polnisch-katholische Zeitung. Möge es also kein polnisches Haus geben, in dem keine polnische Zeitung vorhanden sein würde. Dafür mögen alle die Landsleute sorgen, denen das Wohl unserer Volksgemeinschaft am Herzen liegt.

Dem Reserve-Unteroffizier von der Balkanfront teile ich mit, daß ich seinen Brief, über den ich mich herzlich gefreut habe, in eine meiner nächsten Plaudereien aufnehmen werde. Für heute entbiete ich dir, lieber Kamerad, einen Gruß, und vergiß unser nicht, deine liebe Sprache, sowie Gott und die allerheiligste Jungfrau, die Dich sicherlich vor der feindlichen Kugel bewahren wird.

Matthäus.

Aus Nr. 221 des Dziennik Polski (Ezenstochau)
vom 13. August 1916.

Eine polnische Bibliothek in deutscher Sprache.

In kurzer Zeit soll in Deutschland unter der Leitung der Herren Wladislaus v. Koscielski und A. v. Guttry eine neue Schrift, betitelt: „Polnische Bibliothek“, erscheinen, die ausgesuchte Werke der hervorragendsten polnischen Schriftsteller und Arbeiten über Polen und seine Kultur enthalten soll. Ihr Zweck soll sein, die deutsche Volksgemeinschaft mit Polen und seinen Fragen, mit seiner Gegenwart und Vergangenheit systematisch bekannt zu machen. Als Mitarbeiter werden genannt: Professor Boloż-Antoniewicz, J. P. Ardeschah, Professor Brückner, Dr. Chłędowski, H. Hofmannsthal, Richard Huch, Professor Leopold Jaworski, Johann Kasprovicz, Professor Koper, Thomas Mann, Gustav Meyrink, Dr. Emil Preetorius, Stanislaus Przybylski, Wladislaus Reymont, Heinrich Sienkiewicz, Kasimir Tetmajer, Professor Volla u. a.

Die Schrift wird in dem Verlage von H. Müller in München erscheinen.

Die polnische Frage im besetzten Gebiet.

Aus Nr. 229 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 19. August 1916.

Auf dornigem Wege.

Wenn die Last der materiellen Opfer auf das ganze Volk ungleichmäßig verteilt worden ist, wenn es noch glückliche Gegenden Polens gibt, die vom Kriege nicht berührt sind und über zwei Millionen Polen jenseits des Ozeans im Frieden leben, so ist die Last der nationalen Sorge, der Gedanke an unsere politische Zukunft, gemeinsam; er bedrückt und erfreut gleichmäßig alle polnischen Seelen auf der Welt.

Wir durchleben wahrscheinlich die schwerste Probe unserer Ausdauer und unserer politischen Reife seit der Zeit Napoleons. Der Verstand und das Herz der Polen mühen sich ab mit der Lösung einer Menge von beunruhigenden Fragen, fast jeder Tag bringt neue Ereignisse und Erscheinungen, die für unser Geschick hundert Mal mehr entscheidend sind, als ganze Jahre der Zeit vor dem Kriege.

Der Fatalismus der jahrhundertelangen Sklaverei hat es auch diesmal bewirkt, daß der riesige Krieg uns geteilt vorgefunden hat, und der Verlauf der militärischen Ereignisse hat eine neue Erscheinung hervorgebracht: die Emigration von beinahe einer Million polnischer Bevölkerung in das Innere Rußlands.

Diese lebt dort schon über ein Jahr unter einer durch den Glauben, die Sprache und die Sitten fremden Bevölkerung, abgeschnitten von dem Lande und ohne zuverlässige Nachrichten aus demselben, zugleich aber verantwortlich gemacht für das, was dort geschieht.

Dornig ist gewiß der Weg, auf dem jetzt unsere Politik in Rußland lavieren muß, und obwohl ihre Vertreter an die größten Schwierigkeiten und schmerzlichsten Enttäuschungen durch die Zeit vor dem Kriege gewöhnt sind, so sind doch diese Schwierigkeiten jetzt in doppelter Weise gewachsen, denn man muß jetzt die Verantwortung tragen für sich und nicht für sich, für das, was man selbst leitet und für das, worauf man keinen Einfluß hat, für Wahrheit und Unwahrheit, für Klatsch, Intrigue und Infimiation.

Die Enttäuschung wird aber um so empfindlicher, wenn zu den sorgfältigsten Berechnungen und Voraussetzungen unerwartete und unvorhergesehene Faktoren hinzutreten, die außer dem Bereich der eigenen Beobachtung entstanden sind.

Vor kurzem brachten wir in einem Artikel unter dem Titel „Die polnische Intrigue“ die Nachricht von einem Rundschreiben, das durch das Ministerium des Innern an die Gouverneure, die Leiter der Hauptpolizeiamter und die höheren Militärs verschickt worden ist und sich auf die polnische Frage bezieht. Das Rundschreiben stellt die verschiedenen Phasen dieser Frage während des Krieges dar und kommt zu dem Ergebnis, daß alle politischen polnischen Gruppen, sogar im Königreich Polen, eine Österreich freundliche Orientierung angenommen haben.

„Die österreichisch-deutsche Agitation — schließt das Rundschreiben — hat ihr Ziel erreicht und schickt sich gegenwärtig zum endgültigen Siege und zur Vernichtung aller Sympathien der russischen Polen für die Idee einer Vereinigung Polens unter dem Protektorat Rußlands an.“

Die Tatsachen, die in dieser eigenartigen Deutschrift enthalten sind, sind zum Teil verdreht, zum Teil unwahr, und wie Lednicki behauptet, absichtlich durch den intriganten Juden Remir fabriziert. Ihr Ziel ist jedoch sehr durchsichtig: die russische Regierung, und wenn nicht die ganze Regierung, so

doch Stürmer oder Chwostow, oder aber einflußreiche Bureaukraten im Lager der Minister suchen einen Vorwand, um gegenüber der russischen öffentlichen Meinung und noch mehr, um gegenüber den Alliierten den dauernden Aufschub und das Zögern in der endgültigen Lösung der Polenfrage zu rechtfertigen.

Das Rundschreiben wurde stark verbreitet, und man veröffentlichte es sogar in der vielgelesenen Zeitung *Niez*, von wo es auch in die Spalten der deutschen Presse gekommen ist. Da die Meinung der Regierung und des russischen Volkes über die polnische Frage von Anfang des Krieges an geteilt, schwankend und dauernder Fluktuation unterworfen war, kann man sich leicht vorstellen, wieviel Schaden uns dieses Rundschreiben angerichtet hat, wie gern es von denjenigen gelesen und kolportiert wurde, die in der Duma die Projekte der Selbstverwaltung dauernd bekämpften, und auch von den Kleineren, denen die Perspektive eines Tausches der einträglichen Posten im „Weichsellande“ gegen neue Posten in den Kosakensteppen oder Wüsteneien als eine tragische Katastrophe ihres verdienstvollen Lebens erschien.

Daß die Last dieser Denkschrift und ähnlicher verleumderischer Insinuationen bei dem Schicksal des Autonomieprojekts Sazanows entscheidend gewesen ist, ist sehr wahrscheinlich.

In welchem Grade die leitenden polnischen Kreise in Rußland mit den Folgen des Rundschreibens rechnen, dafür ist ein Beweis die Verteidigung, die die polnischen Abgeordneten in Petersburg unternommen haben, die persönliche Intervention des Grafen Wielopolski beim Zaren und die Gegendenkschrift Lednickis. Sie alle haben auf die Unwahrheit und Tendenz des ministeriellen Rundschreibens hingewiesen.

Die gesamte polnische Presse in Rußland ist in dieser Angelegenheit mit Erklärungen und Zurückweisungen hervorgetreten, indem sie ihrer Erbitterung kräftigen Ausdruck gab.

Wir bringen den einschlägigen Abschnitt der demokratisch-nationalen *Gazeta Polska*, die in Moskau erscheint:

„Langsam fängt das Spiel der Faktoren, die in letzter Zeit in der polnischen Frage auf russischem Boden gearbeitet haben, an, sich aufzuklären. Die Denkschrift des Ministeriums des Innern, welche die Polen in ihrer Gesamtheit anklagt und zwecks Information den Gouverneuren und höheren Militärpersonen zugesandt worden ist, beleuchtet grell die Situation, in der sich im gegebenen Augenblick diese Frage auf dem Boden der russischen Regierung befindet, wie auch die Methoden, die benutzt wurden, um diese Frage in den „eigentlichen“ Rahmen zurückzuführen. Es sind dies alte und sehr gut bekannte Methoden, die schon so oft, wenn es sich um die „Rettung des Vaterlandes“ handelt, mit Erfolg angewendet worden sind. Aus der verwirrenden Menge der Tatsachen, die der breiteren russischen Öffentlichkeit nicht bekannt sind, werden diejenigen ausgewählt, die zur Anklage der Polen notwendig sind. In Ermangelung von Tatsachen werden solche herbeigezogen, erdacht, verdreht, keine Beweise, Quellen, Dokumente oder vermeintliche Autoren angeführt. Das alles bietet man als glaubwürdige Thesen dar, und der Anklageakt ist fertig. Die Angeklagten werden natürlich nicht vor den Gerichtshof geladen, damit sie bestreiten oder vielleicht ihre Schuld aufrichtig bekennen können. Das Urteil wird in Abwesenheit gefällt und zwecks Vollziehung an die Gouverneure und die militärischen Führer geschickt. ... Auf diese Weise ist die Sache erledigt. Es ist nicht leicht, gegen derartige Methoden anzukämpfen. Zwar ist in gegebenem Falle dem Anklageakt von seiten des Ministeriums des Innern der Verteidigungsakt von seiten des polnischen Klubs gefolgt,

der seine Haltlosigkeit Punkt für Punkt nachgewiesen hat. Aber geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Anklageakt hat das Seinige getan.“

Die Nachricht von dem Zirkular des Ministeriums hat auch für uns ein ganzes Bündel Licht in die „autonomische“ Verwirrung gebracht, die sich jeden Tag in einer anderen Phase darstellt.

Der Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit, der Druck der mächtigen und machtvollen Bundesgenossen, haben den aalglatten Proteus der russischen Politik mit der Zange gefaßt. Er produziert auch in diesem Falle alle seine Künste vor der Kapitulation.

Dieses Schauspiel, vielleicht interessant für den historisch soziologischen Forscher der Struktur und der Staatsidee Rußlands, wird jedoch zu einer Quelle schwerer Bedrückungen für unsere Politiker in Rußland, die ihre Stellung klar und aufrichtig gekennzeichnet haben. Verantwortlich für sich und nicht für sich, für Wahrheit und für Unwahrheit, für Tatsachen, auf deren Entstehung oder Hinderung sie keinen Einfluß haben können, gehen diese Leute wirklich einen dornigen Weg.

Aus Nr. 227 des *Kurjer Polski* (Warschau)
vom 16. August 1916.

Das Staatswesen des Königreichs Polen.

Die Anerkennung der staatlichen Sonderstellung des Königreichs Polen und der polnischen Staatszugehörigkeit durch die Okkupationsverwaltungen, was bereits in den Reisepässen und bei den Wahlen zum Gemeinderat in Warschau geschehen ist, steht im Einklang mit den Wiener Vertrag vom Jahre 1815, der zwischen Österreich, Preußen und Rußland geschlossen worden ist.

Im Artikel 5 dieses Vertrages lesen wir, daß der russische Kaiser „diesem Staat (état), welcher eine besondere Verwaltung haben soll, innere Einrichtungen geben soll, welche er für angemessen erachten wird, und daß er den Titel polnischer König annehmen wird.“ Gleichzeitig enthält dieser Artikel gegenüber dem Königreich einen allgemeinen Beschluß, welcher lautet: „Die Polen, Untertanen jeder hohen Seite der Kontrahenten, erhalten eine nationale Vertretung und nationale Gesetze, welche der Form des politischen Daseins angepaßt sind, die jede der Regierungen, unter denen sie leben werden, ihnen zu verleihen für nützlich und angemessen erachten wird.“

Auf diese Weise ist das Königreich Polen auf Grund eines internationalen Vertrages ein besonderer Staat, welchem seit dem Jahre 1815 eine nationale Vertretung, eine nationale Verwaltung und nationale Einrichtungen, das Heer nicht angeschlossen, gewährleistet wurden.

Dieser Staat besaß mit Rußland nur die gemeinsame Person des Monarchen und die Dynastie (wie Schweden und Norwegen), was dieser Artikel 5 des Vertrages ausdrücklich feststellt, der da besagt, daß das Königreich Polen „mit dem Kaiserreich“ durch seine Verfassung unbedingt vereinigt werden wird und daß es auf ewige Zeiten von dem allerdurchlauchtigsten Kaiser Allrußlands, seinen Erben und Nachfolgern in Besitz gehalten werden wird.

Die Bezeichnung „auf ewige Zeiten“ gehört zu den gewöhnlichen Ausdrücken der früheren Friedensverträge und bedeutet eigentlich, daß die gegebene Vereinbarung so lange in Kraft bleibt, bis sie durch einen neuen Friedensvertrag geändert wird.

In Übereinstimmung mit der Haager Konvention vom Jahre 1897 können die Okkupationsverwaltungen auch während des Krieges die staatliche Sonderstellung des Königreichs Polen berücksichtigen, welches seit dem Jahre 1815 das Recht auf eine eigene nationale Vertretung und auf alle Einrichtungen hat, die einem besonderen staatlichen Organismus zustehen.

In Anbetracht des Rückzuges der Streitkräfte des russischen Monarchen aus dem Königreich Polen und in Anbetracht des Krieges mit England und Frankreich haben sich der weiteren Geschichte des polnischen Staatswesens durch die Kraft der Dinge die Mittelmächte angenommen, die unter dem Wiener Vertrage unterschrieben sind, welcher das Staatswesen des Königreichs Polen im Jahre 1815 nach dem Willen aller Großmächte Europas geschaffen hat.

Aus Nr. 225 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 15. August 1916.

Neue Aufgaben.

Das ganze politische Interesse der Allgemeinheit konzentriert sich jetzt auf die Staatsform unserer zukünftigen nationalen Existenz. Dies ist natürlich auch die wichtigste Frage, unzweifelhaft die Hauptfrage, und vor allem die die Bedingungen der Entwicklung des polnischen Lebens entscheidende Frage. Gleichzeitig sollte sich die öffentliche Meinung fleißig mit der Frage beschäftigen: Mit welchem Inhalt werden wir die Form, welche uns zuteil werden wird, ausfüllen?

Wenn wir zu dem lange erträumten, nationalen Ziel gelangen, wenn die Unabhängigkeit kommen wird, dann erst werden uns riesenhafte, staatschöpferische Aufgaben erwachsen, die durch den Mangel an Erfahrung erschwert, durch die Vernichtung der materiellen Güter kompliziert und durch unerhörte, elementarkulturelle Pflichten belastet sind. Noch nie hat ein Volk größere Schwierigkeiten zu bewältigen und gleich große Verantwortung zu tragen gehabt. Wir müssen uns die Erfahrungen der Vergangenheit und die ewig belehrenden Winke der Geschichte vor Augen halten; wir werden zu einer außerordentlichen Anspannung des nationalen Gedankens und zu einer ungewöhnlichen Bereitschaft, staatsbürgerliche Opfer zu tragen, verpflichtet sein. Es wird nötig sein, sich ein klares Bild zu machen über die soziologischen Faktoren, welche dem Volke Kraft und Entwicklung verbürgen; Hunderttausende von Menschen werden an einer neuen und ihnen bis jetzt unbekannten Arbeit teilnehmen, welche sie nur durch eine hervorragende Organisation, gepaart mit Begeisterung und Vernunft, mit Eifer und Zucht werden bewältigen können.

Die Lebensatmosphäre wird voll des süßen Gefühls der Freiheit, aber der Tag wird hart und mühselig sein. Gewaltige schöpferische Fähigkeiten müssen geweckt und in Bewegung gesetzt werden, um den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden. Die außerordentlichen finanziellen Verpflichtungen werden nur durch eine kluge, sparsame und vorausschauend fiskalische Wirtschaft befriedigt werden. Die Notwendigkeit, die vernichteten Werte zu ersetzen und die materiellen Grundlagen der Kultur zu bauen, wird die ganze Bevölkerung zur Änderung der Lebensart und zu modernen Ansichten über die Arbeit und den Verbrauch zwingen. Das neue Polen muß sich alle moralischen Eigenschaften einer westlichen Nation aneignen und die eigenen rassistischen Fähigkeiten erhöhen, und das kann nur auf Kosten einer mächtigen Willensanspannung und großer Opfer für die öffentliche Erziehung geschehen.

Hier läßt sich nichts improvisieren. Es muß die Frucht des tiefen, politischen Gedankens, einer sorgfältigen Organisation und genauer Funktionen sein. Die Staatskraft wird ein allgemein schöpferisches Element werden, nicht um den spontanen sozialen Prozeß zu hemmen, sondern um ihm einen einheitlichen Gedanken, Ordnung und Ziel zu geben. Die Staatskraft wird in einem Volke, welches einen großen Prozentsatz von unwissenden und sogar des nationalen Bewußtseins baren Elementen besitzt, zum Mittelpunkt

werden, in welchem sich alles, was zum Denken und zum Handeln fähig ist, kristallisieren wird.

Auf diese Weise entsteht vor uns das sehr lebendige und äußerst wichtige Problem der zukünftigen polnischen Regierung.

Über diese Frage in ihrer konkretesten Form lassen sich hier selbstverständlich keine Betrachtungen anstellen. Dazu ist es noch zu früh. Dagegen soll und kann man schon jetzt über den ganz allgemeinen Charakter und die ganz allgemeine Rolle dieser Regierung nachdenken, um sich beizeiten (wenigstens psychisch) auf die Schaffung von Umständen, welche — nach unserem Ermessen — das beste Funktionieren der gesetzgeberischen und der ausübenden Staatsgewalt ermöglichen, vorzubereiten. Diese Vorbereitung verstehen wir im Sinne einer Aufklärung der öffentlichen Meinung, daß gewisse grundlegende Bedingungen bestehen, ohne welche von einer regelrechten Verwaltung des Landes keine Rede sein kann, und daß an der Spitze dieser Bedingungen die Forderung einer „starken Regierung“ steht. Wenn die besagte öffentliche Meinung sich fest und bewußt für eine solche Forderung erklären wird, so werden sich alle weiteren Konsequenzen von selbst ergeben.

Eine starke Regierung, das ist eine solche, welche einer längeren Existenz fähig sein und auf eine ständige und loyale Unterstützung der Mehrheit des Volkes rechnen könnte, ist selbstverständlich überall unerläßlich. Doch in manchen Lagen des nationalen Lebens zeigt sich das Bedürfnis einer solchen Regierung mit zwingender Gewalt, denn es hängen der Geist und der Charakter eines Staates, wie man weiß, nicht nur von seinem sozialen Aufbau ab, sondern noch mehr von den politischen Notwendigkeiten, die sich aus seiner geographischen Lage und seiner Stellung im Systeme der Staaten ergeben.

Solche politischen Umstände hat z. B. Professor Hinz in den Daseinsbedingungen des Deutschen Reiches und vor allem des preussischen Staates gefunden. Er schrieb: „Unsere geographische Lage ist unser geschichtlich-politisches Schicksal.“ Sie gebietet die Schaffung einer ausnahmsweise starken Staatsgewalt. Was besonders Preußen anbetrifft, so konnte es sich inmitten der großen europäischen Mächte nur durch eine beispiellose Anspannung und Ökonomie seiner militärischen und finanziellen Kräfte entwickeln.

Ein anderes Beispiel eines starken Staates sehen wir in England. Dort hat sich dank der Praxis nur zweier großen politischen Parteien eine einheitliche und konsequente Regierung gebildet, welche eine spezielle, der Stellung Englands in dem System der Staaten angepasste, großbritannische Politik zu treiben gestattet.

Wie immer sich erst die Stellung Polens auch im besagten „Systeme der Staaten“ gestalten wird, was immer für Pflichten und äußerliche, stets ungewöhnliche, weil durch die geographische Ausnahmestellung bedingte Schwierigkeiten uns beschieden sein werden, eine Frage ist heute jedenfalls unbestritten: die inneren Aufgaben der Regierung werden von einer beispiellosen Wichtigkeit und Ausdehnung sein. Darum müssen wir, wenn wir die Sache bloß von dieser Seite betrachten, alle zu dem Ergebnis kommen, daß die Bildung einer starken Regierung, die sich auf eine dauernde und bestimmende Mehrheit stützen wird, unsere erste und wichtigste Pflicht sein wird.

Unter welchen Bedingungen ist das möglich?

Vor allem dann, wenn die Notwendigkeit einer solchen Regierung allgemein anerkannt und wenn der politisch denkende Teil des Volkes einheitlich genug sein wird, um dem Staate die Beständigkeit seiner Existenz und ein konsequentes Wirken zu sichern. Das führt zu der Notwendigkeit, unsere politischen Programme zu synthetisieren.

Alle Rechtfertigungen, welche für die Existenz unserer vielen Parteien und Parteichen ausfindig gemacht werden, werden ihren Zweck verfehlen, wenn die Zeit zu einer wirklichen staatschöpferischen Tätigkeit kommen wird. Die ideologischen Schattierungen werden ihre Bedeutung verlieren; alles Streiten und Zweifeln hinsichtlich der Einzelheiten muß vollständig verschwinden. Es wird sich hier um die Richtlinien des innerpolitischen Vorgehens und um eine Verkörperung des grundlegenden Programms handeln. Die natürliche Vielseitigkeit des Lebens, die Freiheit der sozialen Initiative und die örtlichen Vollmachten der Selbstverwaltungen werden verschiedenen Richtungen und sozialen Bestrebungen die Möglichkeit einer Arbeit nach eigenem Ermessen verschaffen. Die zentrale Regierung muß dagegen von einem Gedanken beseelt sein, sie muß ein starkes und konkretes Staatsprogramm besitzen, sie muß sicher sein, daß ihr Zeit zu Taten gelassen werden wird. Es gibt nichts Verderblicheres, als eine Unsicherheit der Lage, das ständige Suchen nach Ausgleichen und die Sorge um die nächste Zukunft.

Das Maß der Vergangenheit kann die Richtungen und Parteien, welche sich zur neuen Aufgabe rüsten, nicht verpflichten. Es gab dort andere Kriterien, andere Ursachen der Unterschiede, welche sich alle angesichts der gründlich umgestalteten Landesverhältnisse ändern werden. Wenn die Menschen die alten Unterschiede, Konflikte und Streitigkeiten vergessen werden, dann werden die Ideen zu einem gemeinsamen Ausdruck in dem Programm oder in den realen Programmen hinneigen.

So wie sich die Sache jetzt verhält, beginnen gegenüber den wichtigsten nationalen Bestrebungen die parteipolitischen Extreme nebeneinander zu gehen, und bald werden sie vielleicht Hand in Hand gehen. Ebenso müssen sich in dem Zeitabschnitte des Werdens der nationalen Existenz Lande der Solidarität finden, welche den grundsätzlich gleichen, sozialschöpferischen einerseits gemäßigten, andererseits radikalen Ideologien ein einheitliches Handeln verbürgen. Wir sollten im Lande nur zwei oder drei große politische Parteien haben, welche auf der Gleichheit der allgemeinen Grundsätze und auf einem auf ihrer Grundlage ausgearbeiteten Programm einer tätigen, inneren Politik begründet wären.

Erst eine solche direkte Verschmelzung, nicht bloß Konsolidierung der verwandten Parteigruppen kann zu der Entstehung einer wirklichen öffentlichen Meinung im Lande beitragen, die tätige Kraft der praktischen Programme vermehren, der Regierung aber die Einheitlichkeit und Beständigkeit verbürgen.

Bolesław Koskowi.

Aus Nr. 186 des Kurjer Zagłębia (Sosnowice)
vom 19. August 1916.

Vor der Erklärung der Zentralmächte.

Die Berliner Beratungen über die polnische Frage, der politische Gegenbesuch der hohen Wiener Kreise durch den Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg und Herrn v. Jagow kündigen wichtige Veränderungen in der Gestaltung unserer Sache von dieser Seite an. Diese Tatsache hat eine gewisse Spannung auf Seiten der Entente hervorgerufen. Zugleich fällt es auf, daß der russische Zar und seine Regierung sich mit der Verkündung der „städtischen und ländlichen Selbstverwaltung“ nach dem Projekte Stürmers für das Königreich Polen abwartend verhalten und daß neue Beratungen mit den polnischen Abgeordneten der Duma und dem Reichsrat gepflogen werden.

Was für einen Charakter die Beratungen Herrn v. Bethmann Hollwegs mit Herrn v. Burian und anderen

einflußreichen Persönlichkeiten hatten, erfahren wir aus den Andeutungen von Wolffs Nachrichtenbureau. Womit sie aber endeten, werden wir in naher Zukunft auf Grund von Tatsachen erfahren, die in erster Linie auf den polnischen Gebieten, die durch die Zentralstaaten okkupiert sind, in die Erscheinung treten werden. Was für Absichten die russische Regierung in unserer Sache hegt, daran zweifelt jetzt kein Mensch mehr. Zugleich mit der Abänderung der vereinfachten Prozedur in der Behandlung Polens als absoluten Eigentums ist in letzter Zeit die Linie, welcher die Entwicklung der polnischen Frage in Rußland folgt, unter dem Einfluß verschiedener politischer Ereignisse äußerer Natur immer zickzackartiger geworden. Stürmer hat sein Projekt der „Selbstverwaltung“ ausgearbeitet, das allen Wünschen der Polen entsprechen sollte. Sazanow hat ein realeres Projekt der „Autonomie“ und der „Vereinigung der polnischen Gebiete“ vorgelegt, realer insofern, als es den Polen gegenüber wirksamer erschien, den Bundesgenossen gegenüber aber als einzig rationell, — und wurde in den Ruhestand versetzt infolge der in der polnischen Frage gegenüber der Entente eingegangenen Verpflichtungen. Das Projekt Stürmers ist jedoch nicht veröffentlicht worden, wahrscheinlich infolge der Berliner und Wiener Beratungen. Es ist also Tatsache, daß die Absichten der Herbeiführung einer „vereinfachten Prozedur“ in der polnischen Frage in Rußland wiederum und zwar — wenn nicht alle Anzeichen trügen — vollständig versagt haben. Zugleich nämlich erschienen wieder Nachrichten über eine angebliche Neuberufung Sazanows.

Die Zentralstaaten führen den Krieg — wie es der Reichskanzler ausdrücklich gesagt hat, — nicht zu Eroberungszwecken, sondern zur „Verteidigung der eigenen Grenzen und der Freiheit“. Nach 2 Jahren des Krieges stehen die deutschen und österreichischen Heere überall auf okkupierten Gebieten, mit Ausnahme von Ostgalizien und der Bukowina, die sich im Besitze der Russen befinden, und des südlichen Kriegsschauplatzes, wo die Italiener Terrain gewonnen haben. Zwar haben die Deutschen ihre Kolonien verloren, und die Blockade macht die Handelsbeziehungen zu den neutralen Staaten unmöglich. Trotzdem hält sich Germania, bewaffnet vom Fuß bis zum Scheitel, im Schmuck der mit grauem Überzug versehenen Pickelhaube, für siegreich und muß den Krieg bis ans Ende führen. Da jedoch auch dem Sieger das Recht zusteht, Friedensvorschlüge zu machen, bemühte man sich, Grundlagen zu Friedensverhandlungen zu schaffen. Die Entente hält sich jedoch für unbesiegt und diktiert in beinahe offizieller Weise Bedingungen, die für heute unannehmbar sind. Der Krieg muß also noch länger dauern.

Um was geht es denn nun hauptsächlich der beteiligten Seite? Um die Schaffung einer Grundlage zu Friedensverhandlungen. Diese Grundlage kann und muß die polnische Frage sein. Durch die Behandlung der polnischen Frage halten die Zentralmächte in hohem Grade die Entente in Schach.

Wodurch und in welcher Weise wird sich diese Frage auf dem politischen Horizonte Mitteleuropas bemerkbar machen?

Mit Beginn des Krieges haben wir, durch den Krieg der Teilungsmächte überrascht, nur unsere Pflicht erfüllt, die sich aus der Zugehörigkeit zu dem Staate ergab, mit dem das Geschick uns verband. Das war jedoch nicht für die polnische Stellungnahme, für die polnische Staatsraison entscheidend. Mit der Zurückdrängung der russischen Heere aus Kongresspolen erfolgte eine gegenseitige Annäherung und eine Gestaltung nicht nur der Forderungen der einzelnen Teilgebiete, sondern der allgemeinen nationalen Forderungen.

Heute stehen wir da wie eine entwaffnete Macht, die bei der gegenwärtigen Verwischung der Grenzen und der geschaffenen Situation ernstlich in

Rechnung gezogen werden muß. Polen hat bis jetzt die Reserve beobachtet. Die Zentralstaaten bemühen sich, es auf ihre Seite hinüberzuziehen. Die politische Rechnung fängt an, unklar zu werden. Der Schwerpunkt ist offenbar Kongreßpolen, aus dem die russischen Heere sich seinerzeit zurückgezogen haben.

Neben das neutrale Rumänien, dessen Entscheidung viel bedeuten kann, tritt unbemerkt das neutrale Polen. Unsere Sache nimmt eine ungewöhnliche Bedeutung an, und wäre es nur als Grundlage der zukünftigen Friedensverhandlungen und ihrer Behandlung durch die Mittelstaaten. Alfa.

Aus Nr. 225 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 24. August 1916.

Ein schwaches oder ein starkes Polen?

I.

Es wird fortwährend viel von der Unabhängigkeit Polens gesprochen. In diesem Sinne erscheinen in der polnischen und fremden Presse Artikel; politische Kreise und verschiedene soziale Organisationen der polnischen Volksgeamtheit geben Erklärungen ab, und sie alle sind auf den Grundton gestimmt: „Wir wünschen und fordern ein selbständiges Polen.“ Das Herz eines jeden Polen freut sich, daß die Überlieferungen und Unabhängigkeitswünsche im polnischen Volke lebendig und nicht erloschen sind. Es ist jedoch, nachdem das nationale Selbstbewußtsein gereift ist, schon höchste Zeit, von den Höhen der Ideologien und der Theorien von der staatlichen Selbständigkeit herabzusteigen und sich schon jetzt mit der konkreten, der jetzigen Lage angepaßten Lösung der polnischen Frage zu befassen. Es ist dies schon eine neue Etappe der polnischen Tat der Umwertung der ideellen Werte in reale Tatsachen. Wir müssen schon heute über den eintönigen Refrain: „Wir wünschen und fordern ein selbständiges Polen“ hinausgehen und umschreiben, wie diese Selbständigkeit in der Wirklichkeit sein soll.

Richtumsschriebene Bestrebungen bringen die Sache in der großen geschichtlichen Stunde nicht vorwärts. Wir dürfen heute nicht von einem unabhängigen und selbständigen Polen poetisieren, wir müssen unseren Bestrebungen realen Ausdruck geben. Wir müssen von einem selbständigen Polen, von seinen äußeren Grenzen und seiner inneren Selbständigkeit laut sprechen. Das erst wird ein bestimmtes Streben, ein sichtbares und konkretes Ziel sein. Wir fordern und wünschen nicht nur ein selbständiges Polen, sondern es ist hier eine Erklärung notwendig, wie die Selbständigkeit Polens im Zusammenhange mit der allgemeinen Lage sein sollte. Wir müssen endlich nach zwei Kriegsjahren, wo die Idee der Selbständigkeit Polens das allgemeine Streben der Nation geworden ist, der Idee eine lebendige Gestalt verleihen; wir müssen von den Höhen der Ideologie auf die Erde herabsteigen und umschreiben, nach was für einem innerlich selbständigen und äußerlich unabhängigen Polen wir in der jetzigen Zeit streben.

Der Schwerpunkt der Lösung der polnischen Frage liegt außerhalb und hinter uns. Der Gemeinderat und die polnische Universität in Warschau sind entstanden, als uns die Möglichkeit der Organisation und Schaffung dieser beiden Institutionen gegeben wurde. Das selbständige Polen wird dank unserer Kraft entstehen, aber erst dann, wenn uns die Möglichkeit zur Bildung dieses selbständigen Polens gegeben werden wird.

Die Regierungen beider Mittelstaaten haben einmütig hervorgehoben, daß die polnische Frage gelöst werden muß, und daß eine Rückkehr zum status quo ante unmöglich ist. Für jeden österreichischen,

deutschen oder polnischen Politiker ist es eine augenscheinliche Wahrheit, ist es fast ein politisches Axiom, daß die Lösung der polnischen Frage erfolgen muß. Bis jetzt schwebt diese Lösung sozusagen in der Luft, obgleich die jetzige Stunde zu einer endgültigen Entscheidung drängt.

II.

Der Krieg hat die polnische Frage aus einem scheinbaren politischen Nichts zu der Reihe der ersten Fragen Europas erhoben. Das Programm der Selbständigkeit Polens wird durch die geschichtliche Stunde gezeichnet, und die politische Notwendigkeit zwingt zur Lösung der polnischen Frage. Heute nach zwei Jahren des Krieges zeichnet sich deutlich die Wahrheit, daß die polnische Frage eine der wichtigsten europäischen Fragen ist. Die Lösung dieser Frage kann zur Liquidation des gegenwärtigen europäischen Krieges beitragen. Die polnische Frage kann man nicht durch halbe Mittel oder mit Hilfe eines augenblicklichen Kompromisses lösen, weil dies zu keinem Ergebnis führen würde. Es gibt nur eine Lösung — die Wiederherstellung Polens.

Ohne die Lösung der polnischen Frage ist ein dauernder Friede in Europa unmöglich.

Die polnische Frage könnte nur dann nicht gelöst werden, wenn eine Rückkehr zum status quo ante im Osten Europas, ein Kompromiß zwischen Rußland einerseits und Österreich und Deutschlands andererseits, möglich wäre. Immer deutlicher und kategorischer zeigt sich die Tatsache, daß ein Kompromiß unmöglich ist. Der auf beiden Seiten unbeugsame Wille, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, beseitigt alle Zweifel, daß eine Verständigung zwischen den kriegführenden Staaten im Osten Europas nicht so bald erfolgen wird.

Wenn Österreich und Deutschland von der Lösung der polnischen Frage Abstand nehmen oder sie bloß halb lösen würden, was dasselbe wäre, als wenn sie gar nicht gelöst worden wäre, dann würden sie Rußland die Initiative zur Entscheidung in der polnischen Frage überlassen, sie selbst aber würden auf einen so wichtigen Trumpf, wie die polnische Frage, freiwillig verzichten. Es kann nicht in den politischen Voraussetzungen Österreichs und Deutschlands liegen, die polnische Frage so zu lösen; das wäre ein politischer Fehler, aus welchem andere leicht Nutzen ziehen würden. Ein Sieg Deutschlands und Österreichs über Rußland ist nur bei einer Wiederherstellung Polens möglich. Man muß schon heute die Frage stellen, was für Österreich und Deutschland besser ist — ein selbständiges Polen oder ein siegreiches Rußland. Tertium non datur.

Die Wiederherstellung Polens würde eine große politische Bedeutung haben.

Diese Tatsache müßte für die politische Stellung der neutralen Staaten entscheidend sein. Für die Koalitionsstaaten, vor allem für Rußland würde die Wiederherstellung Polens eine absolute, politische Niederlage bedeuten. Für Frankreich, England und Italien wäre das eine unerwartete Wendung in der Kriegspolitik, ein neuer politischer Faktor in der internationalen Lage, ein Faktor, welcher die Schwungkraft des Krieges hemmen, seinen grundsätzlichen Inhalt ändern würde.

Das sind die allgemeinsten politischen Schlüsse, welche sich aus der Lösung der polnischen Frage in dem jetzigen geschichtlichen Augenblicke leicht ziehen lassen.

III.

Der Geist einer großen Zeit fordert große Taten und große Entschlüsse. Die Wiederherstellung Polens wird eine Tat von großer geschichtlicher, politischer und sogar von Weltbedeutung sein. Aber nur eine solche Wiederherstellung und eine solche Selbständig-

keit, welche mit unseren geschichtlichen und politischen Bestrebungen im Einklang stehen wird.

Wenn über die polnische Frage kurzfristige Leute mit einem beschränkten Gesichtskreise entscheiden werden, so werden sie sich zu einer großen Tat nicht aufraffen. Es bedarf großer Geister, nun die polnische Frage im Einklange mit unserer nationalen Würde und unserer politischen und historischen Größe zu lösen.

Alle Kompromisse und halben Mittel werden nicht zum Ziel führen. Es handelt sich hier nicht um politische Utopien, sondern um die reale Frage der Wiederherstellung des polnischen Reiches, welches schon zehn Jahrhunderte lang zum Ruhme der westeuropäischen Kultur und Zivilisation bestanden hat. Das neue polnische Reich, welches heute im zwanzigsten Jahrhundert auferstehen soll, kann freilich nicht mit einem Male groß und mächtig sein; wir können nicht davon träumen, alles wiederzuerlangen; das fordert von uns der nüchterne Verstand und die reale Beurteilung der Verhältnisse. Es wäre jedoch der Gipfel politischer Unklugheit, einen solchen Staat zu schaffen, welcher den Todeskeim in sich hätte und ein blutarmes und schwaches Gebilde wäre. Ein solcher Staat würde weder uns, noch unseren Nachbarn Glück bringen. Es handelt sich um große Ziele und Bestrebungen ganz Mitteleuropas, und zu ihnen kann man nur durch große Taten gelangen.

Eine solche große Tat politischer Klugheit, im Einklange mit den Forderungen der Gegenwart kann ein selbständiger polnischer Staat sein, welcher auf eine Wehrmacht gestützt ist.

Es ist dies wahrcheinlich eine der schwierigsten politischen Fragen, welche aber in kurzer Zeit gelöst werden muß. Diese Lösung sollte aber ebenso mit den realen Verhältnissen der Gegenwart, wie mit unseren nationalen Forderungen im Einklang sein.

Dr. Waclaw Dłkowski.

Aus Nr. 184 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 14. August 1916.

**Professor Dr. Wladislaus Leopold Jaworski,
der stellvertretende Vorsitzende des Obersten
Nationalkomitees, in Petrikau.**

Anlässlich seiner Reise aus Warschau wurde Jaworski, wie der Petrikauer „Dziennik Narodowy“ schreibt, in Petrikau von den Vertretern des Obersten Nationalkomitees empfangen. Bei dieser Gelegenheit äußerte er sich zur Lage wie folgt:

„Jedenfalls eine Neuteilung Polens ist für ausgeschlossen zu halten, ebenso ist auch von einer Rückgabe des Königreichs Polens an Rußland keine Rede.“

Jeder Realpolitiker muß für seine Tätigkeit eine gewisse Voraussetzung annehmen. Diese Voraussetzung ist, daß der polnische Staat im gegenwärtigen Kriege entstehen kann und entstehen muß.

Die Mittelmächte haben den Krieg nicht unserer wegen begonnen und führen ihn nicht unserer wegen. Dies hat der deutsche Reichskanzler klar und offen eingeräumt. Jedoch müssen sie die polnische Frage gegenwärtig lösen. Mit der Stimme und mit dem Willen des polnischen Volks werden die Staaten Europas heute und später rechnen. Unsere Rolle ist vor allen Dingen die, auf Schritt und Tritt nachzuweisen, daß wir eine Nation sind; dies aber darzulegen, bedeutet, unaufhörlich eine nationale Tat zu vollziehen. Renan sagte: „L'existence d'une nation c'est une plebiscite de tous les jours“. „Die Nation ist, was eine Nation sein will“, sagt ein deutscher Grundsatz, und er sagt es mit Recht. Es ist demnach nötig, daß

die Welt fortwährend davon Kenntnis erhalte, daß der polnische Wille einmütig ist.

Das Oberste Nationalkomitee und diejenigen, die es und die Legionen ins Leben gerufen haben, wollten sich vor der Geschichte nicht dem Urteil aussetzen, welches der größte Dichter Dante von denjenigen abgegeben hat, die ihr Leben ohne Schande und ohne Ehre gefristet haben und die in die Reihen der selbstsüchtigen Engel, die Gott weder treu noch feindselig sind, eingereiht wurden. Wir möchten nicht, daß man von uns schreibe: „Reden wir von ihnen nicht, tue einen Blick und gehe weiter.“

Die Möglichkeit einer polnischen Tat besteht. Noch mehr, die polnische Tat besteht schon. Es bestehen und kämpfen die Legionen, sie sind eine sichtbare greifbare Form des Willens der polnischen Nation. Jede politische polnische Aktion muß sich auf sie stützen.“

Die Rede des Vorsitzenden Jaworski rief durch ihre schöne Form und durch die Kraft der Logik einen ungeheuren Eindruck hervor. Kaum waren die langdauernden begeisterten Beifallsrufe verklungen, ergriff Dr. Sterling, ein Mitglied der „Liga des polnischen Staatswesens“ das Wort und legte den Anwesenden dar, wie noch heute eine Erörterung in der polnischen Volksgesamtheit notwendig sei: „Anhänger der Unabhängigkeit — sagte er — nennt sich heute jeder. Es ist daher notwendig, jedes falsche Streben nach Unabhängigkeit zu bekämpfen, es zu entlarven und die Idee der Legionen zu befestigen. Der Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees hatte gesagt, daß er nach Warschau weder als Agitator noch als Prophet reise. Ein erheblicher Teil der Einwohner des Königreichs Polens würde jedoch wünschen, daß sich der verantwortliche Leiter der polnischen Politik nicht auf die Rolle eines objektiven Informators beschränken sollte.“

Schließlich hielt noch Oberst Sikorski, der Chef des Militärdepartements, folgende Ansprache:

Als die Schützenabteilungen beim Beginn des Krieges die Grenzen des Königreichs Polen überschritten, zeigte es sich, daß die Idee der Entstehung und Improvvisierung eines unabhängigen polnischen Heeres angesichts der Stimmung der Volksgesamtheit unausführbar sei.

Den Abteilungen drohte der Zerfall oder einfach ihre Einverleibung in die Reihen des k. und k. Heeres.

Die Bildung der Legionen in einem scheinbar bedeutend engeren Organisationsrahmen rettete die Initiative Pilsudzkis und gab der Idee des polnischen Heeres eine reale Grundlage. Das Oberste Nationalkomitee und sein Militärdepartement bot sodann alle seine Kräfte auf, daß die Tat der Legionen nicht vergeblich wäre und daß die Legionen selbst immer mehr Berechtigungen und eine immer größere Selbstständigkeit in der Organisation erlangten. Von dieser Arbeit lenken uns nicht die gegen eine Werbung gerichteten Lösungen ab, die von verschiedenen Seiten, aus verschiedenen Beweggründen und in verschiedenen Zeiten ausgegeben wurden. Es wurde auch nicht erlaubt, daß sich Tendenzen breit machen, welche die Legionen in den Augen der öffentlichen Meinung in die Brüche gehen ließen und ihren einen Teil den anderen entgegenstellten. Daher sind auch die fortwährenden, manchmal kaum wahrgenommenen Wogen der verschiedenen Stürme, die nur von den Gegnern einer tätigen polnischen Politik im gegenwärtigen Kriege ausgedeutet wurden, ohne tieferen Eindruck vorübergegangen und gehen noch vorüber. Die Legionen aber dauern nicht nur fort, sondern sie nehmen an Bedeutung und organisatorischer Sonderstellung zu.

Die letzten Erfolge der polnischen Legionen haben bewirkt, daß sie im Sinne der schon längst gemachten Bemühungen in dem Verhältnisse zu den Heeren der verbündeten Staaten gesetzliche Gleichberechtigung und besondere Abzeichen erhielten. Der polnische Staats-

adler wurde als Emblem der Legionen anerkannt, und es sind weitere organisatorische Veränderungen im Gange, welche den Zweck haben, die Sonderstellung der polnischen Legionen zu umschreiben und zu gewährleisten. (Folgen 4 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen.) Sie werden hier sicherlich herzliche Aufnahme finden, denn alle sehen in diesen heldenhaften Soldaten das Blut vom Blute und das Fleisch vom Fleische dieses Königreichs und wissen, daß diese Soldaten um den polnischen Staat, nicht aber aus anderen Beweggründen, noch zu anderen Zwecken kämpfen.

Der Chef des Militärdepartements drückte schließlich die Hoffnung aus, daß die polnischen Legionen an Zahl wachsen, in Bälde die wirklichen Kradrez des polnischen Heeres bilden werden.

(Die im Vorstehenden gestrichenen Zeilen lauten nach anderen Blättern: „Wahrscheinlich werden die polnischen Legionen in allernächster Zeit aus der Front zurückgenommen und in verschiedenen Städten des Königreichs Polen untergebracht werden.“)

Aus Nr. 188 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 19. August 1916.

Jaworski in Warschau.

(Von unserem Berichterstatter.)

Warschau, den 16. August.

Am 10. d. M., um 4 Uhr nachmittags, traf in Warschau der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Nationalkomitees mit dem Chef des Militärdepartements Obersten Sikorski ein. Jaworski und Sikorski stiegen im Europäischen Gasthof ab. Am ganzen folgenden Tage machten dem stellvertretenden Vorsitzenden Jaworski hervorragende Vertreter der polnischen Gesellschaft ihre Besuche. Am Sonnabend lud ihn Herr Stefan Dziemulski zu einem Frühstück ein, an welchem zahlreiche Vertreter sozialer und politischer Kreise teilnahmen.

Einen begeisterten Empfang bereitete dem stellvertretenden Vorsitzenden Jaworski der literarisch-wissenschaftliche Klub am Sonnabend nachmittag. Der Saal war mit polnischen nationalen Fahnen geschmückt, auf den Tischen waren bunte Blumensträuße, an den Wänden prangten die Bilder des Bischofs Bandurski, Jaworski's, des Brigadegenerals Pilsudski und des Obersten Sikorski, außerdem eine Reihe von Photographien aus dem Lager- und Kriegsleben der Legionäre. Mit einer herzlichen Ansprache begrüßte der Abgeordnete Lempicki Herrn Jaworski.

Rede des Abgeordneten Lempicki:

Es ist für uns ehrenvoll, daß wir in dem bescheidenen Heim der „Viga des polnischen Staatswesens“ den geehrten Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees begrüßen können; es ist uns ein Herzensbedürfnis, ihm unsere Verehrung und Anerkennung für seine große, aber erfolgreiche Mühe, für seine unverdrossene Arbeit, die dem heißen Gefühl der Bürgerpflicht entspringt und sich von tiefem politischen Verstand leiten läßt, zum Ausdruck zu bringen. In dem Vorsitzenden Jaworski schätzen wir nicht nur die Arbeit, sondern auch noch unerschütterliche Ausdauer, diese bei uns selten vorkommende Tugend, die sich durch keine Hindernisse abschrecken und von dem gesteckten Wege ablenken läßt.

Es ist menschlich, daß wir uns an vollzogene Tatsachen, an geschaffene Werke leicht gewöhnen und ebenso leicht vergessen, wieviel Arbeit nötig war, um eine Tatsache zu vollziehen, wieviel Ausdauer man besitzen muß, um die Existenz eines einmal geschaffenen

Werkes zu erhalten. So verhält sich die Sache auch mit dem Obersten Nationalkomitee. Um die Bedeutung und Verdienste des Obersten Nationalkomitees zu verstehen, muß man sich die Sachlage aus der Zeit vor zwei Jahren, im Augenblick des Ausbruchs des großen Krieges, vergegenwärtigen. Der Krieg traf die polnische Nation unvorbereitet an. Die Nation war in drei Teile geteilt, von denen jeder lange Jahre hindurch ein besonderes Leben lebte; innerhalb jedes Teils gab es Parteikämpfe, welche infolge der Bedrückung zu keiner gegenseitigen Verständigung kommen konnten, ein Schwinden des politischen Gedankens, eine Verwirrung der Begriffe. Da fand sich in dem Augenblick eines solchen Chaos in Galizien eine Gruppe von Menschen guten Willens, sie schuf das Oberste Nationalkomitee, vereinigte in ihm alle tätigen Elemente des Landes. Auf seine Fahne hat das Oberste Nationalkomitee die Lösung des polnischen Staatswesens geschrieben, und es stand und steht, ohne auf den wandelbaren Lauf der Geschichte zu achten, treu zu dieser Fahne. Das D. N. K. war die einzige Institution, welche die ganze polnische Nation vertrat, es hatte den Mut, die Verantwortung zu übernehmen und das Sprachrohr des polnischen politischen Gedankens zu sein. Wie hat es die von ihm übernommenen Pflichten erfüllt? Als Antwort auf diese Frage genügt die einzige Tatsache: Die polnischen Legionen. Das Oberste Nationalkomitee hat sie organisiert und nimmt sich ihrer an. Die polnischen Legionen haben aber für die polnische Sache mehr getan, als jede andere diplomatische oder publizistische Aktion. Die Legionen gaben der ganzen Welt eine reale herbede Tatsache, die gleichzeitig zum Bestand und zum Gefühl spricht und von einer unerschöpflichen Lebenskraft der Nation, von ihrer unermesslichen Fähigkeit zu Opfern und von ihren unerschütterlichen Aspirationen zeugt. Aber daneben vernachlässigte das D. N. K. auch andere Mittel der Tätigkeit nicht; wer in diese Tätigkeit näher Einsicht genommen hat, kann die Größe der vom D. N. K. geleisteten Arbeit ermessen. Ich erwähne hier nur die ganze Reihe von volkstümlichen Publikationen, die den Geist der Nationen wecken, die wissenschaftlichen Publikationen, welchen die verschiedenen Seiten der polnischen Frage beleuchten; schließlich die Publikationen in fremden Sprachen, welche für das Ausland bestimmt sind und die öffentliche Meinung über die polnische Frage, über ihre internationale Bedeutung, über die Mittel, über die Rechte und Bedürfnisse der polnischen Nation aufklären. Als einzige Vertreterschaft der polnischen Nation ließ das D. N. K. keine Gelegenheit vorübergehen, wo man nur im Namen und zur Verteidigung der polnischen Nation auftreten konnte, und vertrat stets würdig die polnische Nation. Für diese Arbeit und für diese Bemühungen gebührt dem D. N. K. Ehre und Anerkennung.

Heute ändern sich die Zeiten; heute kann schon entstehen und, ich hoffe es, wird entstehen eine nationale Vertretung in dem früheren russischen Teilgebiet. Aber es wäre ein politischer Fehler, ein unverzeihlicher Irrtum, wenn die neue Institution von den Erfahrung des Obersten Nationalkomitees keinen Gebrauch und nicht zusammen und im Einverständnis mit ihm handeln wollte. Ich bringe daher ein Hoch auf die Gemeinsamkeit unserer Arbeit mit der Arbeit des D. N. K. aus, der Zweck dieser Arbeit aber ist die Vereinigung des früheren russischen Teilgebiets mit Galizien in ein einziges politisches Ganze; dies ist der Wunsch jedes polnischen Herzens.

Hoch lebe das D. N. K., — das Sprachrohr des polnischen politischen Gedankens, hoch leben die Legionen — die polnische, politische Tat! Das erste Hoch bringe ich auf den verehrten Vorsitzenden Ja-

worski, das zweite auf den geliebten Oberst Siforski aus. — Sie leben hoch!

Dieser Hochruf wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Es sprachen sodann der Abgeordnete Parczewski, welcher in einer schönen Ansprache die politische, kulturelle und nationale Bedeutung Galiziens hervorhob.

Weiter sprachen Dr. Zielinski, Professor Rat Grotowski und viele hervorragende Politiker. Auf die Hochrufe antworteten der Vorsitzende Jaworski und Oberst Siforski. Die Versammelten dankten mit einem Beifallsturm für die rührende Ansprache des Abgeordneten Jaworski und für die tatkräftige und begeisterte Ansprache des Obersten Siforski.

Am Sonntag stattete Jaworski dem Baron Andrian einen Besuch ab, welcher dem Gast zu Ehren ein Abendessen gab. Unter den eingeladenen Gästen befanden sich außer dem Vorsitzenden Jaworski: Graf Koniker, Graf Kostworowski, Prälat Chelmicki, Professor Parczewski, Abgeordneter Lempicki, Boleslaus Rutowski, Stanislaus Krzywoszewski, Gustav Simon. Nach dem Abendessen, während dessen Baron Andrian ein Hoch auf den Gast ausbrachte, führten die Anwesenden bis um 11 Uhr eine gesellige Unterhaltung.

Am Montag empfing Abgeordneter Lempicki den Vorsitzenden Jaworski zu einem Festessen im Gasthof Bristol, anwesend waren Vertreter der politischen Kreise. Um 5 Uhr nachmittags stattete Jaworski Excellenz von Beseler einen Besuch ab und konferierte mit ihm fast eine Stunde.

Außer einer Reihe zu Ehren des Vorsitzenden veranstalteten Empfänge hielt Abgeordneter Jaworski mit Vertretern der politischen Kreise eine Reihe von Konferenzen ab. Auch fand am Dienstag eine Versammlung der Pressevertreter statt, in welcher Jaworski viele wertvolle Fingerzeige und Mitteilungen machte.

Die bloße Tatsache des Aufenthalts Jaworskis in Warschau brachte in das politische Leben der Hauptstadt eine günstige, belebende Strömung hinein. Es unterliegt schon heute nicht dem mindesten Zweifel, daß der Kampf der Parteien, welcher zeitweise einen ziemlich heftigen Charakter annahm, bedeutend nachlassen wird. Erörterungen, welche in sehr vielen Momenten einen rein akademischen, bisweilen unfruchtbaren Charakter hatten, werden in ein gewisses Bett konkreter Tatsachen geleitet werden. Wir können in diesem Augenblick nähere Einzelheiten nicht mitteilen, es ist jedoch zu bemerken, daß die Person und die Konferenzen Jaworskis in dem öffentlichen Leben Warschaus unauslöschliche Spuren hinterlassen haben. Wohl zum ersten Male hatte Warschau die Möglichkeit, nicht nur mit dem in der wissenschaftlichen Welt geschätzten Professor, sondern auch mit einem der hervorragendsten Vertreter der galizischen Volksgesamtheit, mit einem Politiker breiten europäischen Stils zu sprechen.

Die Worte der Anerkennung, welche in den Versammlungen und in der Presse an die Adresse Jaworskis gerichtet worden sind, sind nicht nur der Ausdruck persönlicher Sympathien, diese Worte sind, man kann dies hier dreist sagen, heute im Munde der ungeheuren Mehrheit Warschaus. Mit Bedauern verabschiedet Warschau den Vorsitzenden Jaworski, tiefe Erinnerung an seinen Besuch bewahrend und den Wunsch einer baldigen Rückkehr aussprechend.

J. R.

Aus Nr. 373 des Glos Narodu (Kraak)

vom 13. August 1916.

Im Nebel.

Vor nicht langer Zeit lief die Kunde um, daß in Warschau vorbereitende Schritte zu einer Konso-

lidierung der Parteien unternommen worden seien. Und zwar soll man sich in einer gemeinsamen Versammlung der Fraktion der zwischenparteilichen Rechten des Nationalen Zentralkomitees sowie der Liga des polnischen Staatswesens mit der Bildung einer gemeinsamen zwischenparteilichen Delegation „zum Zwecke einer gegenseitigen Verständigung, wie auch zum Zwecke eines gemeinsamen Handelns in den Angelegenheiten, in welchen eine Verständigung erzielt worden ist“, einverstanden erklärt haben. Vorläufig wurde ein Organisationsausschuß gebildet, welchem 21 Mitglieder der zwischenparteilichen Fraktion, 18 Mitglieder des Nationalen Zentralkomitees und 15 Mitglieder der Liga des polnischen Staatswesens beitraten. Als nächste Gegenstände einer Verständigung wurden die Wahlen zum Gemeinderat und die Aktion gegen eine Teilung Polens erachtet. Die Beschlüsse des Ausschusses werden übrigens nicht durch Abstimmung, sondern auf dem Wege einer Verständigung gefaßt werden.

Von einer weiteren Tätigkeit dieses Organisationsausschusses hört man bis jetzt wenig. Seine Entstehung gab jedoch zu Kommentaren Anlaß. So begrüßte die in Warschau erscheinende „Sprawa Polska“ den Ausschuß grundsätzlich wohlwollend, als „eine gewisse Anknüpfung von Beziehungen zwischen den Gruppierungen“, die Frage offen lassend, ob dieser Ausschuß „der Anfang einer wirklichen Vertretung des Königreichs Polen“, d. i. eines Nationalrats sein wird, da sich „der eigentliche Nationalrat nur auf Grund einer gleichgeordneten Vertretung der politischen Parteien und der wirklichen Einflüsse in der Volksgesamtheit gruppieren könnte.“ Diese Gleichgeordnetheit und diese Einflüsse spricht die „Sprawa Polska“ insonderheit der Liga des polnischen Staatswesens ab, welche in dem Ausschuß 15 Sitze erhalten hat. „Großes Erstaunen — schreibt das angeführte Blatt — rief in weiten Kreisen der Volksgesamtheit die allzu große Zahl von Vertretern einer so wenig zahlreichen und einflußlosen Gruppe der Intelligenz, wie die Liga des polnischen Staatswesens ist, hervor.“

Manche galizischen Blätter haben daher allzu eilfertig, wie man glauben könnte, in diesem Organisationsausschuß den Anfang einer Konsolidierung des Königreichs Polen zum Zwecke der Schaffung einer eigenen Vertreterschaft erblickt. Es tauchten sogar Stimmen auf, daß eine solche Vertreterschaft schon durch die bloße Tatsache der Entstehung des genannten Ausschusses entstanden sei: „Der Wunsch ist der Vater des Gedankens“ — und das erklärt die Genesiz dieser Gerüchte. Bisher war nämlich die Meinung allgemein, daß manche politischen galizischen Kreise, die dem Obersten Nationalkomitee nahestehen, ungeduldig erwarten, daß eine Vertreterschaft des Königreichs Polen entstehe.

Zu umso größerem Erstaunen fanden wir in der letzten Nummer der „Ziemia Kielecka“ einen Artikel unter der Überschrift: „Das Oberste Nationalkomitee in Galizien und das Königreich Polen.“ Aus diesem Artikel geht nämlich hervor, daß das D. N. K. dem Organisations-Ausschuß, welcher in Warschau die Schaffung einer Vertreterschaft des Königreichs Polen herbeiführen soll, kein Wohlwollen entgegenbringt.

Das Kieler Organ erinnert daran, daß sich in letzter Zeit in der vom D. N. K. inspirierten Presse Betrachtungen über das gegenseitige Verhältnis zwischen Galizien und dem Königreich Polen mehren. Aus diesen Betrachtungen zieht die „Ziemia“ den Schluß, daß in diesen Kreisen „Unruhe“ herrsche, und antwortet auf die Frage, wo die Ursache davon liegt, folgendes:

„Das Königreich Polen nähert sich schließlich dem Augenblick, seine allernächste politische Behörde hervorzubringen. Die vorbereitenden Arbeiten des zu diesem

Zwecke gewählten zwischenparteilichen Sekretariats schreiten vorwärts, und es ist trotz der von vielen Seiten entgegengesetzten Hindernisse und Klippen die Hoffnung vorhanden, daß dieses Mal ein Oberster Nationalrat des Königreichs Polen zustande kommen wird."

Das soll der Grund der „Beunruhigung“ sein. Sollte also die Entstehung einer Vertreterschaft des Königreichs Polen vom Obersten Nationalkomitee ungern gesehen werden? Bisher hatte diese Gruppe stets in ihren Erklärungen betont, daß sie nichts mehr als dies wünsche. Worauf stützte die „Ziemia“ ihre Behauptung? Ihre Ausführungen lauten:

„Es ist schon heute in Polen öffentliches Geheimnis, daß der Entstehung einer Vertreterschaft des Königreichs Polen am meisten Schwierigkeiten die Liga des polnischen Staatswesens bereitet, die, was ebenfalls ein öffentliches Geheimnis ist, vom D. N. K. abhängig und in dessen Hand ein gefügiges Werkzeug ist. Der Gedanke, daß die offizielle Vertreterschaft Galiziens, welche die eigene Konsolidation mit solcher Mühe zustande gebracht hat, bemüht sein werde, die mit noch größerer Mühe „zusammengelerstete“ Konsolidation des Königreichs Polen zu zerschlagen, ist so ungeheuerlich, daß dem in Polen niemand Glauben schenken würde, wenn nicht nur zu genügende Beweise dafür beständen. Wir sind im Besitze eines ansehnlichen Bündels solcher Beweise, die wir jedoch nicht anführen werden, weil sie sich zur öffentlichen Besprechung nicht eignen, und deren Anführung schließlich überflüssig ist, wenn z. B. der Petrifauer „Dziennik Narodowy“ selbst unzweideutig zu erkennen gibt, daß sich die Liga des polnischen Staatswesens gegenüber einer Konsolidierung feindlich verhalte. Er jagt nämlich, daß in dem Augenblick, als die Liga die Verhandlungen in dieser Angelegenheit in Angriff nahm, diese Konsolidierung von der Linken und Rechten aufgestellt worden war. Dadurch überrascht, mußte die Liga ihren Anschluß erklären, aber gegenwärtig bedauert sie dies, wie die weiteren Ausführungen des Artikels feststellen.“

Wie wir sehen, bewegt sich die Frage der Schaffung einer Vertreterschaft des Königreichs Polen im Nebel verschiedener Widersprüche, was bewegt aber das Oberste Nationalkomitee dazu, sich — wie die „Ziemia“ behauptet — einer Konsolidierung des Königreichs Polen zu widersetzen? Es sollen zwei Gründe vorliegen. Der erste ist, daß das D. N. K. wünschen würde, daß das Königreich Polen sein Programm annehme, obgleich es unaufhörlich bestreitet, daß es dieses wünscht. Diese Ablehnungen hält die „Ziemia“ nicht für allzu aufrichtig:

„Denn was sollen sie auch eigentlich bedeuten? Daß das D. N. K. nicht die Absicht hat, dem Königreich Polen sein Programm mit Gewalt aufzuzwingen? Aber dies zu tun ist es ja gar nicht imstande. Das Königreich Polen zur Annahme eines bestimmten Programms kann weder das D. N. K. noch irgend eine Regierung zwingen, selbst wenn sie über alle Kräfte physischer und moralischer Natur verfügen würde. Und vielleicht hat das D. N. K. überhaupt nicht die Absicht, auf die öffentliche Meinung des Königreichs Polen dahin einzuwirken, daß es sein Programm annehme? Aber wozu gibt es in diesem Falle eine Reihe von Blättern im Königreich Polen zum Zwecke der Propagierung seines Programms heraus und unterstützt sie, wozu reklamiert es so angelegentlich die Liga des polnischen Staatswesens, die einzige Partei im Königreich Polen, die ihm absolut zur Hand ist? Weil es zweifellos in völlig gutem Glauben handelt, indem es sein Programm als das beste erachtet, so kann man diese Tätigkeit nicht grundsätzlich verwerfen. Man kann jedoch gewisse Mängel dieser Tätigkeit zeigen, ja, man muß sich

sogar gegen gewisse Methoden derselben entschieden verwahren.“

Das Programm des D. N. K. stellt sich nach Ansicht der „Ziemia“ dem in der Erklärung des Gemeinderats von Warschau ausgedrückten Programm entgegen, dem Programm, welches vorher von sämtlichen Parteien des Königreichs Polen angenommen worden ist, dem Programm, welches grundsätzlich auf dem Boden der Unabhängigkeit steht. Der zweite Grund der Abneigung des D. N. K. zur Schaffung eines Nationalrats im Königreich Polen soll sich wie folgt darstellen:

„Wir haben schon erwähnt, daß wir manche, im Königreich Polen vom D. N. K. angewandten politischen Methoden für nicht zulässig erachten. Die Tatsache, daß es auf diese Methoden im Augenblick der Entstehung eines Obersten Nationalrats unweigerlich verzichten müßte, ist der zweite grundsätzliche Grund, weshalb es sich seiner Entstehung widersetzt und das heute im Königreich Polen bestehende Interregnum zu verschleppen sucht. Zu diesen Methoden gehört vor allem die ganze politische Seite der Tätigkeit des Militärdepartements.“

Wir bringen die vorstehenden Informationen mit Angabe der Quelle, da wir in diese Angelegenheiten keinen unmittelbaren Einblick haben. Sie verdienen dies aber infolge ihres Inhalts. Die heimliche Verhinderung einer Konsolidation des Königreichs Polen neben dem lauten Auftreten für sie wäre interessant sogar für uns, die wir uns mit der Zick-Zack-Politik schon vertraut machen konnten.

Aus Nr. 226 der Godzina Polski (Warschau)
vom 15. August 1916.

Ohne Illusionen.

Der Krieg wütet noch mit allen seinen Schrecken über der Welt, aber trotzdem kann man gewisse Folgen, die er nach sich ziehen wird, schon heute feststellen. Viele früheren Begriffe auf den verschiedenartigsten Gebieten unterliegen der Umwertung, und viele Begriffe, die früher den Katechismus der Bestrebungen der Völker und Staaten bildeten, wandern ins Archiv und machen den aus dem Kriege sich ergebenden Notwendigkeiten Platz. Unter den Begriffen dieser Art nimmt die polnische Frage eine hervorragende Stellung ein. In den Anschauungen der an der polnischen Frage direkt interessierten Staaten erfolgt eine langsame Wandlung, und es eröffnen sich auf diesem Gebiete neue Horizonte, die zu einer andern Gestaltung des Verhältnisses dieser Staaten zur polnischen Frage zwingen als bisher. Die Bedeutung der polnischen Frage für die künftige allgemein europäische Entwicklung, wie auch für das innere Leben der Staaten haben die Zentralmächte anerkannt. Sie haben ihr Verhältnis zur polnischen Frage einer gründlichen Revision unterzogen, und in dem Bewußtsein ihrer Bedeutung geben sie ihren Anschauungen eine andere Richtung als die bisherige.

Für Rußland war die polnische Frage, ebenso wie für Österreich und Deutschland, eine rein innere. Aber sowohl für die Mittelmächte wie auch für Rußland hat sie die Bedeutung eines äußeren politischen Problems angenommen, und zwar umsomehr, als die Hauptteile der polnischen Gebiete und damit die des polnischen Volkes angehört haben, einen Bestandteil Rußlands zu bilden. Die russische Regierung will es jedoch nicht einsehen, daß der Krieg einen grundsätzlichen Wechsel nicht nur der territorialen Verhältnisse, sondern auch der Begriffe über die zukünftigen Aufgaben der Staaten herbeigeführt hat und beharrt hartnäckig bei der bisherigen Stellung gegenüber der polnischen Frage, und diese Stellung strebt nach dem

vollständigen Untergange des Polentums im russischen Meere. Zu Anfang des Krieges machte Rußland unter dem Einfluß der Gefahr, die durch eine feindliche Stellung des polnischen Elements sich ergeben konnte, gewisse Zugeständnisse in seinem Verhältnis zu den Polen. Es war dies keineswegs das Ergebnis eines grundsätzlichen Wechsels der Anschauungen in dieser Frage, sondern vielmehr ein taktisches Mittel zur Vermeidung von Schwierigkeiten von dieser Seite. Aus den Nachrichten, die aus Rußland kommen, ergibt sich klar, daß die grundsätzlichen Anschauungen Rußlands nach dieser Richtung hin selbst jetzt sich keineswegs geändert haben, da alle militärischen Anstrengungen zum Zwecke der Wiedergewinnung der verlorenen polnischen Gebiete ergebnislos verlaufen und keine Aussicht auf Erfolg haben. Die Geschichte der Realisierung des Manifestes des Großfürsten zeigt es deutlich, daß Rußland die Emanzipation der Polen von seinem unmittelbaren Einfluß nicht zulassen will und Polen für einen integralen Teil seines Staatswesens ansieht. Unter dem Einfluß der Notwendigkeit oder aus taktischen Rücksichten kann sich Rußland zu gewissen Zugeständnissen verstehen. Es sind dies jedoch auf jeden Fall nur vorübergehende Erscheinungen, die mit dem Wechsel der Verhältnisse ebenfalls dem Wechsel unterliegen werden. Wenn also die Notwendigkeit heute Rußland zu Konzessionen zu Gunsten der Autonomie oder der Selbstverwaltung zwingen sollte, dann wird dies auf jeden Fall so zugeschnitten sein, daß an dem staatsrechtlichen Verhältnis der Polen grundsätzlich nicht geändert wird. Eine grundsätzliche Änderung könnte nur in der Unabhängigkeitserklärung Polens durch Rußland bestehen, also in der Verzichtleistung auf alle Besitzrechte gegenüber den polnischen Gebieten. Jede andere Konzession von seiten Rußlands bildet nur eine Etappe, die an den Grundlinien der Politik nichts ändert. Keines der Projekte der Regulierung der polnischen Frage, die dem Ministerrat vorgelegt wurden, geht über den Rahmen des bisherigen Verhältnisses hinaus, und keins ging so weit, daß es wenigstens den Weg zur Befreiung Polens von Rußland geebnet hätte. Sehr charakteristisch waren hingegen die Erscheinungen, die sich bei der Beratung dieser Projekte im Ministerrat zeigten. Schon die Tatsache, daß das liberale Moskauer Objekt, das in gewissem Grade die Aspirationen der Polen berücksichtigte, a limine geworfen wurde, beweist, daß die russische Regierung die polnischen Bestrebungen als verträglich mit den Bestrebungen des russischen Staates nicht anerkennt. Das Projekt Sasjanows dagegen, das sich auf die Grundsätze des Manifestes des Großfürsten stützt und damit die staatliche Zugehörigkeit Polens zu Kurland zur Voraussetzung hat, wurde gegen das Projekt Stürmers, das den Polen weiter nichts geben will, als eine gewöhnliche lokale Selbstverwaltung, angenommen. Der Verfasser des angenommenen Projekts jedoch ist unterdessen von der politischen Arena verschwunden und seine Ausführung wird dem Gegner des Projekts überlassen bleiben. Kann man demnach erwarten, daß Herr Stürmer geneigt wird, ein Projekt gegen seine eigene Überzeugung in die Tat umzusetzen? Man kann im Gegenteil entschieden behaupten, daß der russische „Kanzler“ seinen ganzen mächtigen Einfluß gebrauchen wird, um das Projekt Sasjanows unwirksam zu machen und das seinige durchzuführen. Daß ein solcher Wechsel der Beschlüsse in Rußland möglich ist, kann man sich vorstellen, wenn man auch nur die letzten Vorgänge bezüglich der polnischen Frage betrachtet.

Wenn man alle diese Umstände in Betracht zieht, dann kommt man zu der Überzeugung, daß die grundsätzliche Stellung Rußlands zu der polnischen Frage dieselbe geblieben ist wie vorher. Daher werden alle

Alte, die von seiten Rußlands erfolgen, für uns keine Bedeutung haben, da sie das Ergebnis äußerer Notwendigkeiten sind, nicht aber eine grundsätzliche Änderung der Begriffe bezüglich der allgemeinen Staatsziele.

Für die Zukunft Polens ist die Zeit der Entscheidung gekommen. In der Allgemeinheit selbst fängt das Streben nach Unabhängigkeit, das noch vor kurzem als ein beinahe unerreichbares Ideal erschienen ist, sich zu kristallisieren und konkrete Formen anzunehmen. In einer solchen Phase überlegt Rußland die Autonomie für Polen unter dem Zepher des Zaren und hat noch Zweifel, ob es in den Konzessionen so weit gehen könne! Man kann sich schwerlich darüber wundern, wenn man weiß, was für eine Gefahr für das russische Verwaltungssystem die Gewährung von weitgehenden Freiheiten an die Polen bilden würde und was für einen Widerhall eine solche Tatsache in dem gesamten Imperium finden würde. Unsere Allgemeinheit wird sich dessen immer mehr bewußt und nimmt daher die Nachrichten von der andern Seite der Front gleichgültig entgegen, denn sie weiß, daß alles, was von dort kommen kann, nur eine mit Blumen geschmückte Knete sein könnte.

Aus Nr. 74 des Kraj (Lissa)

vom 17. August 1916.

Die berühmte Posener Postkarte

der dortigen Stadtverordnetenfraktion an den Gemeinderat in Warschau ist in die Hände des Vorsitzenden, Professors Dr. von Brudzinski gelangt, wie dieser auf die Frage des Stadtverordneten Piechowzki erklärte.

Krakau erhält eine Antwort auf die Adresse . . . ob wohl Posen auch?

Aus Nr. 179 des Dziennik Narodowy (Petrikau)

vom 8. August 1916.

Ein Brief aus Lodz.

(Von unserem Berichterstatter.)

Lodz, den 5. August 1916.

Der Lodzer Magistrat steht auf der Schwelle des Bankrotts, da die dritte bewilligte Anleihe von 10 Millionen, welche von Berliner Banken realisiert werden sollte, infolge der Ablehnung der Garantie seitens der Lodzer Bürgerschaft und der Fabrikanten wahrscheinlich nicht zustande kommen wird. Die Ablehnung der Garantieleistung steht im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit in den Lodzer Fabriken vorgenommenen Requisitionen.

Die Vorräte werden für die Bedürfnisse der Stadt kaum für 2 Wochen ausreichen; welchen Ausweg der Magistrat aus dieser Lage finden wird, ist heute schwer vorzusehen.

Mit der Requisition der fertigen Waren und Maschinenteile sind die Fabrikanten sehr unzufrieden. Man rechnete ihnen die Waren nach den vor dem Kriege üblichen deutschen Preisen ein; dazu zahlte man ihnen nur 30 % in Bar, den Rest der Forderung sollen sie nach dem Kriege erhalten.

Alle Fabriken und Geschäfte sind von Waren entblößt; bei der Firma Poznanski wurden für 11 Millionen Rubel fertige Waren requiriert, in der Fabrik A. Richter für 6 Millionen Rubel, in der Akt.-Ges. Silberstein für 3 Millionen Rubel. Bei allen übrigen größeren Firmen wurde für Millionen requiriert, so daß nach der Berechnung der Fabrikanten in ganz Lodz für 210 Millionen Rubel fertige Waren requiriert worden sind. Die Preise verschiedener Stoffe sind im Kleinverkauf unermesslich gestiegen.

Außerdem schreiten die deutschen Behörden zur Requisition derjenigen Maschinenteile aus Kupfer und Messing, die bis jetzt in die Requisition nicht eingegriffen waren, so daß man verschiedene Maschinen demolieren mußte, um irgendeinen Messingteil abgeben zu können.

Was in Lodz für eine Menge Kupfer, Messing, Zink und Leder genommen wurde, dafür möge als Beispiel die eine Fabrik Biedermann dienen, die nicht ganz 2000 Arbeiter beschäftigt. Bei der letzten Requisition wurden aus dieser Fabrik allein 9000 kg Kupfer, 3500 kg Blei, 2 kg Zinn genommen. Treibriemen wurden für einige Tausend Mark requiriert. Was soll man von solchen Firmen wie Poznański, Scheibler, Gayer, Grohmann und vielen anderen sagen, von denen jede 5000—6000 Arbeiter beschäftigte?

Kenner der industriellen Verhältnisse behaupten ganz ernst, daß Lodz nach den letzten Requisitionen der vollständige Niedergang drohe.

Auf die am 14. Juli d. J. von dem Grundbesitzerverein der Stadt Lodz an den Generalgouverneur in Warschau eingereichte Eingabe betreffend die Reform des Gerichtswesens in Lodz im Sinne der Forderungen und der Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung des Inhalts, daß in dem Gerichtswesen die polnische Sprache eingeführt werde, ist eine Antwort eingegangen, in welcher der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau sagt: „Nach Prüfung des Sachverhalts bin ich gezwungen, den in der Eingabe ausgedrückten Wunsch einer Reform des Lodzger Gerichtswesens abzulehnen.“

Die Polizei zieht auch weiterhin diejenigen Besitzer von Geschäftsschildern zur Verantwortung, die auf ihren Schildern nur den polnischen Text haben.

Aus Nr. 183 des Dziennik Narodowy (Petrfau)
vom 13. August 1916.

Brief aus Lodz.

(Von unserem Berichterstatter).

Lodz, den 8. August 1916.

Die Vereinigung der Immobilienbesitzer in Lodz entsandte neulich an den Generalgouverneur von Warschau eine Abordnung in Sachen der Steuern, die für das Jahr 1914, 1915 und 1916 zur Einziehung gelangen sollen. Infolge der ungeheuren Stagnation zahlt die Mehrzahl der Mieter keine Miete, daher können auch die Immobilienbesitzer keine Steuern zahlen.

Die Abordnung erhielt in der Audienz beim Chef der Finanzabteilung die Antwort, daß die Steuern geahlt werden müßten, andernfalls Lodz eine Kontribution auferlegt werden wird. Er gab jedoch den Delegierten zu verstehen, daß eine Herabsetzung der Steuern eintreten kann.

In Anbetracht der systematischen Schikanierung der polnischen Ratsherren durch verschiedene Faktoren infolge der Unmöglichkeit, die städtische Mißwirtschaft abzustellen, weil die Freiheit des Gemeinderats beeinträchtigt ist, beschlossen die polnischen Ratsherren, dem Generalgouvernement in Warschau eine umfangreiche Denkschrift vorzulegen und auf ihre Mandate zu verzichten.

Aus Nr. 76 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 19. August 1916.

Die litauische Frage vor dem Forum Europas.

In den letzten Tagen wurde in dem „Dziennik Rижowski“ an der Hand der russischen Zeitung „Utro Rosji“ der Inhalt eines Interviews gebracht, welches der litauische Abgeordnete Jezas mit dem Redakteur

der oben erwähnten russischen Zeitung hatte. Da der in dem Rижewer Organ angegebene Inhalt des Interviews nicht genau genug ist, und mit Rücksicht auf die tatsächliche Wichtigkeit der Sache gehen wir es in wörtlicher Übersetzung direkt aus dem „Utro Rosji“ wieder, das wir gerade zur Hand haben. In der russischen Zeitung lesen wir in dieser Sache was folgt:

Der Abgeordnete Jezas hatte reichlich Gelegenheit, mit zahlreichen Vertretern der französischen und englischen Meinung zusammen zu kommen. U. a. sprach er über die Frage der kleinen Nationen überhaupt und der Litauer im besonderen der Reihe nach mit Poincaré, Grey, Doumergue, Deschanel und anderen Persönlichkeiten. „In diesen Gesprächen bemühte ich mich — sagte er — Westeuropa mit den nationalen Idealen der Litauer, mit ihren geschichtlichen Traditionen, sowie mit ihrer heutigen politischen und wirtschaftlichen Lage bekannt zu machen. Besonders hob ich das alte Streben der Litauer hervor, die sich teilweise unter deutscher Herrschaft befinden, Bestrebungen, die sich auf die nationalpolitische Vereinigung innerhalb der Grenzen eines Staates richten. Bei dieser Gelegenheit übergab ich das polnisch-litauische Verhältnis nicht und erwähnte auch die russisch-litauischen Fragen. Man darf nicht vergessen, daß in Ostpreußen der litauische Gedanke noch lebt und sich sogar ziemlich bedeutend entwickelt. Die Stimmung der preussischen Litauer ist noch nicht genau formuliert, und es macht sich in ihr eine verhältnismäßige Ungewißheit und Wankelmütigkeit bemerkbar. Die Litauer besitzen in Preußen bis jetzt noch kein genau vorgezeichnetes Programm. Ihre Bemühungen, sich mit den russischen Litauern zu vereinigen, sind mehr instinktiv als real und beruhen auf veränderlichen Orientierungen oder theoretischen Stimmungen. Unter den Litauern auf deutschem Gebiete gibt es rücksichtslose Anhänger der preussischen Orientation, aber es fehlen auch solche nicht, die unter bestimmten Umständen bereit wären, die russische Orientation anzunehmen (??). Dabei muß man hervorheben, daß auch die Tätigkeit der beiden litauischen Abgeordneten, welche im preussischen Landtage sitzen, Sieputat und Gajgalajtus, den bisherigen Erwartungen der litauischen Allgemeinheit nicht entspricht.“

„Die Sache der Autonomie Litauens ist eigentlich in Europa vollständig neu und gehört zum größten Teile zu den inneren russischen Fragen. Im heutigen Augenblicke scheint sie um so komplizierter, weil das frühere russische Gebiet Litauens sich seit längerer Zeit unter der Besetzung durch zwei fremde Staaten befindet. So habe ich sie denn auch so dargestellt, indem ich unzweideutig zu verstehen gab, daß die Litauer auf keine andere Lösung der Angelegenheit rechneten, als auf eine solche, bei der man naturgemäß eine gegenseitige Verständigung zwischen Preußen und Rußland annehmen muß.“

„Nach meinen privaten Informationen haben bestimmte polnische Kreise am 14. Oktober 1915 in Berlin eine Denkschrift eingereicht, in welcher sie die Notwendigkeit der Vereinigung der litauischen und weiß-russischen Länder mit dem zukünftigen Königreich Polen nachwiesen. Diese Denkschrift ist, wie ich erfahren habe, auch in den Regierungskreisen besprochen worden. Es interessierte mich, inwieweit die „verantwortlichen Vertreter der polnischen öffentlichen Meinung“ im Auslande diese Ansicht teilen. In dieser Sache hatte ich in London mit verschiedenen einflußreichen polnischen Agitatoren eine Aussprache; mit Roman Dmowski habe ich sogar zweimal gesprochen. Diese Aussprachen haben mich vollständig befriedigt. Einzelne Agitatoren haben mir kategorisch erklärt, daß die Polen aus dem Königreich die litauischen Länder nicht beanspruchten, und daß sie sich eine Autonomie nur in den ethnographischen

Grenzen wünschten. Ich habe Veranlassung, anzunehmen, daß das keine persönlichen Ansichten dieser Führer sind, sondern die Stimmung der ganzen entsprechenden Gruppen und Parteien im Vaterlande.

„Im Auslande erfuhr ich gleichfalls von den angeblichen deutschen Plänen zur Lösung der litauischen Frage. Anfangs beabsichtigten die Deutschen, die litauischen Länder Preußen einzuverleiben; dieses Projekt fand aber keine Unterstützung bei den Deutschen, selbst. Dann kam ein neues Projekt zum Vorschein: aus dem besetzten Litauen einen besonderen, zum Deutschen Reiche gehörigen Staat mit einem eigenen Landtage und Könige zu bilden. Es wurden mir sogar schon die Namen der Kandidaten für den litauischen Thron genannt; aber gleichzeitig wurde mir andererseits versichert, daß es sich dabei lediglich um Vermutungen und Gerüchte handle. Etwas Bestimmtes mir zu sagen war man nicht in der Lage; meines Erachtens war auf diesem Gebiete überhaupt noch nichts Bestimmtes beschlossen worden.“

Das ist die wörtliche Übersetzung des Inhalts des in dem „Utro Rosji“ abgedruckten Interviews. Es muß noch die neueste Meldung folgenden Inhalts hinzugefügt werden:

Das lettische konservative Organ „Dsimtenes Westnesis“ drückt seine Unzufriedenheit darüber aus, daß der litauische Abgeordnete Jczas im Auslande die Frage der kleinen Nationen Rußlands und der Litauer besprochen hat. „Die ausweichenden Antworten der Staatsmänner, mit welchen er gesprochen hat, zeugen davon, daß die Mission Jczas nicht angebracht und unzeitgemäß gewesen ist. Die ausländischen Politiker konnten Jczas keine Antwort geben, ehe sich Rußland und Deutschland geäußert haben werden. Komisch klingt die Nachricht, daß auch der lettische Abgeordnete Jalit in der nächsten Zeit sich nach dem Auslande zu begeben beabsichtige, um die Lage der Letten aufzuklären. Wir wollen nicht glauben, daß Jalit dem Beispiel Jczas gefolgt ist. Es liegt kein Grund vor, die örtlichen Verhältnisse ins Ausland zu tragen.“ — Mit diesem Artikel der lettischen Zeitung ist die russische nationalistische Zeitung „Nowoje Wremia“ sehr unzufrieden, welche es gern sähe, wenn die litauischen Abgeordneten im Auslande eine russenfeindliche Agitation weiter betreiben und auf diese Weise den Eindruck des unlängst in der Schweiz abgehaltenen Kongresses der kleinen Nationen Rußlands selbst abschwächen würden. So fanden dann auch die Auslassungen Jczas Worte der Anerkennung seitens des „Nowoje Wremia“.

Betrifft die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 395 der „Nowa Reforma“ (Krakau)
vom 8. August 1916.

Die polnische Frage in der Gegenwart.

I.

Die Kurve der Entwicklung der polnischen Frage hat gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht. Die von allen Seiten eintreffenden Nachrichten lassen die Behauptung zu, daß die polnische Frage unter allen erstklassigen Problemen, die der Krieg auf die Tagesordnung gebracht hat und deren Lösung er bringen soll, die Zentralstelle einnimmt.

Vor dem Kriege und im ersten Abschnitt desselben bildete das Zentrum der internationalen Probleme die Türkei. Es handelte sich darum, ob die Türkei geteilt werden soll, wie es die Entente wünschte, oder ob sie erhalten und zu neuem Leben befähigt werden soll, wie es die Hauptaufgabe der Mittelstaaten war.

Der Verlauf der Kriegseignisse, beendet durch die Liquidation des Dardanellenunternehmens und die Katastrophe der englischen Armee in Mesopotamien, entschied die türkische Frage in der Richtung der Wünsche und Forderungen der Mittelmächte. Die bisherige tatsächliche Sachlage, wie sie durch den Weltkrieg geschaffen worden ist, kann keine Etappe weder zur Eroberung von Konstantinopel, noch zur endgültigen Aufteilung der Türkei bilden. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß der weitere Verlauf des Krieges die Rückkehr zu solchen Zielen bei der Lösung des türkischen Problems ermöglichen könnte.

An die Stelle der türkischen Frage ist durch den Krieg die polnische Frage zum Mittelpunkt der europäischen Politik gemacht worden. Die polnischen Gebiete sind neben Belgien und Serbien die einzigen, die infolge des Krieges ihre Verwalter gewechselt haben. Belgien und Serbien vereinigten auf ihren Gebieten wenn auch erstklassige, so doch nur geteilte Interessen Europas. Polen hingegen und sein zukünftiges Schicksal bildet ein Problem, an dessen Lösung in dieser oder jener Weise beide kämpfenden Lager und mit ihnen ganz Europa und die ganze zivilisierte Welt in gleichem Grade beteiligt sind.

Wenn wir uns die Gesamtheit der Kriegsgebiete im weitesten Sinne dieses Wortes als Schachbrett vorstellen, dann entspricht Polen auf diesem Schachbrett der Stelle, auf der sich die Könige befinden. Belgien und Serbien sind die Felder wichtiger Figuren, wie z. B. der Königin und Türme usw. Aber die Könige selbst stehen in dieser bedeutungsvollen Partie — auf polnischen Feldern. Auf diesen kann daher auch nur das — Matt erfolgen.

Die Erkenntnis dieser Tatsache ist heute schon allgemein. England stand zu Anfang des Krieges in der polnischen Frage ganz auf dem russischen Standpunkt. Polen war für das englische Kabinett eine rein innere russische Angelegenheit. Aber seit dem Rückzug Rußlands aus Polen ist die Frage des weiteren Schicksals dieser Gebiete für England sehr wichtig geworden. England steht hier einem neuen erstklassigen Problem gegenüber. Die Vorsicht verbietet es England, sich durch das Problem in irgendeiner Weise zu binden. Daher sind auch die englischen Politiker bis jetzt in allen ihren öffentlichen Erklärungen der polnischen Frage aus dem Wege gegangen.

In Wirklichkeit jedoch beschäftigt sich die Foreign-office seit einem Jahre sehr eingehend mit der polnischen Sache. Man hat für dieselbe ein besonderes Bureau geschaffen, in dem zwei Beamte sich systematisch mit der Sammlung des Materials beschäftigen, die Stimmen fast aller polnischen Zeitungen registrieren, die darauf bezüglichen Publikationen sammeln usw. Nähere Nachrichten besagen, daß seit einem Jahre die Ansichten der englischen maßgebenden Kreise über die polnische Frage der russischen Richtung nicht mehr unbedingt folgen.

In Frankreich liegt die Sache im allgemeinen ähnlich, obwohl die Nachgiebigkeit des dortigen Kabinetts gegenüber dem allmächtigen Iswozki bewirkt, daß die Selbständigkeit der französischen Ansichten über die Polenfrage sich nach außen hin nicht mehr mit solcher Kraft äußern kann, wie dies z. B. in England der Fall ist.

In Italien hat man sich mit der Polenfrage zu Anfang des Krieges, noch zur Zeit der Neutralität, lebhaft beschäftigt. Diese Beschäftigung hatte gewiß italienische Ziele und bewegte sich in der Richtung des Aufrufs des Großfürsten. Gegenwärtig zur Zeit des Krieges hat das Interesse an der Polenfrage zwar nicht nachgelassen, hat aber auch keine bestimmte Form angenommen. Italien interessiert Polen hauptsächlich von dem Gesichtspunkte aus, wer durch Lösung der

Polenfrage in der Lage sein wird, das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben.

Den feststehenden Punkt in allen diesen Ansichten der westlichen Mitglieder der Koalition über die Polenfrage bildet gegenwärtig zur Zeit des Krieges die militärische Seite des polnischen Problems. Sowohl in London als auch in Paris und Rom kennt man zwei Tatsachen: 1. daß sich im Königreich ungefähr 1 Million waffenfähiger Männer befinden und 2. daß seit 2 Jahren auf österreichischer Seite die — polnischen Regionen kämpfen, eine ausgezeichnete freiwillige Truppe, deren moralisch-politische Bedeutung durch die Schaffung eigener „polnischer Legionen“ durch Rußland nicht herabgesetzt werden konnte.

Diese zwei Tatsachen bilden die Grundlage der Befürchtungen in London, Paris und Rom, daß die Polen als wichtiger politischer Faktor auf der Seite der Zentralmächte erscheinen und auf diese Weise das militärische Kräfteverhältnis zugunsten derselben verschieben könnten.

Aus tiefer liegenden Gründen sind diese Besorgnisse in London noch nicht so stark und machen sich nach außen hin nicht sehr deutlich geltend. In Rom aber verheißt man seine Nervosität nach dieser Richtung hin nicht. Im allgemeinen stehen diese charakteristischen Erscheinungen in den westlichen Koalitionsmächten im umgekehrten Verhältnis zu ihren militärischen Kräften. Italien fühlt sich am schwächsten und daher fürchtet es sich am meisten.

Aus Nr. 397 der Nowa Reforma (Kraau)
vom 9. August 1916.

Die polnische Frage in der Gegenwart.

II.

Das an der polnischen Frage direkt beteiligte Mitglied der Koalition, Rußland, fand für sich eine politische Linie, bestimmt durch die vollendeten Tatsachen, wie auch durch die erwarteten Möglichkeiten und Notwendigkeiten. — Diese Linie läßt sich bereits ganz deutlich erkennen.

Entgegen den tatsächlichen Verhältnissen hält das Petersburger Kabinett zähe daran fest, daß die polnische Frage eine innere russische Angelegenheit sei. Ist dies nur die stolze Hartnäckigkeit der erst vor kurzem verlorenen Herrschaft, oder ist es ein politischer Gedanke?

Unzweifelhaft ist darin viel Hochmut, der sich nicht leicht mit der Demütigung durch den Verlust des kultiviertesten Teiles des riesigen Imperiums abzufinden vermag. — Es liegt auch darin der Streit um die Opportunität der eigenen öffentlichen Meinung, die in dieser Hartnäckigkeit der Regierung noch eine Zeitlang ihren kräftigen Willen, die polnischen Gebiete wieder zu gewinnen, vielleicht zu erblicken vermag. Vor allem liegt darin jedoch ein politischer Gedanke. Doch welcher?

Mit der Möglichkeit des Suchens eines Friedens unter Bedingungen, die durch den Krieg geschaffen werden, real rechnend, muß Rußland die Eigentumsrechte, die Gegenstand des Handels, des Kaufs oder Verkaufs werden können, für sich wahren. Zu diesem Zwecke müssen diese Titel sogar, soweit es möglich ist, durch häufige Hervorhebung, kräftige Betonung gestärkt werden.

Bei der gegenwärtigen Sachlage muß dies namentlich bezüglich der polnischen Gebiete geschehen. Es spricht alles dafür, daß Rußland, wie seine Bundesgenossen, jetzt nur noch um — günstige Friedensbedingungen kämpfen. Alle nüchternen russischen Politiker und Strategen müssen es verstehen, daß zwecks Erlangung solcher Bedingungen, wie z. B. Wieder-

den Rest des Kaufpreises eines erträglichen Friedens durch Abtretung von — nicht russischen, also polnischen Gebietsteilen wird ausgleichen müssen.

Auf diese Weise werden diese Gebiete vom Standpunkt der russischen Interessen ein Bestandteil des Preises, für den man annehmbare Friedensbedingungen erlangen kann. Zu diesem Zwecke jedoch muß der Rechtstitel Rußlands an dem Besitz dieser Gebiete bis zum letzten Augenblicke der Friedensverhandlungen in unantastbarem und unangreifbarem Zustande bewahrt werden.

Wenn Rußland schon heute den internationalen Charakter der polnischen Frage anerkennen würde, so würde es schon dadurch den eigenen Rechtsanspruch auf den Besitz dieser Gebiete schwächen. Und dadurch würde es das Kompensationsobjekt verlieren, das es in diesem Rechtsanspruch auf diese Gebiete besitzt.

Stellen wir uns vor, daß bei den Friedensverhandlungen mit Rußland die Sachlage in folgender Weise sich darstellt: Rußland verlangt aus irgend welchen Gründen die Rückgabe gewisser, für dasselbe wichtiger Gebiete, die zur Zeit der Verhandlungen von den Mittelmächten okkupiert sind, ferner die Einräumung gewisser Rechte auf dem Balkan, die Anerkennung der in Persien geschaffenen tatsächlichen Lage usw. Als Entgelt dafür bietet Rußland unter anderem die polnischen Gebiete an. Es ist klar, daß, wenn es jetzt schon dem Eigentumsrechte auf diese Gebiete entsagen würde, diese dann nicht mehr als Gegenwert für andere Forderungen und Vorteile anbieten könnte.

Auf diese Weise erklärt sich die Hartnäckigkeit, mit der Rußland seine Ansicht über den Charakter der polnischen Frage als einer innerlich russischen; und damit zugleich sein Eigentumsrecht an diesen Gebieten aufrecht erhält.

Damit dies aber nicht eine reine Formalistik bleibe, sondern das Eigentumsrecht auch „ausgeübt“ werde, beschäftigt sich das Petersburger Kabinett auch „praktisch“ mit der polnischen Frage, indem es bei jeder Gelegenheit verkündet, daß es eine Selbstverwaltungsordnung für das Königreich Polen bearbeite, ein Manifest in der polnischen Sache vorbereite usw.

Andererseits und aus denselben Gründen lehnt es die russische Regierung ab, die aus den polnischen Gebieten zurückgezogenen Behörden und Institutionen aufzuheben. Vor kurzem erhielt die Delegation der Warschauer Universität, die sich in der Emigration in Kowno befindet, die feierliche Versicherung, daß die ganze Universität mit dem Lehrkörper und dem darin lebenden Geiste unzweifelhaft nach Warschau zurückkehren wird.

Zwar stehen die in der polnischen Frage gemachten Zusicherungen in krassem Gegensatz zu den Zusicherungen, die den Vertretern der aus den polnischen Gebieten zurückgezogenen russischen Beamten gegeben werden; die russische Regierung jedoch kümmert sich keineswegs um die Logik, sondern um die Stärkung ihres Eigentumstitels. Dazu dienen aber in gleicher Weise die Zusicherungen, die beiden Kategorien gegeben wurden.

In dem selben Maße, in dem die Überzeugung von der Unmöglichkeit der Rückkehr nach Polen sich bei dem offiziellen Rußland befestigen wird, wird dasselbe in Versprechungen und Zusicherungen gegenüber den Polen freigebiger werden. Die russischen Kreise kündigen das baldige Erscheinen eines kaiserlichen Manifestes in der polnischen Sache an. Der Inhalt dieses Manifestes wird unzweifelhaft die eigentlichen Ansichten und Absichten der russischen Regierung in der polnischen Frage anzeigen — nur in entgegengesetzter Richtung. Je freigebiger das Manifest sein wird, desto deutlicher wird der Verzicht auf die Hoffnung der Rückkehr nach Polen sein, und umge-

fehrt, je beschränkter an Versprechungen, desto mehr wird es die Gewißheit der Russen verraten, nach dem geliebten — Weichsellande zurückzukehren.

Das ist die eigentliche Logik der Sache. Falls Rußland mit der Rückkehr nach Polen rechnet, kann es sich nicht durch allzuviel Versprechungen binden, die es doch nicht halten wird. Umgekehrt kann es, wenn es sich mit dem Verluste Polens abgefunden hat, um so freigebiger mit Versprechungen sein. Denn je mehr und feierlicher es verspricht, umso mehr wird es später den Einfluß auf die zukünftige Gestaltung des Schicksals Polens beanspruchen, woran es wieder sein unzweifelhaftes und bedeutendes politisches Interesse hat.

Aus Nr. 399 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 10. August 1916.

Die polnische Frage in der Gegenwart.

III.

Während aber die ganze Koalition keinen direkten Zutritt zu Polen hat, sind die Mittelmächte, nachdem sie die polnischen Gebiete besetzt haben, in der Lage, jeden Augenblick dort Tatsachen zu vollziehen, wie z. B. die Einrichtung der höheren Lehranstalten in Warschau, aber auch noch größere und größte. Das „*jus possidentis*“ befindet sich in der polnischen Sache in vollem Umfange auf seiten der Mittelmächte. Darin liegt ihre besonders wichtige Rolle bei der Gestaltung unserer nationalen Geschichte.

Natürlicherweise müssen die Mittelstaaten diese ihre Rolle als einen Bestandteil ihrer eigenen Staatsaufgaben auffassen, wie sie der Krieg hervorgerufen hat. Oder mit anderen Worten: Der einzige Gesichtspunkt in der polnischen Frage ist ihr eigenes Interesse.

Ein Jahr der Erfahrungen und Ereignisse auf der ganzen Weltarena hat es bewirkt, daß dieses eigene Interesse der Mittelstaaten an der polnischen Frage sich zu einem reichhaltigen und üppigen System entwickelt hat, das weit über die Gegenwart und den Zeitraum nach dem Kriege hinaus — in ferne Zukunft reicht.

In diesem so bedeutend erweiterten Rahmen stimmt das Interesse der Mittelstaaten mit unserem Interesse der staatlichen Restitution in vielen grundsätzlichen Punkten überein. Das Wichtigste und Fundamentalste hat bereits der deutsche Reichskanzler seinerzeit bezeichnet, indem er zwei Sachen ankündigte: erstens, daß die Mittelstaaten die polnischen Gebiete Rußland nicht mehr wiedergeben werden, und zweitens, daß sie die sich daraus ergebende polnische Frage selbstständig lösen werden.

Was den zweiten Punkt anbelangt, der für uns grundsätzlich sein muß, gibt es — namentlich bezüglich der Unteilbarkeit des polnischen Gebiets — keine offizielle Erklärung von seiten der Mittelmächte; aber es ist kein Mangel an indirekten Tatsachen vorhanden, die zu der Schlußfolgerung berechtigen, daß auch in bezug auf diesen Punkt das Interesse der Mittelstaaten mit dem nationalen polnischen Interesse nicht kollidiert.

Ein gehöriges Durchdenken des Interesses der Mittelstaaten hat dazu geführt, daß die leitenden Faktoren — und um diese, nicht um die Schreier kann es sich handeln — den Wiederaufbau eines zum Leben und zum Widerstande fähigen Polens als ihre geschichtliche Notwendigkeit erkannt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Ziel bereits klar aufgestellt ist und daß beide Mittelstaaten in der Anerkennung desselben einig sind.

Eine andere Sache ist — der Weg zu diesem Ziele, die Mittel seiner Erreichung und die Sicherung der Dauerhaftigkeit des Erreichten. Hier beginnt der Unterschied der Anschauungen, entsprechend den indi-

viduellen Bedürfnissen einer jeden der beiden Mittelmächte. Hier ist auch die Notwendigkeit eines Ausgleichs der beiderseitigen Interessen dieser Mächte noch vor dem Betreten des Weges nötig, der direkt zum Wiederaufbau eines lebensfähigen Polens führen soll.

Unzweifelhaft ist dies eine verwickelte Sache, die Zeit und Anstrengung erfordert.

Aber wenn ein gemeinsames Ziel bereits aufgestellt ist, dann werden sich die Mittel zur Erreichung desselben früher oder später finden. Der Verlauf der kriegerischen Ereignisse muß hier beschleunigend einwirken, und zwar ohne Rücksicht darauf, was für Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Die Schaffung einer vollendeten Tatsache nämlich ist für beide Möglichkeiten, — sowohl die eines baldigen Friedensschlusses, wie auch einer noch langen Dauer des Krieges — gleichmäßig notwendig. Wenn der Friede bald kommen soll, dann müssen die Mittelstaaten ein Interesse daran haben, die polnische Frage möglichst bald zu lösen, damit sie auf dem grünen Tisch des Friedenskongresses als eine fertige erscheine, und die Gegenpartei durch die faktische Sachlage in der Möglichkeit, sich dieser Frage als Mittels zur Erreichung ihrer Ziele zu bedienen, beschränkt werde. Wenn aber der Krieg noch lange dauern soll, dann müssen wir nach sorgfältiger Betrachtung aller Bedingungen seiner Fortdauer zu der Überzeugung kommen, daß die vom Reichskanzler angekündigte Lösung der polnischen Frage in diesem Falle noch mehr eine schnelle Erledigung verlangt, als für den Fall eines baldigen Friedensschlusses.

In diesen allgemeinen Umrissen stellt sich die polnische Frage in der Gegenwart dar. Wie ich bereits zu Anfang erwähnt habe, durchleben wir gegenwärtig den wichtigsten und entscheidendsten Zeitraum für die Entwicklung unserer nationalen Sache. Die Notwendigkeit der Einigkeit auf allen Gebieten nationaler Betätigung ist nicht nur in unserem Gebietssteil, sondern auch in ganz Polen heute größer, als sie es irgendwann gewesen ist. Auf die verschiedenen Teile unseres Volkes wirken nämlich verschiedene Einflüsse ein. Und die Gefahr, die durch diese Verschiedenartigkeit unserer Zukunft drohen kann, läßt sich in keiner anderen Weise beseitigen, als durch Eintracht und Einvernehmen aller auf nationalem Gebiete tätigen Faktoren. Für alle, die in der Erkenntnis des gemeinsamen großen Zieles einig sind, kann diese Verschiedenartigkeit der Einflüsse unter Umständen sogar nützlich sein, aber für uns alle nur, wenn wir — innerlich einig sind.

Aus Nr. 3069 der Gazeta Poranna (Lemberg)
vom 17. August 1916.

Die Gefahr einer Teilung des Königreichs Polen ausgeschlossen.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Wien, den 14. August.

Unser Berichterstatter erhielt von einer hervorragenden polnischen Persönlichkeit, welche mit der Sachlage gut vertraut ist, die bestimmte Versicherung, daß das konkrete Ergebnis der in Wien zwischen den Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns abgehaltenen Konferenz die völlige Ausschließung der Möglichkeit einer Teilung des Königreichs Polen zwischen den beiden Mittelmächten ist. Nach den Wiener Konferenzen sollte die Beunruhigung des polnischen Volkes hinsichtlich einer bevorstehenden Teilung vollständig verschwinden. Die Teilung des Königreichs Polen in ein deutsches und österreichisches Okkupationsgebiet ist eine provisorische Einrichtung militärischer Natur; die Mittelmächte haben nicht die Absicht, dieses Provisorium

festzulegen; bei der endgültigen Lösung der polnischen Frage wird die Möglichkeit einer Teilung durchaus nicht in Frage gezogen werden.

Wie dieser zukünftige Staat aussehen wird, darüber läßt sich heut noch nichts Konkretes sagen; in jedem Falle ist die Meinung irrig, daß das grundsätzliche Programm des Obersten Nationalkomitees gegenstandslos geworden sei. Dieses Programm ist auf der Idee des polnischen Staatswesens aufgebaut, und diese Idee bahnt sich durch die Peripetien des Weltkrieges siegreich den Weg. Auf die Frage, ob man in den nächsten Tagen irgendwelche Erklärungen in der polnischen Frage zu erwarten habe, wies der polnische Politiker auf die in Nr. 85 des Wochenblattes „Polen“ vom 11. August gebrachten Erklärungen hin. Die Erwartung irgendwelcher außerordentlichen Kundgebungen und die Bestimmung beliebiger Termine ist die Erscheinung einer übrigens verständlichen Ungeduld und Sehnsucht, welche die polnischen Seelen erfüllt. Für einen Realpolitiker ist am wichtigsten die Tatsache, daß die Mittelmächte das polnische Problem im Sinne der polnischen Wünsche aufrichtig lösen wollen und daß jeder von ihnen in den letzten Zeiten unternommene Schritt den Termin der Lösung beschleunigt, die wahrscheinlich lange vor Beendigung des Krieges eintreten wird.

Die nächste Etappe auf dem Wege zum polnischen Staatswesen wird, wie man hört, eine weitgehende Organisation der polnischen Legionen sein. Ein hervorragender polnischer Politiker erinnerte bei dieser Gelegenheit an das Gespräch eures Korrespondenten mit einem österreichischen Staatsmann, welches im Juli 1915 in eurem Blatte veröffentlicht wurde. In diesem Gespräch ist u. a. gesagt: „Das Blut der polnischen Legionen ist nicht umsonst geflossen.“ Heut nach einem Jahre können wir feststellen, daß sich die Worte des österreichischen Staatsmannes bewahrheitet haben. Möchte bis zu dieser Zeit nicht nur eine äußere, sondern auch eine innere Konsolidierung des polnischen Gedankens eintreten, möchten endlich die Zwistigkeiten verschwinden, die unserer Nation so viel Schaden gebracht haben.

Aus Nr. 408 des Czas (Kraakau)

vom 14. August 1916.

Zwei Jahre Legionen.

Zu später Nachtzeit an einem August-Sonntage, bei dem schon glänzenden Feuerschein des Krieges, der vor allem die polnischen Lande beleuchtete, beendete vor zwei Jahren der polnische Klub seine Beratungen. — Er beendete sie mit einer Kundgebung, die da feststellte, daß der Zeitpunkt gekommen sei, „in welchem die Nation beweisen muß, daß sie lebt und leben will, daß sie den von Gott ihr zugewiesenen Platz behaupten und gegen den Feind verteidigen will und kann“ und zur Feststellung ihrer Lebensrechte „die polnische nationale Kraft in die bewaffneten polnischen Legionen umsetzen muß.“ Die Ereignisse gingen von nun an rasch vorwärts, unsere Aussichten und Hoffnungen veränderten sich unaufhörlich, nicht alle Anschauungen, namentlich nicht alle menschlichen Charaktere bestanden die Probe der Wirklichkeit, — aber eins behauptete sich in diesem rasendem Tanze der Hoffnungen und Verzweiflungen, der Überraschungen und Enttäuschungen, die unerschütterliche, keinen Augenblick wankende: polnische Legion!

Legion! Mit Angst nahm man ihre Organisation in Angriff, mit einer Angst, die nur das freudige Gefühl der großen geschichtlichen Zeit betäubte. Aus auseinanderlaufenden, ungewandten, nicht genug disziplinierten und bewaffneten Elementen, aus der jugendlichen Begeisterung und aus dem Witwengeld der ärmsten Volksgesamtheit, nur aus der Begeisterung, die

bei den so stark entzweiten Parteien vorübergehend war — also fast aus nichts — mußte das polnische Heer gebaut werden. Und dennoch stellte es sich zum Kampfe rasch und zahlreich und in voller Bereitschaft, es fanden sich in den eigenen Reihen vorzügliche Führer, und wir lieferten den Beweis, daß auch unser Geschlecht dem Blute der Sobieski entspringt! Welche Kraft hat — wenn man eine kräftige Bezeichnung gebrauchen darf — dieses wahre Wunder bewirkt? Beim Schreiben dieser Worte steht vor unserem Gedächtnis manche Versammlung in der entlegenen und stummen Provinz, in welcher es unter den an Herz und Geist einfachen Leuten, unter Kleinbürgern und Bauern genügte, die Lösung der Legionen auszugeben, damit sie Begeisterung und Opferwilligkeit kundgaben.

Gerade die im Herzen einfachen Menschen fühlten am besten, daß die Bildung eines Heeres die Ankündigung aller, selbst der geschichtlich und moralisch am besten begründeten Rechte überholen muß und daß es ohne Opfer keinen Gewinn gibt. Die bewaffnete Kraft ist das grundsätzliche und erste Element jeglichen staatlichen Lebens.

Diese Idee, die so einfach und wahr ist, was immer gegen sie die der menschlichen Natur eigene Furchtsamkeit gegenüber einem entschiedenen und opferwilligen Handeln sprach, verließ den polnischen Legionen so große Volkstümlichkeit bei uns im Lande, und sie ist es, die ihnen heute Sympathie und Volkstümlichkeit im früheren russischen Teilgebiet Schritt für Schritt erobert. Es ist nämlich mit Freuden festzustellen, daß die Legionenidee, welcher das Königreich Polen anfänglich ein solches Mißtrauen entgegenbrachte, obgleich so viele seiner Söhne — und zwar seiner besten Söhne — ihr Blut vergossen und ihre Häupter in die grauen Reihen legten, daß diese Idee es schon verstanden hat, das anfängliche Mißtrauen und die Vorsicht, die mit der russischen Macht rechneten, zum bedeutenden Teil zu überwinden. Während im Laufe des vorigen Jahres bei jeder sich darbietenden Gelegenheit kein einziges wohlwollendes Wort für die Jugend fiel, welche das Buch hinwarf, um sich den Legionensäbel unzuschnallen, wurden unlängst bei der feierlichen Beerdigung der Legionen-Offiziere Kariski und Mansperl, ja noch mehr, bei der Feier des 3. Mai die polnischen Legionen der Gegenstand einer begeisterten und spontanen Kundgebung. Auch den Tag der Eröffnung des Gemeinderats kann man einen moralischen Sieg der Legionen auf der ganzen Linie nennen.

Um die so aufgefakten und mit einer solchen Idee belasteten polnischen Legionen dieser Idee wirklich Genüge? Sind sie schon der Exponent und das Werkzeug aller unserer Hoffnungen, gibt ihre Haltung die Bürgschaft, daß das Heldenblut und die tausendfache Trauer der Familien im Lande ihren Lohn und Entgelt finden werden? Erörterungen dieser Fragen schweben unaufhörlich überall, wo nur polnische Herzen schlagen, und der polnische Gedanke ist aus der Erstarrung der Knechtschaft erwacht. Nach einer bejahenden Antwort auf diese Fragen strebend, ließen sich die leitenden Kreise durch keine Schwierigkeiten abschrecken, beseitigten ein Hindernis nach dem anderen, verstanden es, der Volksgesamtheit die Überzeugung von der Notwendigkeit der Geduld und Ausdauer einzufößen. Leute, mit einem regeren Temperament und mit ungeduldiger Hoffnung verfielen manchmal in Pessimismus, aber schon heute kann man kühn behaupten, daß dieser Pessimismus nicht gerechtfertigt war und daß wir dem Ziele bedeutend näher gekommen sind. Die letzten Wochen brachten in dieser Beziehung eine Reihe beachtender Bemühungen, und wahrscheinlich werden wir bald von einer Reihe weittragender Anordnungen Kenntnis erhalten, die wir leider zusammenzubringen und zu besprechen, noch nicht die Möglichkeit haben. Man kann nur die Gewißheit aussprechen, daß sowohl

die kürzlichen Änderungen in den Stellungen der Brigadeführer, wie die Eröffnung von Offizierschulen in Lublin und Petrikau, oder der rechtliche Ausgleich der Legionen-Offiziere mit den Offizieren des Heeres zu den besten Hoffnungen für die Zukunft hinsichtlich dessen berechtigen, was das betrifft, für die Legionen eine solche Stellung zu erlangen, wie wir sie für sie alle mit ganzem Herzen wünschten.

Es ist nämlich klar, daß die Legionen weder durch Blutverguß zugrunde gehen, noch sich in ein Ganzes mit der allgemeinen Masse verschmelzen können. Es liegt sowohl in unserem Interesse, ihre Sonderstellung zu erhalten und zu entwickeln, und die Kampfeszahl wenigstens auf derselben Stufe zu erhalten, — wie auch in Interesse beider Mittelmächte. — In dieser Übereinstimmung der Interessen besteht aber die Hoffnung, daß die sich darbietenden Schwierigkeiten werden überwunden werden, daß sich Mittel finden werden, um die durch die Verluste dezimierten Reihen zu stärken, sie in einen einzigen zusammen kämpfenden Körper zu vereinigen, sie endlich einer einzigen Organisationsidee unterzuordnen.

Wir haben nicht das Bedürfnis und die Absicht, an dieser Stelle die blutigen Kämpfe zu erwähnen, welche die Legionen durchgemacht haben, überall die Prüfung der Kaltblütigkeit, der Ausdauer und ungeheuren Muts ablegend. Der ehrenvolle Name, welcher in der polnischen Seele sich mit den schönsten Erinnerungen der Epoche nach den Teilungen, mit dem Andenken eines Kniagiewicz und Dombrowski verband, wurden nirgends jemals mißbraucht oder herabgewürdigt, und unsere Enkel werden mit der selben Verehrung die Namen der Helden aus den Schlachten von Maszlow oder Rokitno aussprechen, wie wir, die wir das Haupt zu neigen pflegen, wenn wir von den Kämpfen in Italien und an der Donau sprechen. Im Laufe von zwei Jahren haben sich jedoch nicht nur Tausende von Beweisen des Wiederauflebens der früheren polnischen kriegerischen Gewandtheit angehäuft, sondern man verstand es auch, was ebenfalls mit Nachdruck hervorzuheben ist, alles zu vermeiden, was über den Rahmen der Organisation für Kriegsziele hinausgeht, jedem Heere mit der Zerfegung und Zwietracht drohend. Man bemühte sich sogar, kleine Mißverständnisse geschickt zu verweihen, man lernte sogar persönlichen Ehrgeiz opfern, der besonders in Polen eine so große Rolle spielt, man ließ sich von keiner Versuchung verleiten, politische Streitigkeiten in die an der Front kämpfenden Reihen hineinzutragen. Ein schweres und gefährliches Erbe, welches die Legionen aus der Epoche vor dem Kriege übernommen hatten, war ihr verschiedener Anfang in halb geheimen konspiratorischen Organisationen, und wir wissen, daß sogar die aufrichtigsten Freunde der Legionen-idee dies mit Sorge und mit Besorgnis um ihren rein militärischen Charakter erfüllte. Und doch gelang es bisher und wird es hoffentlich auch weiter gelingen, alle Gefahren dieser Art zu überwinden und alle Versuche, die Disziplin zu brechen, zu vernichten, worin das Verdienst sowohl der Legionenführer als auch des organisierenden Militärdepartements besteht. Erst später wird die polnische Geschichtsschreibung dem großen Kriege ein vollständiges Bild sowohl des Heldentums des polnischen Fußsoldaten oder Ulanen geben, wie auch des Organisationstalent welches die leitenden Männer der Legionen in den zwei Jahren bewiesen haben.

Bei der Betrachtung der zweijährigen Geschichte der Legionen wendet sich schließlich unser Gedanke den Polen so teuren Schatten zu, die zugunsten der Zukunft ihr junges Leben geopfert haben und nach dem Ausspruch der ritterlichen Sängerin schon an der Brust der Mutter schlafen. Möge ihr Andenken jetzt in Erinnerung gebracht und geehrt werden, möge festgestellt werden, daß aus ihren Gräbern der Ruhm und, Gott gebe es, ein besseres Los der Nation hervorgehen wird. Mögen

sich die Tränen stillen, die bisher auf sie fließen, und möge für diejenigen, die sie zurückgelassen, im Namen der gemeinsamen Sache heimgehend, niemals polnisches Brot fehlen.

Zehn Jahre vor dem Kriege hatte der größte Dichter unserer Zeit, als er die „Novembernacht“ verfaßte, folgende Vision: Er sah Kora, die Göttin des Todes, wie sie mit einer Schar von Genossinnen inmitten der Cypressen des Parks in den Razienki einherwandelte. Sie grub unter der Erde teure Körner und gründete dort Speicher, damit dort im Laufe der Zeit neue, reiche, volle Ernten hervorgehen könnten. Sie grub die Herzen und die Seelen der aufständigen Helden, um neue Menschen zu erwecken und aus diesem Blute würdige Nachfolger hervorzubringen. Diese Vision geht in unseren Augen in Erfüllung, und der Gedanke, daß unser Geschlecht dazu berufen ist, das heldenhafte Erbe auf seine Schultern zu nehmen, erwies sich als tüchtig, heroisch und opferwillig genug, daß es nicht zu Grunde ging und sich nicht in der Sorge um das tägliche Brot verschloß, dieser Gedanke und dieser Glaube erfüllt uns mit der besten Hoffnung hinsichtlich unserer Zukunft. Wenn also durch irgend einen Zufall ein freundlicher Wind diese Worte in die im Osten fernen Schützengräben tragen wird, so möge er den Erben der Novembernacht Worte der Verehrung und Dankbarkeit mitnehmen.

Aus Nr. 100 der Gazeta poznańska (Posen)
vom 19. August 1916.

In einer Betrachtung der Kriegslage schreibt das Blatt über die polnischen Legionen:

„In den beiden letzten Tagesberichten wurden, worauf wir besonders aufmerksam machen, die polnischen Legionen erwähnt, und es wurde ihre Tüchtigkeit hervorgehoben. Das ist sicher nicht zufällig geschehen. Wer will, der kann dem eine gewisse Bedeutung zuschreiben im Zusammenhange mit dem Aufsehen, welches die polnische Sache infolge der letzten Wiener Konferenz gewonnen hat und im Zusammenhange mit den Gerüchten von der zukünftigen polnischen Nationalarmee usw. Es ist auch hervorzuheben, daß die polnische Legion gegenwärtig unter dem Oberbefehl des deutschen Heerführers Hindenburg steht.“

Aus Nr. 226 des Naprzód (Krakau)
vom 16. August 1916.

Die Inspiratoren der Zeitschrift „Polen“.

In der letzten Nummer des Wiener Wochenblattes „Polen“ finden wir an der Spitze der Tageschronik einen Vermerk, der das Erstaunen nicht weniger polnischer Leser dieses Blattes erregen wird. Es ist durchaus nicht bekannt, für wen diese Notiz vom „abwarten, von der Quelle der Geduld, der Geduld an richtiger Stelle, von der vollkommensten Prüfung und Erwägung und von der gerechtfertigten Hoffnung“ geschrieben ist. Zu der polnischen Volksgesamtheit wird, wie wir glauben, von den Spalten des Wiener Wochenblattes nicht gesprochen, wenn aber von dort aus zu den Deutschen gesprochen wird, so hat dies keine reale Bedeutung. Es bleibt daher neben dem rätselhaften Zweck der Notiz ihre Quelle ein Rätsel: Wer hat dem polnischen Redakteur dieses Blattes diese Duzend dem gesunden Menschenverstand widersprechenden Zeilen diktiert? Welche Hand hat sich hineingemischt, um das polnische Streben des gegenwärtigen Zeitabschnitts zu inspirieren? Denn daß es keine polnische Hand war, sieht man auf den ersten Blick. Die in größerer Schrift gedruckte Notiz in einem Organ, welches der Ausdruck der öffentlichen Meinung der Polen sein soll, sagt geradezu Dinge

die dem entgegengesetzt sind, was in dem gegenwärtigen Augenblick jedes polnische Herz fühlt und was der polnische gesunde und unabhängige Verstand sagt.

Daher müssen wir uns die Manier entschieden verbitten, daß in einem Organ, welches der Veranschaulichung des polnischen politischen Gedankens dienen soll, nach Diktando geschrieben wird. Das ist nicht die erste große Taktlosigkeit, die in diesem deutsch geschriebenen Wiener Blatte gegenüber der polnischen Volksgesamtheit begangen wird. Wir haben uns nicht bei jeder dieser Taktlosigkeiten aufgehalten, denn das Organ wird wenig gelesen und konnte der Volksgesamtheit noch manchen Vorteil bringen. Die letzte Notiz hat das Maß ganz überschritten.

Aus Nr. 187 des Dziennik Poznański
vom 18. August 1916.

Denkschrift des Erasmus Bilg, die dem Führer der Kadetten J. Milukow übersandt worden ist.

Lausanne, den 11. Juni 1916.

Herr Deputierter!

„Von dem mir bei unserer letzten Begegnung in freundlicher Weise gemachten Vorschlag Gebrauch machend, beeile ich mich, Ihnen zu dem Projekte der Autonomie Polens, dessen Kenntnis ich Ihnen verdanke, einige Bemerkungen zu übermitteln.“

Zunächst fühle ich mich verpflichtet, Ihnen den allgemeinen Eindruck mitzuteilen, den ich beim Lesen des Projektes hatte. Ohne Zweifel unterscheidet es sich grundsätzlich von der Idee, die sich diejenigen polnischen politischen Gruppen über die künftige Gestaltung Polens zurechtgelegt haben, die ohne Vorbehalt sich mit dem Vierverbande solidarisch fühlen. Während die Autoren des konstitutionell-demokratischen Projektes das künftige Polen als autonome russische Provinz behandeln, glauben wir, daß es zwecks Regulierung des polnisch-russischen Verhältnisses durchaus notwendig ist, einen sich selbst regierenden Staat unter dem Zeppter Rußlands zu schaffen (un Etat polonais autonome), der mit Rußland durch eine Realunion verbunden wäre. Nachdem ich dieses festgestellt habe, stelle ich die Darstellung unseres Standpunktes bis zum zweiten Teile meines Briefes zurück und gehe über zur Darstellung meiner Meinung über das konstitutionell-demokratische Problem.

Mit der Bemerkung, daß jenes sog. Kokojskin'sche Projekt der Autonomie sich nicht nur von dem Aufruf des Höchstkommmandierenden, sondern auch von der Erklärung des gew. Ministerpräsidenten Goremykin weit entferne, weist die Denkschrift besonders auf die am meisten charakteristischen Einzelheiten des Projektes hin.

1. Das Projekt legt den polnischen Charakter des Landes und der Autonomie des Königreichs nicht klar fest. . . . Es ist darin nicht ausgesprochen, daß der Stadthalter und die Minister desselben polnische Bürger sein sollen, wie übrigens auch alle anderen Beamten. Die Rolle der polnischen parlamentarischen Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften Rußlands wird gar nicht präzisiert, auch nicht eine bestimmte Zahl für diese Vertretung festgelegt, während doch das Verhältnis der Bevölkerungszahl zur Grundlage gemacht werden müßte u. v.

2. Ist es denn recht, unserem Volke von oben her eine Wahlordnung nach der konstitutionell-demokratischen Formel aufzuzustroieren? Ich bin überzeugt, daß Polen, wenn man es um seine Meinung befragen würde, sich mit großer Mehrheit für eine sehr liberale und demokratische Wahlordnung aussprechen würde, jedoch gestützt auf einen gewissen Zensus: den wirtschaftlichen für die lokalen Institutionen (lokale Selbstverwaltung) und den Bildungszensus für die

parlamentarischen Institutionen. Der Artikel 5 des Projektes, der ein polnisches Parlament mit einer Kammer schaffen will, würde ebenfalls den in Polen obwaltenden Begriffen widersprechen.

3. Was die Rechte der anderen Nationalitäten im künftigen Polen anbelangt, so gibt es darüber in der polnischen Allgemeinheit nur eine Meinung. Zum Beweise dafür weise ich darauf hin, daß das durch die Vertreter fast aller politischen Parteien, die am 7. November 1915 in der Schweiz versammelt waren, genehmigte Programm ausdrücklich bestimmt, daß allen Nationalitäten im künftigen Polen die gleichen Rechte zugestanden werden, wie wir sie für uns in anderen Teilen Rußlands wünschen. Alle unsere Parteien erkennen an, daß ein freies Polen niemals ein Ausnahmegesetz zulassen könne.

Was die Judenfrage anbelangt, so ist es Ihnen gewiß nicht bekannt, daß ich, der Partei der Realisten nicht angehörend, immer im Sinne der sozialen Friedensstiftung gewirkt und mich jeglichem Antisemitismus entgegengestellt habe. Ich bin ebenso, wie alle politischen Parteien Polens im gegenwärtigen Augenblick für die Gleichberechtigung der Juden. Umso mehr fällt mir der Artikel 70 auf, der bei strikter Interpretierung dem jüdischen Jargon in Polen Privilegien bewilligen würde, die er selbst in dem fortschrittlichsten Lande Europas nicht bekäme.“

In den Punkten 4, 5, 6 und 8 stellt die Denkschrift fest, daß das Projekt Kokojskin's indem es die Angelegenheiten der Post, Telegraphie, Telephonie, der Steuern, Akzise, Monopole, des Baus der Eisenbahnen und der Festsetzung der Tarife, der direkten Verbindungen und der Aktien-Gesetzgebung der fast ausschließlichen Kompetenz der Institutionen des russischen Staates ohne genügende Berücksichtigung der Bedürfnisse des Königreichs nach dieser Richtung hin überweist, geradezu die wirtschaftliche Selbständigkeit Polens unwirksam machen würde.

Punkt 7 weist auf das sonderbare und nirgends vorhandene Institut eines „Generalkontrolleurs für das Königreich“ hin.

„Dieses Projekt“, — so resümiert die Denkschrift — „das außer der internationalen Politik, der Armee- und Zollunion zahlreiche ausgedehnte Gebiete der Kompetenz des Staates zuweist und in grundsätzlicher Weise unser wirtschaftliches Leben behindert, würde von der polnischen Allgemeinheit als der Versuch eines Kompromisses zwischen dem bürokratischen System, das bis jetzt aufrechterhalten wird, und den autonomen Grundsätzen aufgefaßt werden. Es wird nicht die erwünschte Erleichterung in der Spannung der polnisch-russischen Verhältnisse bringen. Es wird nicht zur engültigen Aussöhnung der beiden Völker beitragen, zu dem Ziele, das doch in erster Linie anzustreben ist.“

In dem zweiten, grundsätzlichen Teil führt die Denkschrift aus: „So wie sich die polnische Frage im gegenwärtigen Augenblick nach 20 Monaten von Kämpfen, Leiden und Enttäuschungen darstellt, haben die polnischen Politiker, selbst die am meisten zurückhaltenden, die Überzeugung gewonnen, daß die polnisch-russische Frage nicht durch eine gewöhnliche Provinz-Autonomie gelöst werden kann.“

... Von Anfang des Krieges an wird sich das polnische Volk immer mehr des Umstandes bewußt, daß es ein Recht auf die Bildung eines freien Staates hat, und mit dem Gefühl einer tiefen Erbitterung sieht es, daß ihm dieses Recht vorenthalten wird, das andere Völker besitzen, die weder die gleiche zahlenmäßige Macht, noch die gleiche Zivilisation oder eine ähnliche ruhmvolle Vergangenheit aufzuweisen haben. Vielfach haben Erklärungen der Regierungen der verbündeten Mächte, die wiederholt den festen Entschluß kundgetan haben, „für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu kämpfen“ (Erklärung Briand's in der Deputiertenkammer und des Azquith's im Unterhause), zur Bestär-

lung unseres Volkes in seinen Aspirationen und Hoffnungen beigetragen. . . .

Die polnische Allgemeinheit ist überzeugt, daß eine Autonomie, die auf wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens der russischen Bureaucratie Zutritt verschaffen würde, keine Garantie für die Beständigkeit und für eine bessere Zukunft geben würde.

Alle Teile Polens befinden sich gegenwärtig vollständig in der Hand Deutschlands und Österreichs. Diese Okkupation hat die polnische Frage in absolut unübersehbare Weise kompliziert. Die Zentralmächte haben zwar noch nicht entschieden, ob das künftige Polen (das Königreich, Galizien und teilweise Litauen) zu Deutschland oder Österreich kommen soll. Es gibt jedoch keinen Zweifel mehr darüber, daß die germanischen Staaten dem Lande die politische Organisation eines Staates und nicht die einer autonomen Provinz, geben wollen. Es ist also sicher, daß eine von Rußland zugestandene beschränkte Autonomie das Ziel nicht erreichen würde, um dessen Erreichung es sich handelt, und die Sympathien in Polen nicht gewinnen würde.

Aus allen diesen Gründen sind alle Politiker, die überzeugte und ergebene Anhänger der Entente sind und sich für die polnische Politik verantwortlich halten, der Überzeugung, daß nur eine politische Autonomie, wie sie im Westen verstanden wird, wie sie im Aufruf des Höchstkommmandierenden angedeutet wird, zur Lösung der polnisch-russischen Frage beitragen kann.

Ich berühre nicht einmal die Angelegenheit der Vereinigung aller polnischen Gebiete, was eins von den großen Zielen des gegenwärtigen Krieges und das erste Postulat aller polnischen Parteien ist, die sich mit der Entente solidarisch fühlen. Diese Vereinigung, die nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß Österreich und Deutschland die polnischen Provinzen entrisen werden, ist noch keine aktuelle Sache. Ich spreche hier ausschließlich von Rußisch-Polen.

Wie soll diese Realisierung verstanden werden?

Die Sache ist einfach! Es soll dies keine Erneuerung der Versicherungen im Aufruf des Großfürsten sein. Die Zeit der Versprechungen ist vorüber, und außerdem würde niemand in der Lage sein, in noch edleren und feierlicheren Worten die Idee auszudrücken, die dieser Aufruf in Polen und der ganzen Welt verbreitet hat. Es kann also von nichts anderem die Rede sein, als von einem konstitutionellen Akte, durch welchen die künftige Organisation des Königreichs Polen geregelt wird. Nur ein solcher Akt könnte wirksam sein.

Der gegenwärtige Augenblick, da zur großen Freude der Verbündeten und der ganzen slawischen Welt die russischen Armeen wiederum die siegreiche Offensive aufgenommen haben, ist mehr als jeder andere zur Veröffentlichung eines solchen Aktes geeignet.

Da aber die Angelegenheit keine Verzögerung verträgt, da jede Verspätung die Situation erschwert und Gefahren heraufbeschwört, erlaube ich mir, der Meinung Ausdruck zu geben, daß man die Realisierung des Aktes, von dem ich rede, mit der Liquidation der Adres der russischen Zivilverwaltung des Königreichs und mit der Aufhebung aller erniedrigenden, die Rechte der Polen in den westlichen Provinzen und in dem ganzen Reiche beschränkenden Gesetze, die des durch Polen für die gemeinsame Sache reichlich vergossenen Blutes unwürdig und mit den Begriffen eines modernen Staates unvereinbar sind, zu beginnen hat. Ich erdreiste mich, den zuletzt genannten Punkt mit um so größerem Vertrauen hervorzuheben, als die Duma in kategorischer Weise ihren Wunsch festgelegt hat, daß die beschränkenden Gesetze aufgehoben werden.

Ich bin überzeugt, daß Sie als Gelehrter und Staatsmann, der die Gesamtgestalt der Bedingungen, unter denen sich die polnisch-russische Frage bewegt, berücksichtigt, Ihren geschätzten Einfluß zwecks Verwirklichung der Lösung der Frage im Geiste der

historischen Gerechtigkeit und im wohl verstandenen Interesse beider Nationen ausüben werden.

Ich bitte die Versicherung vollkommener Hochachtung entgegenzunehmen.

Unterschrift.

Aus Nr. 99 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 20. August 1916.

Das durch die Kadetten für Polen ausgearbeitete Projekt der Autonomie

Ist von Seiten eines angesehenen polnischen Politikers, des Herrn Erasmus Pilz, der Jahrzehnte hindurch bemüht war, mit Rußland im besten Einvernehmen zu leben und sein aufrichtiger Freund gewesen ist, scharf kritisiert worden.

Die Kadetten, die Mitglieder der russischen Partei der konstitutionellen Demokraten, betrachten sich als die besten Freunde Polens und der Polen. Wenn also die Kadetten, die nach ihrer Meinung die besten Freunde Polens sind, dem polnischen Volke die Autonomie geben wollen, deren Projekt Herr Erasmus Pilz zwar sehr sachlich, aber auch gleichzeitig sehr scharf kritisiert — was kann man da wohl erst von anderen russischen Parteien erwarten?

Die große Mehrheit der Bevölkerung des Königreichs Polen unterscheidet sich in der Beziehung nicht nur von der Ansicht der Kadetten, sondern auch von den Ansichten des Herrn Erasmus Pilz, denn sie will ein unabhängiges Polen nicht nur mit eigener Regierung, sondern auch mit einem eigenen Könige und auch mit einem eigenen Heer.

Herr Pilz stellt fest, daß das Projekt der Kadetten weniger gibt, als der Aufruf des Großfürsten Nikolajewitsch versprochen und noch weniger, als Goremykin versprochen hatte (wenngleich auch alle diese Versprechungen die Polen nicht befriedigen konnten).

Die russischen Freunde wollen dem jüdischen Jargon, der ja gar keine Sprache ist, sogar Privilegien verleihen; denn den russischen Politikern war es ja stets um die Knebelung der Polen durch die Juden zu tun. Deshalb haben sie auch fast das ganze russische Judentum mit Gewalt nach Polen hineingetrieben.

In den Punkten 4, 5, 6 und 8 seines Briefes stellt Herr Erasmus Pilz fest, daß das Projekt der Kadetten die Angelegenheit der Post, Telegraphie, Zölle, Monopole, Eisenbahnbauten, Eisenbahntarife, u. s. w. fast ausschließlich den Zentralinstituten des russischen Reiches unterstellt und die Rechte des Königreichs nicht berücksichtigt. Dieses Projekt strebt also geradezu danach, die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Königreichs Polen zu vernichten.

Es steht fest, daß dieses Projekt unsere Brüder im Königreich nur reizen kann.

Der große Freund Rußlands, Herr Erasmus Pilz, stellt also fest, daß die Zentralmächte bereit wären, Polen weit mehr zu geben, als ihm die besten Freunde unter den Russen geben wollen.

Herr Pilz hat dargetan, daß sogar das Projekt die besten Freunde der Polen unter den Russen, das Projekt der Kadetten — die Polen nur reizen, aber nicht befriedigen kann. Aber auch Herr Pilz ist mit seinen Projekten sehr viel zu spät gekommen, denn heute will die ungeheure Mehrzahl der Leute im Königreiche von irgend welcher Zusammengehörigkeit mit Rußland nichts wissen.

Mögen die Zentralmächte das Königreich Polen als einen selbstständigen und unabhängigen Staat anerkennen! Für diesen Fall feimt in zahlreichen polnischen Seelen der Gedanke von der Aufstellung einer polnischen Armee, die zugleich mit den Heeren der Zentralmächte

die gemeinsamen Interessen zugleich auch die neu erlangte staatliche Freiheit und Unabhängigkeit gegen Rußland verteidigen würde. Die polnische Frage wird nicht mit Rußland, sondern gegen Rußland, wie das unsere Brüder im Königreich Polen wünschen, gelöst werden.

Aus Nr. 190 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 20. August 1916.

Das Blatt beschäftigt sich mit der von Erasmus Piłz an Milukow, den Führer der Kadetten, gerichteten Denkschrift über die Stellung der polnischen Realisten und schreibt dazu folgendes:

Herr Piłz hebt hervor, daß jene polnischen politischen Gruppen, die er im Sinne hat, den Aufruf des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und die Erklärung des Ministers Goremykin ganz anders verstanden hätten, als die Autoren des autonomen Projekts.

Auf der ganzen Linie also Enttäuschung für die Polen. Diese Enttäuschung muß um so unangenehmer sein, als sie gerade von Herrn Piłz so offenbar hervorgehoben wird. Sein ganzes politisches Leben hat er der Schaffung eines möglichen Zusammenlebens Polens mit Rußland gewidmet. Er gilt in Polen als der hervorragendste Vertreter dieser Richtung und als der allerbeste Kenner Rußlands und der Russen. Während seiner langen Tätigkeit hat er einen großen Vorrat von Erfahrung und politischer Praxis gesammelt — und trotzdem trifft ihn Enttäuschung! Er glaubte dem Aufrufe des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und glaubte der Erklärung des Goremykin. Und da die Versprechungen und die Worte in dem konkreten Projekte Ausdruck fanden, sieht er, daß die Worte anders sind und die Praxis auch eine andere ist, so sehr anders, daß Herr Piłz nicht umhin kann zu sagen, daß sie grundsätzlich anders sei.

Wiewohl Herr Piłz Anhänger der Lösung der polnischen Frage durch Rußland ist, muß er zugeben, und gibt es in seiner Denkschrift auch zu, daß das Schicksal, welches die Mittelmächte Polen zu bereiten beabsichtigen, ein ganz anderes, ja unvergleichlich besseres ist, als der Plan Rußlands.

Das ganze Memorial des Herrn Piłz ist ein mannhaftes Auftreten des polnischen Politikers, der in diesem für das Volk entscheidenden Augenblicke den zivilen Mut besitzt, unter der Adresse Rußlands, die bittere Wahrheit auszusprechen, unter der Adresse desselben Rußlands, auf das er seit langen Jahren seine Hoffnungen stützte. Daß er diese Hoffnungen nunmehr nicht mehr hat, ersieht man aus seinem ganzen Schriftstücke, das uns gewissermaßen als ein Retrolog über das Verhältnis Polens zu Rußland erscheint.

Herr Piłz kennt die Geschichte dieses Verhältnisses besser. Er weiß, daß es seit der Teilung Polens in Rußland niemals eine wahre Aufrichtigkeit für die Polen gegeben hat. In Wirklichkeit waren Polen und Rußland immer grundsätzlich verschieden. Und konnte das wohl anders sein? In Rußland gab und gibt es für die Idee eines selbständigen Polens niemals Raum, denn in ihm existiert nur die eine staatliche Idee: die Idee Allrußlands.

Aus Nr. 408 des Czas (Krakau)
vom 14. August 1916.

Die russische Regierung und die polnische Frage.

Welche Stimmung in den russischen Kreisen gegenüber den Polen herrscht, davon zeugt das Rundschreiben, welches von dem Ministerium der inneren Angelegenheiten an die Gouverneure, an die Stadtoberhäupter

und überhaupt an alle höheren Verwaltungs- und Polizeibeamten verschickt worden ist. Dieses Rundschreiben stellt verschiedene Phasen der polnischen Frage während des Krieges dar und kommt zu dem Schluß, daß alle polnischen politischen Gruppen, sogar die im russischen Teilgebiet, eine Rußland unfreundliche Orientierung angenommen haben. „Die österreichisch-deutsche Agitation — schließt das Rundschreiben — hat ihren Zweck erreicht, und heute schickt sie sich an, den endgültigen Sieg davonzutragen und alle Sympathien der russischen Polen für die Idee einer Vereinigung Polens unter dem Protektorat Rußlands im Keime zu ersticken.“

Die in dieser besonderen Denkschrift angeführten Tatsachen sind zum Teil verdreht, zum Teil unwahr, aber ihr Zweck ist sehr augenscheinlich; die russische Regierung sucht einen Vorwand gegenüber der öffentlichen Meinung und ihren Verbündeten, um gegenüber den polnischen Forderungen einen ausschließlich negativen Standpunkt einzunehmen und alle schwülstig angekündigten „Reformen“ zu unterlassen. Diesen Vorwand sollte eben die Polizeidenkschrift liefern, der man eine ganz ungewöhnliche Bedeutung beilegte und die man in den Spalten eines der gelesensten russischen Blättern veröffentlichte.

Wir hatten niemals Zweifel hinsichtlich der Intention der russischen Bürokratie gegenüber Polen, und wir waren stets überzeugt, daß der laute Aufruf des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch nur eine zu ungeschickte Falle war, die den Polen gestellt wurde, um mit Hilfe nichtsagender Versprechungen augenblicklich ihre Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Das siegreiche Rußland hat in keinem Falle dazu beigetragen, diese unaufrichtigen Ankündigungen zu verwirklichen, wovon übrigens der beste Beweis die Tatsache ist, daß es im Laufe zweier Jahre den Polen nicht das geringste Zugeständnis gemacht und seine polenfeindliche Politik in keiner Richtung geändert hat. Als aber schließlich die westlichen Verbündeten die russische Regierung zu drängen begannen, irgend eine Regelung der polnischen Frage in Angriff zu nehmen, wurde vor allem Sasonow als gegenüber den Polen zu nachgiebig entfernt, und es wurde die genannte Denkschrift abgefaßt, um in den Augen Englands und Frankreichs die Unterlassung der versprochenen Reformen zu rechtfertigen.

Zwar hat die polnischen Fraktion in Petersburg, Graf Wielopolski und der bekannte polnische Politiker in Moskau Lednicki, den falschen und tendenziösen Charakter der Polizeidenkschrift nachgewiesen, aber Stürmer erachtete diese Ausführungen, wie die russischen Blätter mitteilen, nicht als überzeugend genug. Die in Moskau erscheinende „Gazeta Polska“ schreibt in dieser Angelegenheit:

„Langsam beginnt sich das Spiel der Faktoren aufzuklären, welche in den letzten Zeiten in der polnischen Frage auf russischem Boden arbeiteten. Die Denkschrift des Ministeriums der inneren Angelegenheiten, welche die Polen in Vausch und Bogen anklagt und den Gouverneuren und hervorragenden Militärs zur Belehrung übersandt worden ist, beleuchtet grell die Lage in welcher sich die Sache im gegebenen Augenblick auf dem Boden der russischen Regierung befindet, sowie die Methoden, die angewandt wurden, um diese Frage in den eigentlichen Rahmen zu bringen. Das sind alte, uns gut bekannte Methoden, die, als es galt, „das Vaterland zu retten“, stets mit Erfolg so oft angewandt wurden.“

Aus dem Mischmaß der Tatsachen, die der breiteren russischen Allgemeinheit natürlich nicht bekannt sind, werden diejenigen ausgewählt, die zu einer Anklage der Polen nötig sind, aus Mangel an Tatsachen werden sie absichtlich breit getreten und verdreht, es werden keine Beweise, keine Dokumente, keine Quellen angegeben, die Vermutungen des Verfassers oder der Verfasser werden als fertig angegeben, die Thesen zu

glauben, und der Anklageakt ist fertig. Die Angeklagten werden natürlich nicht vor den Gerichtshof berufen, damit sie widerlegen, oder vielleicht aufrichtig ihre Schuld bekennen könnten. Das Urteil wird in Abwesenheit gefällt, und zur Ausführung wird es den Gouverneuren und Führern der Militärabteilungen übersandt. . . Auf diese Weise ist die Sache erledigt. Mit einer solchen Art von Methoden zu kämpfen, ist nicht leicht. Zwar ist im gegebenen Falle dem Anklageakt seitens des Ministeriums der inneren Angelegenheiten sofort der Verteidigungsakt seitens der polnischen Fraktion gefolgt, welcher seine ganze Haltlosigkeit Punkt für Punkt nachwies. Aber täuschen wir uns nicht. Der Anklageakt hat das seinige getan, denn können wir annehmen, daß in den Augen der Gouverneure das Ansehen der polnischen Fraktion die gleiche Bedeutung besitzt, wie das Ansehen des Ministeriums der inneren Angelegenheiten?"

Aus Nr. 186 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. August 1916.

Die polnische Frage in Rußland.

Die Informationen über den Stand der polnischen Frage in Rußland als Gegenstand der Beratungen der amtlichen russischen Kreise lauten so unklar und sich widersprechend, daß man sich kein kritisches Urteil bilden kann. Eine russische Zeitung teilt uns das mit, die andere jenes, und der Regierung ist offenbar nicht daran gelegen, ihre Stellung offiziell bekanntzugeben.

Unlängst hörten wir, daß der Entwurf einer Autonomie Sasonows vom russischen Ministerrat angenommen worden sei, — gegenwärtig behaupten Stimmen der russischen Presse das gerade Gegenteil, daß nämlich am 1. August der Ministerrat den Entwurf Sasonows abgelehnt habe. Ebenso verhält es sich mit dem angekündigten Manifest des Zaren in der polnischen Frage. Eine Information des „Rußkoje Slowo“ behauptet, daß an Stelle eines Manifestes eine kurze Mitteilung erlassen werden wird, welche den Aufruf des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch bestätigen, aber keine näheren Einzelheiten in dieser Frage enthalten wird. Andere Nachrichten wiederum reden überhaupt von einem Ausschub der ganzen Sache durch die russische Regierung.

Da wir die Verwicklung und die Schwerfälligkeit und dabei den Mangel an festen Direktiven in der russischen Politik kennen, betrachten wir die Behandlung der polnischen Frage durch die amtlichen Petersburger Kreise stets sehr kritisch. Es vollzieht sich dort ein sehr ausgeprägter Kampf der verschiedenen Strömungen, von denen die einen vom russischen Gesichtspunkt aus eine grundsätzliche Reform in der Haltung Rußlands gegenüber der polnischen Frage als angezeigt und notwendig erachten, während die anderen entweder ganz gegen eine Erledigung der polnischen Frage sind oder das für sie unbequeme Problem mit Hilfe kleiner Erleichterungen und administrativer Zugeständnisse lösen möchten. Bei einer solchen Sachlage ist es vom polnischen Standpunkt aus geboten, auch weiterhin eine Haltung einzunehmen, die frei ist von allem Optimismus und von allen verfrühten Illusionen.

Aus Nr. 191 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. August 1916.

Die polnischen Angelegenheiten in der russischen Presse.

In einem Leitartikel schreibt das „Rußkoje Slowo“: „Die Rechte hat eine Agitation gegen die eilige Lösung der polnischen Sache begonnen. Eine

schöne Eile, wenn der sich nähernde zweite Jahrestag des Aufrufs des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch die polnische Angelegenheit noch auf demselben Punkte unbewegt antrifft. Dieser historische Akt bleibt bis jetzt nur eine Erklärung. Das Kabinett Goremykin-Maklakow-Szczeglowitow, zu dessen Zeiten der Aufruf bekannt gemacht worden ist, hat ihn sehr originell, aber im vollen Einverständnis mit seiner allgemeinen Politik aufgefaßt und das Wort „polnische Autonomie“ selbst aus den Spalten der Presse beseitigt. Erst nach einem Jahre erklärte Goremykin in der Reichsduma über die gefällte Entscheidung hinsichtlich der Ausarbeitung eines Entwurfs, der nach dem Kriege Polen „das Recht des freien Aufbaus seines nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens auf den Grundsätzen der Autonomie unter dem Zepher des russischen Zaren geben werde.“ Diese in den für Polen tragischen Tagen verkündete Erklärung hat damals die Merkmale einer unwillkürlichen, bitteren Ironie angenommen — war aber besonders verbindlich. Es verfloß jedoch das zweite Jahr, und der versprochene Entwurf ist nicht nur nicht fertig, sondern es sind sogar seine grundsätzlichen Unterlagen unbekannt. Inmitten der Regierung selbst besteht oder bestand wenigstens bis in die letzten Tage hinein keine Einigkeit darüber, wie Polen eingerichtet werden solle. Die Meinungsverschiedenheiten mit dem Ministerpräsidenten gerade in dieser Angelegenheit hat die Demission Sasonows veranlaßt. Aber auch Borys Stürmer hat nach der Übernahme der Stellung des Ministers des Äußeren in seinen Erklärungen nichts über die polnische Sache gesagt, indem er sie zu der Kategorie von Angelegenheiten zählte, „über die zu sprechen keine Zeit sei, sondern zum Handeln“. Man muß hier tatsächlich handeln. In den Erklärungen jedoch, in denen sich Zeit fand zum Unterbringen der alten russischen Antiquitäten der Schriftstellerei, hätte man jene Zeit für eine, wenn auch kurze, so doch genügend deutliche Kennzeichnung der Anschauungen der Regierung im Verhältnis zu Polen finden müssen. Wie man die polnische Frage im Kabinett Stürmer auffaßt, ist bis jetzt unbekannt.

Es ist doch zweifelhaft, ob die Verhältnisse es gestatten werden, die polnische Frage weiterhin mit derselben bürokratischen Routine zu behandeln, indem man ihr gegenüber die alten bisher gebrauchten Methoden anwendet. Sowohl die Kriegsergebnisse, als auch die angestrenzte Aufmerksamkeit, mit welcher nicht nur die Polen und Russen, sondern auch unsere Verbündeten und anscheinend auch unsere Feinde die bezeichneten Schritte erwarten, gestatten keine Saumseligkeit. Wenn die russischen Heere jemals die polnischen Gouvernements wieder einnehmen sollten, so werden sie daselbst einen grundsätzlich anderen Organismus des Lebens antreffen. In den polnischen Städten ist die Selbstverwaltung eingeführt worden; die polnische Sprache ist in dem polnischen Gerichtswesen in sehr weitem Umfange eingeführt; die polnischen Kinder lernen in ihren nationalen Schulen; an der Spitze der Schulen aber steht die Warschauer Universität; die durch die russischen Behörden geschlossenen kulturellen und Bildungsinstitute haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Deutschen bemühen sich mit allen Kräften, die Polen auf ihre Seite zu bekommen und haben, damit dies gelinge, den besten Weg gewählt.

Die russische Behörde kann nicht als die alte, in traurigem Andenken stehende nach Polen zurückkehren. Aber sie mußte den Polen unerschütterliche Sicherheit der nahen Verwirklichung ihrer nationalen Bestrebungen bringen. Man kann die polnische Nation nicht fortgesetzt in einer unbestimmten Situation und in schwerem Zweifel lassen. Man hat schon genug Zeit verloren.“ (Wat.)

Außer der obigen Nachricht bringt das Berliner Warbureau noch folgende:

„Die Petersburger Zeitungen schreiben, daß trotz der Einheitlichkeit in der Zusammensetzung des russischen Kabinetts in der polnischen Frage bedeutende Meinungsverschiedenheiten entstanden seien. Es haben sich zwei Strömungen herausgebildet. Ein Teil der Minister ist der Ansicht, daß man bei der Lösung der Sache drei Faktoren berücksichtigen müsse: erstens die gegebenen Versprechungen, deren Erfüllung durch die Notwendigkeit der Erhaltung des Ansehens der Behörde, welche sie gegeben hat, diktiert wird, zweitens — die Pflicht der Gerechtigkeit gegenüber der Brudernation, drittens die öffentliche Meinung der verbündeten Länder. Ein anderer Teil der Minister behauptet, die Sache müsse so entschieden werden, daß man die Interessen Rußlands und die Ausführung der Versprechungen vom Gesichtspunkt dieser Interessen aus in Erwägung ziehe. Als das Projekt Sazonows betreffend die Verleihung einer breiten Autonomie an Polen abgelehnt wurde, nahm auch Stürmer seinen Entwurf zurück und schlug den Ministern vor, sich in der Sache nur darüber auszusprechen, ob Polen ein auf dem Grundsatz einer Union mit Rußland vereinigter Staat oder eine russische Provinz nach dem Muster Finnlands werden solle. . . . In dem Ergebnis einer längeren Diskussion beschloß die Regierung, die Angelegenheit auf folgende Weise zu lösen: Polen ist ein untrennbarer Teil des russischen Staates, der eine breite Autonomie, eine aus zwei Kammern bestehende Vertreterschaft, sowie breite Rechte der nationalen Kultur und der Sprache erhält. Ein dergestaltiger Entwurf ist durch Herrn Kryzanowski ausgearbeitet worden.“

Diese Berichte geben wir zu Informationszwecken wieder, messen aber diesen fast täglich einander widersprechenden Anlässungen kein übergroßes Gewicht bei.

Aus Nr. 98 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 18. August 1916.

Die russische Regierung und das Beamtentum — und die Autonomie für Polen.

Die russische Zeitung „Rußkoje Slowo“ teilt mit, daß beim letzten Rat der Minister im Hauptquartier Gegenstand der Verhandlungen die Frage der Verleihung der Autonomie an Polen gewesen sei. Diese Frage sei der Gegenstand lebhafter Streitigkeiten gewesen. Man habe über 3 Projekte von der Autonomie Polens beraten.

(Es folgt eine kurze Wiedergabe des Inhalts dieser zur Beratung gestandenen Projekte.) Das russische Beamtentum denkt gar nicht daran, auf Polen zu verzichten, es wird sich mit Händen und Füßen gegen eine Selbstverwaltung Polens sträuben. Die russische Regierung hat es mit der Autonomie für Polen überhaupt gar nicht eilig. Unsere Brüder im Königreich Polen sind mit der Autonomie unter dem Schutze der russischen Regierung auch gar nicht mehr einverstanden, sondern sie verlangen, wie aus der Beschreibung über die Eröffnung des Warschauer Gemeinderats hervorgeht, ein freies und unabhängiges Polen, sie verlangen einen polnischen Staat, einen polnischen König und polnische Militär.

Die russische Regierung wird sich also mit ihrer Autonomie gar sehr verspäten, das umso mehr, als das Königreich Polen gar nicht mehr in ihren Händen ist.

Aus Nr. 187 des Postep (Posen)

vom 18. August 1916.

Rußland gegenüber der polnischen Frage.

Unter der vorstehenden Überschrift veröffentlicht der Postep Stimmen zu diesem Thema aus dem „Kurjer Poznański“, dem Blatte „Utro Rosji“ und der „Gazeta Polska“ und bemerkt dazu folgendes:

Es ist völlig unverständlich, wie die Polen in Rußland mit der Stellungnahme Rußlands, das nicht haben will, daß die polnische Frage in den Friedensverhandlungen besprochen werde, sondern daß man sie als eine innere Angelegenheit Rußlands behandeln solle, einverstanden sein können. Die Polen im Königreich haben eine andere Ansicht über diese Sache, und sie stellen schließlich die tatsächliche Meinung des Königreichs dar.

Aus Nr. 98 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 18. August 1916.

Rußlands Stellung in der polnischen Frage

ist immer noch unklar. In den letzten Wochen sind in den russischen Zeitungen Nachrichten darüber verbreitet worden, daß die russische Regierung in der polnischen Frage mit irgend einer Erklärung hervortreten werde. Neuerdings teilt jedoch die „Wieczernie Wremia“ mit, daß der russische Ministerpräsident Stürmer gesagt habe, die russische Regierung werde in der polnischen Frage kein Manifest an die Polen erlassen.

Die Folge des fortwährenden Schwankens der russischen Regierung ist die, daß auf polnischer Seite sogar die größten Freunde Rußlands die auf Rußland gesetzten Hoffnungen verlieren.

So schrieb z. B. der ehemalige Führer der national-demokratischen Partei in Galizien Professor von Grabski einen Artikel in der Petersburger „Gazeta Polska“, aus dem hervorgeht, daß er alle Hoffnungen verloren habe. Und man muß doch wissen, daß Herr Grabski der russischen Regierung so sehr geglaubt hat, daß er nach dem Vertreiben der Russen aus Lemberg es vorgezogen hatte, nach Rußland zu gehen, also nicht in Galizien zu bleiben.

Die unklare und unentschiedene Stellung der russischen Regierung in der polnischen Frage beginnt auch Frankreich und England sehr zu beunruhigen, die da fühlen, daß das Verhalten Rußlands in der polnischen Angelegenheit dem Vierverband noch sehr teuer zu stehen kommen kann. Frankreich und England wagen es allerdings nicht, unmittelbar und amtlich auf Rußland einzuwirken, weil Rußland entschieden behauptet, daß die polnische Frage eine innere Frage sei und deshalb weder Frankreich noch England etwas angehe. Dagegen bemühen sich die Engländer und Franzosen die Polen zu überzeugen, daß Rußland bereit wäre, den Polen mehr zu geben, als die Mittelmächte.

So bemüht sich z. B. ein gewisser Franzose in der „Neuen Züricher Zeitung“ die Polen zu überzeugen, daß Rußland durch die Angliederung des Großherzogtums Posen und Galiziens an das Königreich Polen alle Polen vereinigen wolle. Wie eine solche Vereinigung im Sinne des russischen Beamtentums aussieht, daß weiß jeder.

Daß unsere Brüder im Königreich Polen gar nicht daran denken, mit der zarischen Regierung einverstanden zu sein, beweist die Erklärung, die am 10. August im Namen des Klubs der polnischen Staatsanhänger der Rechtsanwalt Makowiecki abgegeben hat.

Es ist klar, daß die große Mehrzahl unserer Brüder im Königreich Polen auf demselben Standpunkte steht, wie die polnischen Staatsanhänger, wenn-

gleich sie das auch nicht offen aussprechen. Die polnischen Staatsanhänger stellen die Sache sehr klar dar. Sie stellen fest, daß die Zentralmächte keinen Krieg führten zum Zwecke der Befreiung der Polen, daß sie aber trotzdem die Polen befreien würden, wenn sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates verkündigten, was ihr eigenes Interesse verlange.

In diesem Falle sind die polnischen Staatsanhänger bereit, mit der Schaffung einer bewaffneten Heeresmacht, die an der Seite der Armee der Zentralmächte in Verteidigung der frisch erlangten Selbständigkeit und staatlichen Unabhängigkeit kämpfen würde, einverstanden zu sein. Diese polnische Armee würde also im eigenen Interesse des polnischen Volkes kämpfen; aber aus diesem Verteidigungskampfe würden auch die Mittelmächte Vorteile haben, ebenso wie Polen gegenwärtig aus ihren Siegen über Rußland Vorteile hat. Es würde also das gemeinsame Interesse in der Zukunft Polen mit den Mittelmächten vereinigen.

Das ist der Inhalt der Erklärung der polnischen Staatsanhänger.

Der Kern der polnischen Armee besteht zur Zeit schon — es sind das die polnischen Legionen, die heute noch schwach und wenig zahlreich sind, morgen aber schon — ein Millionenheer bilden können.

Wie es scheint, wird uns die allernächste Zukunft außergewöhnlich wichtige Ereignisse bringen. Wir fühlen die Hand Gottes stärker über unserem Volke als je.

Aus Nr. 99 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 20. August 1916.

Gebrochene Hoffnungen.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt die „Gazeta Grudziadzka“ u. a. folgendes:

Herr Stanislaus Grabski, Professor der Lemberger Universität und ehemaliger Führer der galizischen Nationaldemokraten, veröffentlichte in dem Petersburger Blatte „Sprawa Polska“ einen Artikel, der ein Beweis dafür ist, wie sehr die russische Regierung die Hoffnungen aller täuschte, die ihr Vertrauen geschenkt haben. Herr Grabski bemerkt in jenem Artikel, daß seit der Herausgabe des bekannten Aufrufes des Großfürsten Nikolaus ein ganzes Jahr verfloßen sei, ohne daß von Seiten der Regierung und des Zaren etwas geschehen wäre, was die Versprechungen bestätigt hätte, die in diesem Aufrufe enthalten seien.

Herr Grabski befürchtet, daß, wenn die Russen nach dem Königreiche zurückkommen sollten, die Polen wieder alles verlieren könnten, was sie jetzt nach dem Vertreiben der Russen aus dem Königreich Polen gewonnen haben.

Es gibt unkluge Leute, die da sagen, daß das, was unsere Brüder im Königreich Polen gewonnen hätten, nur Brocken seien. Aber aus dem Artikel des Herrn Grabski geht hervor, daß er das alles durchaus nicht für Brocken hält, daß er im Gegenteil der Ansicht ist, daß es sich um sehr große Errungenschaften handle. Ganz ebenso denken auch unsere Brüder im Königreich Polen, die doch jetzt schon anfangen, ein nationales Leben zu leben. Es ist doch auch bekannt, daß es mit dem, was sie errungen haben, noch kein Ende hat. Es werden noch andere große Veränderungen kommen. Unsere Brüder im Königreiche leben in der Hoffnung, daß sie einen unabhängigen polnischen Staat, einen eigenen König und ein eigenes Heer bekommen werden, wie das in der Sitzung des Warschauer Stadtrates der Rechtsanwalt Matowiecki ausdrücklich hervorgehoben hatte. Unsere Brüder im Königreich Polen sind auch der Überzeugung, daß sie, wenn die Russen nach dem

Königreich Polen wieder zurückkehren würden, durchaus keinen Vorteil haben, daß sie alles verlieren würden, was ihnen die Zentralmächte bis jetzt zuerkannt haben. Außerdem fürchten unsere Brüder im Falle der Rückkehr der Russen Gewalttaten von Seiten dieser.

Was uns betrifft, so haben wir von Anbeginn des Krieges gezweifelt, daß die russische Regierung den Polen Gerechtigkeit würde widerfahren lassen; deshalb haben wir auch den Versprechungen des Großfürsten keinerlei Bedeutung beigemessen.

Vor dem Kriege hätte man wohl auf das russische Volk rechnen können. Man hätte annehmen können, daß das russische Volk zunächst die eigene Knechtschaft brechen und alsdann die russische Regierung zwingen würde, den Polen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber als der Krieg ausgebrochen war, besaß das russische Volk noch nicht diese Kraft. Die russische Regierung hat den Krieg absichtlich so schnell begonnen, um die wachsende Kraft des eigenen Volkes zu brechen. Gegenwärtig besitzt das russische Volk gegenüber der Regierung gar keine Kraft, sie ist auf Jahrzehnte hindurch gebrochen, ja vielleicht auf Jahrhunderte. Man muß sich vergegenwärtigen, wer heute in Rußland regiert! Die größten Rücktrittler! Wer ist denn heute Ministerpräsident in Rußland? Herr — Stürmer!

Was Wunder, daß einer der größten Freunde Rußlands, Herr Stanislaus Grabski, der ehemalige Führer der galizischen Nationaldemokraten, öffentlich feststellt, daß er die auf Rußland gesetzten Hoffnungen verloren habe!

Aus Nr. 71 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 12. August 1916.

Die polnische Frage und die Entente.

Das Blatt bespricht einen Artikel der englischen Wochenschrift „Nation“ über die Diskussion des zukünftigen Friedens in Deutschland. In diesem Artikel kommt der Satz vor: „Wenn Rußland sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, läßt sich aus der Idee eines polnischen Pufferstaates etwas machen.“

Das Blatt fährt fort:

„Wie wir sehen, kann die englische Presse in der polnischen Frage aus dem Hrenkessel der russischen Interessen nicht heraus. Die Formel „wenn Rußland damit einverstanden ist“, scheint für sie noch immer der entscheidende Faktor für die polnische Zukunft zu sein. Es ist dies eine sonderbare Verblendung, oder vielleicht ein absichtliches Ausweichen, um es nicht nötig zu haben, in den Inhalt der sehr komplizierten Sache einzudringen. Es ist natürlich leichter und bequemer, die volle Entscheidung und Verantwortung Rußland zu überlassen, als kühn und selbständig die polnische Frage auf dem politischen Terrain anzufassen. Aber die Westmächte sind von Kriegsanfang an der polnischen Sache ängstlich aus dem Wege gegangen, um bei ihrem „großen Bundesgenossen“ nicht anzustoßen, von dem sie große Kriegstaten erwarteten. Es hat sich jedoch gezeigt, daß Rußland überhaupt nicht fähig ist, die polnische Frage zu lösen, da die dortigen leitenden Persönlichkeiten hierzu weder den guten Willen, noch den politischen Verstand haben. Nachdem sich die Petersburger Bureaucratie die Formel geschaffen hat, daß die polnische Frage eine innere russische Angelegenheit sei, verschanzte sie sich hinter dieselbe bei allen Anregungen der Weststaaten, die sich wiederum zur Ausübung eines stärkeren Drucks nach dieser Richtung hin nicht entschließen können. Infolge dieser Methode, in welcher Unfähigkeit mit Heuchelei Hand in Hand gehen, steht die Koalition plötzlich vor der

Möglichkeit einer Lösung der polnischen Frage ohne ihre Beteiligung und entgegen den Absichten eines ihrer wichtigsten Mitglieder — schreibt der „Gaz“.

Daher kommt die plötzliche Belebung der Diskussion über dieses Thema in der westlichen Presse und das Interesse der französischen und englischen Diplomatie an der polnischen Frage. Die Diplomatie dieser Länder soll daher sogar mit Ratschlägen an Rußland herantreten sein, die Ausführung des polnischen Programms zu beschleunigen. Indessen mußte Sazonow, der mit der internationalen Lage besser vertraut und zu weitgehenderen Zugeständnissen, nämlich der Autonomie, bereit war, den Platz an Stürmer abtreten, den Vertreter der traditionellen Bureaucratie. Niemals aber wird sich die russische Bureaucratie mit dem Gedanken eines polnischen Staatswesens, den sie seit einem Jahrhundert bekämpft hat und den sie bereits begraben zu haben glaubte, abfinden. Daher wird auch jetzt, da sich die europäischen Mächte mit der polnischen Frage befassen, die russische Regierung alle Mittel anwenden, um diese Restitution nicht zuzulassen, selbst entgegen den Wünschen ihrer Bundesgenossen. Daher wird auch die Entente auf diesem Gebiet eine Niederlage erleiden, die ein natürliches Resultat des unnatürlichen Bündnisses zwischen der westlichen Kultur und dem östlich-byzantinischen Despotismus sein wird.

Aus Stockholm wird gerade berichtet, daß die „Wieczernia Wremia“ eine Erklärung des Ministerpräsidenten Stürmer veröffentlicht, in der dieser die Nachricht, daß die russische Regierung in der polnischen Frage ein Manifest an die Polen erlassen werde, bestreitet. Wir erfahren davon aus der Krasauer „Nowa Reforma“, die hinzufügt, daß der Graf Wielopolski sich um eine Audienz bei Stürmer bemühe, jedoch eine ablehnende Antwort bekommen habe. Nach der Überzeugung der Petersburger politischen Kreise ist der Präses des russischen Kabinetts kein Anhänger der Unabhängigkeit Polens.

Aus Nr. 186 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 15. August 1916.

Streit zwischen den polnischen und amerikanischen Sozialisten.

Die amerikanische sozialistische Partei hat die polnischen Sozialisten in Amerika aus ihrer Organisation ausgeschlossen, weil sie eine national-militä-

ristische Agitation entfalten die den Zweck hat, die polnischen Regionen, die ein Bestandteil der österreichischen Armee sind, moralisch und materiell zu unterstützen. Wie der „Dziennik Ludowy“ aus Chicago berichtet, hat das ausführende Komitee der polnischen sozialistischen Partei darauf nachstehende, von allen Parteimitgliedern bestätigende, Resolution gefaßt:

„In Anbetracht dessen, daß das ausführende Komitee der amerikanischen sozialistischen Partei, deren Bestandteil wir bisher waren, am 19. Juni eine Entschließung angenommen hat, in welcher die edle Tat und Anstrengung der besten Söhne unseres Volkes an der Wiedereinrichtung Polens eine militaristisch-nationalistische Politik genannt wurde,

ferner in Anbetracht dessen, daß dieses Komitee in Namen falschverstandener Interessen der amerikanischen Arbeiter versucht hat, uns des Rechts zu berauben, die polnischen Arbeiter in Amerika über die wirkliche Sachlage in Polen zu informieren und sie zur moralischen und finanziellen Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung, deren Vertreter Pilsudski, Dąbszynski und andere hervorragende polnische Sozialisten in Polen sind, anzuregen

und mit Rücksicht darauf, daß eine Aktion unsererseits gegen das ausführende Komitee der amerikanischen sozialistischen Partei und die Berufung an höhere Stellen und Parteitage viel kostbare Zeit in Anspruch nehmen würde, die wir besser zur Aufklärung der polnischen Massen in Amerika verwenden können,

beschließen wir Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei, nach genauer Prüfung der Sachlage und um gegen die unberechtigte, uns und die polnische Unabhängigkeitsbewegung kränkende und zugleich die Parteiführung lächerlich machende, Resolution zu protestieren:

1. aus der amerikanischen sozialistischen Partei am 15. August 1916 auszuscheiden und uns selbst als eine unabhängige, polnische, sozialistische Partei zu konstituieren,
2. gegen den mit den Grundsätzen und Traditionen der internationalen sozialistischen Bewegung unvereinbaren Beschluß bei dem nächsten sozialistischen Parteitag, dem internationalen sozialistischen Bureau und dem künftigen internationalen sozialistischen Kongress Protest zu erheben.“